

In der Geschichte

卷之三

Inhalt.

Österreich und Serbien.

1. Das Werden des Kaiserstaates	4
2. Österreich und die Türken	8
3. Rußland und die Türkei	10
4. Der Pan-Slawismus	14
5. Die Befreiung der Balkanvölker	15
6. Serbien	18
7. Die Serben in Österreich	20
8. Die großserbische Idee	24
9. Mazedonien und Albanien	25
10. Die türkische Revolution	29
11. Die Annexion Bosniens	30
12. Die Balkankriege von 1912	32
13. Das Attentat von Sarajevo und das österreichische Ultimatum	36
14. Die Einigung der serbischen Nation	38
15. Die Wiederherstellung Serbiens	42
16. Die Balkanrepublik	44

Belgien.

1. Das mittelalterliche Belgien	48
2. Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden	51
3. Die Beschützung der Niederlande durch England	55
4. Die österreichischen Niederlande	57
5. Belgien französisch	60
6. Belgien holländisch	62
7. Die slämische Bewegung	66
8. Die belgische Neutralität	75
9. Belgien's Zukunft	83
a. Belgien und Luxemburg	83
b. Flämentum und Deutschland	85
c. Belgien's Vasallenland	87
d. Kleinstaat und Großstaat	90
e. Kapitalismus und Demokratie	92
f. Die Lebensfähigkeit der Kleinstaaten	94

Vorwort.

Alle Parteien diskutieren heute die Ziele, die sie beim Friedensschluß erreichen wollen. Auch die internationale Sozialdemokratie muß an dieser Diskussion teilnehmen, so schwer es die Zeitumstände machen, die Ergebnisse, zu denen sie kommt, in jedem Falle deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe mich daran gemacht, eine theoretische Begründung der Friedensziele der Internationale auszuarbeiten. Sie soll in einer Reihe von Monographien erscheinen. Als erste unter ihnen veröffentlichte ich im Juni meine Schrift über „Die Befreiung der Nationen“ im gleichen Verlage. Sie untersuchte die Grundsätze des internationalen Sozialismus in der Nationalitätenfrage. Als zweites Heft der Serie erscheint die vorliegende Schrift, die zeigen will, zu welchen Kriegszielen die Anwendung dieser Grundsätze bei den zwei heute am meisten umstrittenen Kleinstaaten führt, und wie die historisch gewordene Eigenart in jedem dieser beiden Gemeinwesen das nationale Problem modifiziert, das für die internationale Sozialdemokratie nur als Teil des Problems der Demokratie, der Selbstbestimmung der Völker in Betracht kommt.

Das erste dieser Hefte stellte ich im Anfang Juni fertig, vor der Abreise nach Stockholm. Damals regte sich in weiten Kreisen die frohe Erwartung, der Friede werde bald kommen. Ich drückte in der Vorrede zu jenem Heft den Wunsch aus, seine Fortsetzungen würden durch raschen Friedensschluß gegenstandslos werden. Nun, wo die erste dieser Fortsetzungen erscheint, ist die Stockholmer Konferenz ins Unabschbare verschoben und der Friedensschluß wie es scheint auch. Die Kriegsziele der Regierungen sind seitdem nicht klarer zum Ausdruck gelangt.

Um so notwendiger wird es für die internationalen Elemente eines jeden Landes, wenn es ihnen versagt bleibt, über die Bedingungen des Friedens gemeinsam zu beraten und zu beschließen, so doch jede für sich die verschiedenen nationalen Probleme vom internationalen Standpunkt zu betrachten und durch die Übereinstimmung der Ergebnisse, zu denen sie gelangen, die geistige Einheit der Internationale zu bezeugen.

Die Serie meiner Schriften über die Kriegsziele, zu denen das vorliegende Heft gehört, soll dieser Aufgabe dienen.

Berlin, Oktober 1917.

R. Kaufsky.

Wo zwei kapitalistisch hochentwickelte Staaten bei diesem Streben in Kampf um eine Beute geraten, kann man von einem rein imperialistischen Konflikt reden.

Anders verhält sich die Sache dagegen dort, wo ein kapitalistisch höherentwickelter Staat in seinem imperialistischen Streben nach Ausdehnung in Konflikt mit einem ökonomisch schwächeren Staat gerät, der noch in dem vorimperialistischen Stadium des Strebens nach dem Nationalstaat steht. Der Konflikt kann auf beiderseitigen Ausdehnungsdrang beruhen, wird aber dadurch nicht zu einem rein imperialistischen. Er ist vielmehr ein Konflikt zwischen Imperialismus und nationaler Selbstbestimmung.

In einem rein imperialistischen Konflikt kann es dem Proletariat gleichgültig sein, welchem Teil die Beute zufällt. Wem Marokko oder der Kongo gehören sollte, darüber wurde in der Internationalen Sozialdemokratie nicht gestritten.

Wo dagegen Imperialismus und nationale Selbstbestimmung in Konflikt miteinander kommen, ist der Ausgang für die internationale Sozialdemokratie nicht gleichgültig. Sie hat das stärkste Interesse daran, dass die Demokratie nirgends verkürzt wird. Das zeigte sie schon im Burenkrieg, der von Seite Englands ein imperialistischer Krieg war, nicht von Seite der Buren.

Dabei sind wir aber keine Nationalisten, die den nationalen Konflikt als eine rein lokale Angelegenheit betrachten, die bloß die betroffene Nation angeht. Die Politik der Sozialdemokratie muss Weltpolitik sein, freilich in ganz anderem Sinne, als die Imperialisten das Wort aussassen; nicht eine Politik, die außerhalb der eigenen Nation in alter Welt Quellen der Macht und Ausbreitung sich zu eigen zu machen sucht, sondern eine Politik, die nie die Verhältnisse und Bedürfnisse der eigenen Nation für sich isoliert oder vor den anderen bevorzugt betrachtet, sondern stets die Rücksichtnahme des nationalen Tuns für die Gesamtheit der Völker im Auge behält und die Verhältnisse und Bedürfnisse dieser Gesamtheit zu ihren obersten Leistern macht.

Diese Art der Weltpolitik ist nie sehr einfacher Natur. Auch für das volle Verständnis des österreichisch-serbischen Konflikts wird es notwendig, etwas weiter auszuholen, um die Bedeutung der österreichischen Politik klar erkennen zu lassen.

Jahrhundertlang wurde die Politik des Hauses Habsburg dadurch gekennzeichnet, dass es seine Kräfte im Nachjagen nach zahlreichen, zum Teil unerreichbaren Objekten zerplasterte und schwächte.

Das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert bilden das Zeitalter des Absolutismus. Die alte Feudalgesellschaft verfällt, die Geldwirtschaft des Kapitalismus macht sich immer breiter in ihr. An Stelle der undisziplinierten Aufgebote ökonomisch unabhängiger Feudalherren und an Stelle ihrer Verwaltung des Staates treten besoldete Heere und besoldete Staatsbeamte, beide gänzlich abhängig von der Monarchie. Die Städte erstarken. Dorf, wo der Feudaladel noch kräftig ist und sie bedrängt, unterstehen sie ihm gegenüber die Macht des Landesherrn. Dessen Machtbasis steht während des angegebenen Zeitspanns in allen Staaten Europas, ausgenommen England, wo Armee und Bureaurkratie keine entscheidende Stellung eingenommen, und Polen, wo keine städtische Bourgeoisie von Belang aufkommt.

Österreich und Serbien.

1. Das Werden des Kaiserstaats.

Wir haben in einer früheren Untersuchung die allgemeinen Grundsätze dargelegt, die für die internationale Sozialdemokratie bei der Beurteilung nationaler Fragen in Betracht kommen. (In der Schrift: »Die Befreiung der Nationen«, Stuttgart, J. H. W. Dietz.)

In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, welche Konsequenzen sich für uns aus der Anwendung jener Grundsätze auf einzelne konkrete Fälle geplanter oder geforderter Grenzveränderungen ergeben, die der Krieg aktuell gemacht hat. Wenn ich sage, für »uns«, so meine ich damit nicht das deutsche Volk, sondern die internationale Sozialdemokratie. Nur die Gesamtinteressen des internationalen Proletariats, nur seine große historische Aufgabe, die Aufhebung aller Gegensätze der Klassen und Nationen, kommen für uns in Betracht, nicht das, was man als das gemeinsame Interesse aller Klassen einer einzelnen Nation betrachtet.

Zum Ausgangspunkt unserer Untersuchung nehmen wir den Ausgangspunkt des Krieges, das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien.

Schon hier, beim Beginn des Weltkriegs, stoßen wir auf die Unmöglichkeit, ihn durch Beschränkung auf die Formel des imperialistischen Krieges völlig zu erfassen. Kein Zweifel, auf der einen Seite, bei Österreich, waren imperialistische Kriegerkräfte stark tätig. Aber es waren nicht die einzigen. Neben ihnen machten sich noch andere geltend, die aus der vorimperialistischen Zeit stammten. Auf der anderen Seite aber, in Serbien, kann von Imperialismus überhaupt nicht gesprochen werden, man wollte denn jedes Ausdehnungsstreben als Imperialismus bezeichnen, wodurch dann dieses Wort aufhören würde, irgend etwas zu erklären. Es besagte dann nichts, als dass das Streben der Staaten nach Ausdehnung eine Folge ihres Ausdehnungsstrebens sei.

Eine wissenschaftliche Erklärung des jetzigen Krieges bietet der Imperialismus nur dann, wenn man ihn betrachtet als die Erscheinungsform der Politik einer bestimmten Art des Kapitalismus, des »Finanzkapitals«, um mit Hilfering zu sprechen, das in den achtzig und neunzig Jahren des vorigen Jahrhunderts in den höherentwickelten Ländern der kapitalistischen Produktionsweise zur Herrschaft kam.

In der vorhergehenden Periode des Kapitalismus, in der das industrielle Kapital in einfacheren Formen herrschte, war die Bourgeoisie liberal gestimmt und strebte sie den Nationalstaat an. In der Periode des Imperialismus lässt sie den Liberalismus fahren und sucht sie den Staat über den Nationalstaat hinaus zu erweitern, durch Angliederung rechtsloser oder minderberechtigter Gebiete, Kolonien oder Schutzzonen.

Auch die Habsburger ertangen in dieser Zeit die absolute Gewalt im Staat, aber nicht so vollständig, wie sie wünschten. Denn sie waren Herren nicht in einem, sondern in mehreren staatlichen Gebilden. Einmal in den Erbländern, dem Kreis von Besitzungen, den sie, ausgehend von dem Erzherzogtum Österreich, um dieses herum nach und nach durch Eroberung, Heirat, Erbvertrag erworben hatten. Ungarn wird nach dem Sprachgebrauch nicht zu ihnen gerechnet. Dann aber im Deutschen Reich, dessen erwählter Kaiser sie herkommlicherweise waren.

In den Erbländern gelang ihnen die Ausrichtung des Absolutismus jetzt vollständig. Den rebellischen Adel Österreichs und Böhmens wiesen sie in den Kämpfen nieder, die den Dreißigjährigen Krieg einleiteten. Schwerer wurde es ihnen, mit dem ungarischen Adel fertig zu werden, der sich nach jeder Niederlage früher oder später immer wieder von neuem erhob. Völlig aber scheiterten sie in ihren Versuchen, die kaiserliche Macht im Deutschen Reich aufrechtzuhalten. Sie mussten sich gefallen lassen, daß die absolutistischen Tendenzen der Zeit dort nicht dem Kaiser, sondern den einzelnen Landesfürsten absolute Macht verliehen, so daß das Kaiseramt immer mehr zu einer bloß dekorativen Rolle herab sank. Trotzdem suchten sie ihren Einfluß im Reiche zu wahren, auf die Machtmittel ihres Erbstaats gestützt. Dabei gerieten sie aber in zunehmenden Gegensatz zu jenem Staate, der seit der Zeit des Großen Kurfürsten (1640 bis 1688) im Deutschen Reich der bedeutendste nach Österreich war, wenn er sich auch noch lange nicht mit diesem messen konnte — zu Preußen.

Bei der Thronbesteigung Friedrichs II. umfaßte Preußen etwas über 2000 Quadratmeilen, Österreich über 9000, das Gebiet des nächstgrößten Staates des Reiches, Bayerns, machte keine 1000 Quadratmeilen aus. Durch die Verbindung einmal mit Frankreich, dann mit Anhland wußte Preußen trotz seiner Kleinheit sein Gebiet auf Kosten größerer Nachbarn zu vermehren, sowohl Polens wie Österreichs.

Sich im Deutschen Reich und später im Deutschen Bund als führende Macht zu behaupten und Preußen im Schach zu halten, das war die eine historische Aufgabe, die die Habsburger in den letzten Jahrhunderten bis 1866 verfolgten und der sie einen großen Teil ihrer Kraft opferten.

In diesem Streben ebenso wie in dem nach Durchsetzung des Absolutismus in den eigenen Ländern fühlten sie sich gefordert durch die katholische Kirche.

Bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bildete die kirchliche Organisation in Europa die stärkste Herrschaftsorganisation. Der aufkommende Absolutismus suchte sich ihrer zu bemächtigen. Die ihm widerstrebenden Elemente trachteten ihm eine gegenseitige religiöse Organisation entgegenzusehen. In Spanien und Frankreich mochten die Monarchen den katholischen Klerus von sich abhängig und verwandeln ihn in ein Werkzeug ihrer Macht. Dafür wurden sie fanatische Katholiken. Das gleiche war bei den Habsburgern in Österreich der Fall. Auf der anderen Seite sahen gegenüber den absolutistischen Bestrebungen die widerständigen Adligen und Städter in einer rebellischen Religion, dem Calvinismus, ihr Heil. Er war die Religion der Hugenotten Südfrankreichs wie der außständischen Niederländer sowie die des widerhaften österreichischen, böhmischen, ungarischen Adels. Auch die Adligen und Städter Schottlands, die sich gegen die dem Katholizismus ergebenen Stuarts wendeten, waren Calvinisten, ebenso wie die rebellischen

Völker und Proletarier Englands, die weder vom Katholizismus noch von der anglikanischen Staatsskirche etwas wissen wollten.

Der Lutheranismus dagegen war die aus die besonderen Bedürfnisse des deutschen Landesfürstentums zugeschnittene Religion. Er wendete sich gegen die katholische Kirche, die dem Kaiser diente, ebenso wie gegen die Untertanen, die dem Landesherren gegenüber Selbständigkeitstreiber verspürten. Er rechtfertigte die Empörung der Reichsstädte gegen den Kaiser und den unabdinglichen Gehorsam der Masse gegenüber dem lokalen Fürsten.

Die Habsburger wurden die Vorkämpfer des Katholizismus, sowohl gegenüber dem Calvinismus in ihren Erbländern und in Ungarn wie gegenüber dem Lutheranismus im Reiche. In den Kämpfen gegen die Calvinisten siegte ihr katholischer Kaiser. In den Kämpfen gegen die Lutheraner dagegen half er ihnen nichts.

Die deutschen Lutheraner gewannen einen Bundesgenossen an einer katholischen Macht, Frankreich.

Als Kaiser des Deutschen Reiches gerieten die Habsburger in Konflikt nicht nur mit den deutschen Fürsten, namentlich den Hohenzollern, die auf Kosten der kaiserlichen Gewalt auskommen wollten, sondern auch mit dem mächtigen Königreich Frankreichs, das ein Interesse daran hatte, mit einem schwachen Nachbarn zu tun zu haben, und daher die Zerrissenheit Deutschlands förderte, die Auslehnung der deutschen Fürsten gegen den Kaiser begünstigte.

Weniger wichtig war, daß Frankreich sein Gebiet auf Kosten des Deutschen Reiches und zum Teil direkt auf Kosten der Habsburger, die im Elsass Besitzungen hatten, zu erweitern suchte.

Eine weitere Quelle steter Konflikte mit Frankreich wurde von den Habsburgern durch ihren Anteil an der spanischen Erbschaft geschaffen. Diese geht ans die erfolgreichsten Zeiten der habsburgischen Heiratspolitik zurück. Der Habsburger Maximilian I. heiratete 1477 Karls des Kühnen Tochter und Erbin und gewann dadurch zu den österreichischen Ländern das große und blühende burgundische Reich, dessen wichtigsten Bestandteil die Niederlande bildeten. Sein Sohn Philipp heiratete Johanna, Tochter Ferdinands von Aragonien und Isabellas von Kastilien. Mit ihr erlangten die Habsburger nicht nur Spanien, sondern auch seinen reichen Besitz in Italien und in Amerika und Indien. Sein Sohn Karl, dem alle diese ungeheuren Gebiete zufielen, konnte von sich sagen, daß in seinem Reiche die Sonne nicht untergehe.

Die Interessen der verschiedenen Teile des Riesenreichs waren zu verschieden, als daß sie dauernd von demselben Monarchen gewahrt werden könnten. Die Habsburger teilten daher ihr Land, Karl I. behielt die Niederlande und Spanien mit seinen Besitzungen. Die österreichischen Erbländer trat er 1521 seinem Bruder Ferdinand ab, der sich beeilte, sie wieder durch eine kluge Heirat zu vergrößern, indem er Anna heiratete, die Tochter Wladislaws von Böhmen und Ungarn. Im Jahre 1526 fielen dadurch diese beiden Länder den Habsburgern zu.

So wurden in jenen schönen Zeiten neue Reichs geschaffen. Kein Mensch dachte an die »Selbstbestimmung der Nationen«.

Die spanische Linie der Habsburger starb 1700 aus. Um das Erbe erhob sich nun ein wilder Kampf zwischen den österreichischen Habsburgern und Ludwig XIV. von Frankreich, dem Sohn einer spanischen Prinzessin.

Endigt beanspruchte den erledigten Thron für seinen Sohnen Karl Philipp, der Kaiser für seinen zweiten Sohn Karl. Gegen das übermächtige Frankreich und für den Kaiser trat England auf, das sich damals schon von dem Gedanken des europäischen Gleichgewichts leiten ließ und daher dem übermächtigen Frankreich entgegengewirkt. Als aber infolge des Todes seines Bruders der den spanischen Thron beanspruchende Habsburger Karl der Herr der österreichischen Länder und deutscher Kaiser wurde, fürchteten die Engländer, die Habsburger könnten durch Vereinigung des spanischen Besitzes mit dem österreichischen die Übermacht in Europa gewinnen, und schlossen daher mit Frankreich Frieden. Der Bourbonne Philipp durfte das spanische Reich behalten unter der Bedingung, daß die spanische und die spanisch-sicilische Krone nie vereinigt würden. Österreich bekam die spanischen Niederlande (Belgien) sowie die spanischen Besitzungen in Italien.

Dieser Gewinn wurde zu einer neuen Quelle steter Reibungen mit Frankreich. Die italienischen Ansprüche der Habsburger entzogen ihnen nun ebenso sehr wie ihre deutschen Aspirationen die Kraft zur Erfüllung jener historischen Aufgabe, an der ihren Untertanen damals am meisten lag, die auch im deutschen Volke ein starkes Interesse an der Größe und Kraft der habsburgischen Monarchie erzeugen ließ: dem Kampf gegen die Türken.

2. Österreich und die Türken.

Die Türken, ein kriegerisches Nomadenvolk aus Zentralasien, drangen im dreizehnten Jahrhundert über Persien nach Kleinasien vor, wo sie einen Staat begründeten, den sie als Kriegskaste beherrschten und ausschließlich kriegerischen Zwecken dienstbar machten. Bald zeigten sie sich auf der Balkanhalbinsel fest, zerstörten die Reste des byzantinischen Reiches und seiner Kultur, wurden überall, wohin sie gelangten, zur Geißel der Menschheit.

Im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts überschriften sie bei Belgrad die Donau, sie wurden zu einer Gefahr für Ungarn, das 1526 in der Schlacht bei Mohacs an sie verloren ging, in derselben Schlacht, in der Ungarns letzter selbständiger König Ludwig II. das Leben verlor, wodurch Ungarn an den mit Ludwig's Schwester Anna vermählten Habsburger Ferdinand kam. Die Habsburger erlangten Ungarn nur, um es an das Türkische Reich zu verlieren, mit dem sie nun um die Heute mit wechselndem Glück kämpften.

In dieser Abwehr der türkischen Invasion verfochten sie die Interessen nicht bloß ihrer Erbländer, sondern auch die Deutschlands, das von den Türken bedroht war, sobald es diesen gelang, das habsburgische Völkerrwerk zu überrennen.

Doch die Habsburger, von deutschen und italienischen Händlern in Anspruch genommen, brachten im allgemeinen nur wenig Kraft für ihre internationale Kulturausgabe gegenüber dem Osten auf. Nur mit Mühe gelang es, die Türken an der Eroberung Wiens zu hindern, das zweimal von ihnen belagert wurde, 1529 und 1683.

Wenn es schließlich dazu kam, die Türken dauernd zurückzudrängen, so rührte dies nicht daher, daß die Habsburger ihre Kraft nach Osten konzentrierten, sondern daher, daß die Kraft der Türken rasch verfiel.

Dieser barbarische Kriegerstaat erzeugte Bedingungen, die eine Industrie wie eine wissenschaftliche Entwicklung unmöglich machen und sogar

dem Handel große Schwierigkeiten bereiteten. Es war gerade das Vordringen der Türken, das den Landweg von Europa nach Indien unterband, die Völker des Westens drängte, neue Wege zur See nach Indien zu suchen, wodurch das Zeitalter der Entdeckungen eingeleitet, die Welt mit einem Schlag enorm erweitert und ihr ökonomischer Schwerpunkt vom Mittelmeer an den Atlantischen Ozean verlegt wurde. Alles das brachte das ökonomische Leben in den kirchlichen Besitzungen zum Erlöschen, während gleichzeitig in Europa ein Zeitalter des größten wissenschaftlichen und industriellen Aufschwunges anhob.

Dieser wachsende Gegensatz zwischen dem rasch aufsteigenden Westen und dem versinkenden Osten äußerte seine Wirkungen auch in den Finanzen und dem Kriegswesen, das ohne Geld, ohne Wissen, ohne Industrie nicht mehr konkurrenzfähig blieb. Der türkische Soldat behielt die Eigenschaften, die ihn zum gefürchtetsten Europas gemacht hatten, seine wilde Todesverachtung und seine zähe Ausdauer, aber diese Eigenschaften allein entschieden nicht mehr die Schlachten. Aus einem Gegenstand des Schreckens wurden seit dem achtzehnten Jahrhundert die Türken bald ein Gegenstand des Mitleids.

Zum letzten Male floßten sie der Christenheit Furcht ein, als sie Wien zum zweiten Male belagerten, 1683. Seitdem sie dort geschlagen waren, erlitten sie rasch Niederlage auf Niederlage. Im Frieden von Karlowitz 1699 wurde bereits ganz Ungarn befreit.

Nach neuerlichem Kriege erlangte Österreich im Frieden von Passarowitsch (1718) sogar über Ungarn hinaus Gebiete, um die es heute wieder kämpft, den Norden Bosniens sowie ein großes Stück Serbiens und der Moloschei. Doch in einem späteren Kriege blieb ihm das Glück nicht treu, im Frieden von Belgrad 1739 mußte es die Eroberungen von Passarowitsch wieder herausgeben.

Wohl ging der Verfall der Türkei weiter, aber Österreich kam nicht so bald mehr in die Lage, ihn auszubeuten. Ein Jahr nach dem Belgrader Frieden gelangte Friedrich II. in Preußen gleichzeitig mit Maria Theresa in Österreich auf den Thron. Nun begann das Jahrzehntelange Ringen der beiden, das Österreichs ganze Kraft in Anspruch nahm. Noch waren seine Wunden nicht verheilt, da brach die französische Revolution aus und rief die Monarchie der Habsburger auf den Plan, sowohl zur Durchsetzung der Gegenrevolution in Frankreich wie zur Behauptung ihrer durch die Ausbreitung der Revolution bedrohten Position in Italien.

Nach dem furchtbaren Ringen der Napoleonischen Kriege kam Ruhe für Europa, aber eine Ruhe sehr äußerlicher Art. Die demokratische Bewegung sprang von Frankreich nach Deutschland und Italien über und nahm hier wie dort einen nationalen Charakter an. Und hier wie dort fühlte sich Österreich durch sie bedroht. Selt Staatsmann Metternich wurde zur Verkörperung der Nationalen. Nach 1848 konnte dann eine Art Einigung Deutschlands und Italiens durch Kriege gegen Österreich durchgesetzt werden, 1859 und 1866.

Nun erst, nachdem es definitiv aus Deutschland und Italien herausgeworfen war, konnte es seine ganze Kraft wieder dem nahen Orient zuwenden.

Aber dort baute sich die Situation günstig gewandelt. Die Türkei hatte nicht nur ausgeblit, eine Fehde, sie haben auch ausgeholt zu haben, eine

Von einer für Österreich zu sein. Die Erhaltung der Türkei wurde jetzt seine Aufgabe. Die große Gefahr von Osten drohte ihm nicht mehr vom Sultan, sondern vom Zaren.

3. Russland und die Türkei.

Das Moskauer Reich war der Erbe der Tataren, die über zwei Jahrhunderte lang, bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, den größten Teil des eigentlichen Russland beherrschten und dort ein absolutes Regime aufgerichtet hatten. Die Moskauer Fürsten dehnten zuerst ihre Herrschaft aus unter Hilfe der Tataren, als deren treueste Diener. Als sie aber erstaunt waren und die Tataren ihre Kraft verloren hatten, wiesen sie deren Joch ab und wurden Russlands «Befreier», das heißt seine unumschränkten Despoten.

Das Selbstherrscherthum der Moskauer Zaren hatte manche Züge mit jenem Absolutismus gemein, der sich seit dem fünfzehnten Jahrhundert in Westeuropa unter dem Einfluß des aufstrebenden Kapitalismus entwickelte, andere Züge aber mit dem orientalischen Despotismus, der auf dem Fehlen des Kapitalismus, auf dem agrarischen Dorfcommunismus beruht. Das Russische Reich wies in seinen Anfängen nicht geringe Ähnlichkeit mit dem Türkischen auf, entging aber doch der Starrheit und Unfruchtbarkeit, der vollständigen ökonomischen und geistigen Verödung, die das türkische Regime kennzeichnete. Natürlich hat auch der russische Despotismus den ökonomischen und sozialen Aufstieg seines Landes sehr erschwert und langsam genug gemacht. Doch machte er nicht jede Entwicklung unmöglich, wie der Despotismus des Sultans noch im vorigen Jahrhundert.

Eine der Ursachen der größeren Entwicklungsfähigkeit, die der russische vor dem türkischen Staat voraus hatte, sehen wir in der kirchlichen Organisation. Die beiden Staaten waren zu der Zeit, in der sie in Berührung mit Europa kamen, in einem Stadium, in dem die Kirche mehr als die Sprache ein Mittel wird, die Menschen zu vereinigen und zu trennen. Als Bekannter des Islam standen die Türken der europäischen Kultur verständnislos und abweisend gegenüber. Die Russen waren dagegen Christen, gehörten als solche dem europäischen Kulturreis an. Woht war ihre Kirche nicht die römisch-katholische, sondern die griechische, die Kirche des ehemaligen byzantinischen Reiches, die ihren Mittelpunkt in Konstantinopel gehabt hatte und die Christen Osteuropas umfaßte. Immerhin war die Absonderung des Ostens vom Westen Europas, die dadurch erzeugt wurde, nicht so tiefgehend wie die zwischen Christenheit und Islam.

Vom Beginn des neu-russischen Reiches an suchten seine Selbstherrscher abendländische Industrie und abendländische Intelligenz in ihren Dienst zu ziehen. Peter der Große war nicht der erste, der in dieser Weise vorging. Er war nur derjenige, der es am intensivsten und konsequentesten betrieb. Die russischen Zaren haben dadurch, im Gegensatz zu den Sultanen der Türkei, ihre Kraft zeitweise gewaltig gesteigert, aber freilich dabei auch die Elemente selbst großgezogen, die ihrer Herrschaft ein gründliches Ende bereiten sollten. Da die russische Intelligenz ebenso wie der russische industrielle Kapitalismus nicht langsam im Lande selbst aus den gegebenen Verhältnissen erwuchsen, sondern nach hochentwickelten ausländischen Mustern gebildet wurden, nahmen sie leicht die jüngsten und vollkommensten Formen europäischer Industrie

und europäischen Denkens an. Von primitiver Hausindustrie schrillt man in Russland gleich zu riesenbetrieben; von beschränktestem Überflanzen und willensloser Gegebenheit gegenüber den Behörden zu den radikalsten und kühnsten Gedanken über Religion, Staat und Gesellschaft. Freilich blieben diese Gedanken zunächst auf eine sehr dünne Oberschicht beschränkt.

Gleich dem türkischen war auch der russische Staat von seinen Anfängen an ein Grobeterstaat, von unstillbarem Landhunger besetzt. Dabei hatte aber im Gegensatz zur Türkei das aufstrebende Moskowiterreich seit dem siebzehnten Jahrhundert das Glück, versiegende Staaten zu seinen Nachbarn zu haben und diesen Staaten gegenüber kraftvolle Bundesgenossen zu finden.

Den Weg zur Ostsee versperrte ihm Schweden, ein ökonomisch gefundenes Vaterland, das aber das Unglück hatte, daß die kriegerische Kraft seiner Vaterschaft in weltpolitischen Abenteuern seiner herrschenden Klassen von Gustav Adolf an (1611 bis 1632) bis zur Zeit Karls XII. (1697 bis 1718) vergessen wurde, die das Land erschöpften und widerstandsunfähig machten. Im Kampfe gegen die Schweden fanden die Russen einen Bundesgenossen in den Polen. Aber die polnische Adelsrepublik wurde des schwedischen Staates bloß Meister, um selbst in ihrem rapiden Versall eine Beute der Russen zu werden, die dabei an Preußen einen starken Bundesgenossen und Teilhaber an der Beute fanden. Zu diesen schwachen Nachbarn gesellte sich das Türkische Reich selbst, das schon im Niedergang begriffen war, als die russischen Zaren sich anschickten, auf seine Kosten nach dem Schwarzen Meer mit Konstantinopel als Endziel vorzudringen. Dabei stießen sie auf Österreich, das in derselben Richtung vorwärtstrugte. Zeitweise verbündeten sich beide, um die Beute leichter zu erlegen und zu teilen. Zeitweise überwog diese Gegnerschaft im Kampfe um die Beute. War Österreich mit Russland gegen die Türkei verbündet, dann hatte es regelmäßig das Pech, die Kassen des Krieges mit dem Bundesgenossen zu teilen, aber ohne Gewinne dabei zu erzielen, während Russland seit seinem ersten Türkenkrieg im Jahre 1687 unter den zahlreichen weiteren Konflikten mit der Pforte kaum einen anders beendete als mit einem Gewinn.

Dabei kam ihm sehr zustatten, daß es im Gegensatz zu Österreich auf der Balkanhalbinsel als Besieger austrat. Wir haben schon den eigenartigen Charakter der gebildeten Schichten Russlands angedeutet, unter denen die modernsten und radikalsten Ideen Westeuropas ohne den Ballast mittelalterlicher Traditionen Eingang fanden, die sich unter den Gebildeten Westeuropas zäh erhalten, am zähsten in England, wo der industrielle Kapitalismus zuerst zur Herrschaft kam. Weit mehr als etwa die Beherrschter Österreichs legten die leitenden Kreise Russlands auf den Beifall der liberalen ökonomischen Bewegung Europas Wert und wußten den Vorteil zu würdigen, den ihnen dort die Pose des Besiegers von religiösem oder nationalem Druck verlieh. Sie hinsten sich diese Pose um so ungestrahler erlangen, als das Moskowiterreich selbst bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein gegen jede revolutionäre Volksbewegung gesetzlich schien. »Abschaffung, das war im achtzehnten Jahrhundert die Mutter des Zarismus in Europa, wie Völkerbefreiung im neunzehnten.« (Dr. Engels, Die auswärtsige Politik des russischen Kaiserthums, Neue Welt, VIII, 8, 1861.)

Frühestens traten die Russen als religiöse Vertreter auf, wenn in den Kreisen, nach denen sie zweijährig strebten, späte und kritische Momente noch eine

größere Masse als das nationale. Dasselben hatten sie den Vorteil, daß die Bevölkerung jener Gebiete mit ihnen durch den gleichen Glauben verbunden war.

Den katholischen, von den Jesuiten beherrschten Polen gegenüber verharrte sich Katharina II., die Freundin der französischen Aufklärer, ebenso wie ihr Verbündeter Friedrich II., der sich auch zu den Gönern der Aufklärer zählte, als Verfechter der Glaubensfreiheit der Altkatholiken, der Angehörigen der griechischen Kirche im Osten, der Protestanten im Westen. Im Namen der religiösen Toleranz wurde Polen aufgeteilt.

Auf der Balkanhalbinsel trat Russland ebenfalls als Schützer seiner Glaubensgenossen auf, im Gegensatz zu Österreich, das, sobald es nach Serbien und den Donauprinzräumen (dem heutigen Rumänien) vordrang, auf eine Bevölkerung stieß, die der griechischen Kirche angehörte, indessen es selbst sich als Vormacht des Katholizismus fühlte und bestätigte. Dabei schreckte Russland nicht vor dem Entzünden des Aufstands im Hause des Nachbarn als Kriegsmittel gegen ihn zurück, während Österreich, namentlich seit der französischen Revolution, jedem Aufstand, wo immer er ausbrechen mochte, aufs feindseligste gegenüberstand.

Gerade zur Zeit der ersten Teilung Polens befand sich Katharina mit den Türken im Kriege. Und zur selben Zeit, in der sie die Rechte der Dissidenz in Polen gegenüber den Jesuiten verfocht, rief sie die Griechen in einem Manifest zur Revolution auf. Es glang ihr tatsächlich, einen griechischen Aufstand zu entzünden, doch noch nicht, den Griechen die volle Unabhängigkeit zu verschaffen. Sie wurde gehindert durch die Eifersucht Österreichs, das mit Besorgnis den russischen Kolos in seiner Nachbarschaft anwachsen sah. Russland erreichte 1774 im Frieden von Kutschuk-Kainardschi nur Amnestie für die Griechen und das Recht, für die Interessen der griechisch-christlichen Bevölkerung der Türkei vor dem Sultan zu plädieren, was die russische Regierung später als ein Protektorat über die Christen der Türkei auslegte.

Den nächsten Krieg mit der Pforte begann Russland am Vorabend der französischen Revolution (1787). Diesmal im Bündnis mit Österreich. Abermals rief es die Griechen zum Freiheitskampf auf. Wieder erhoben sie sich, ohne die Freiheit zu gewinnen. Der Krieg endete 1792 ohne Gewinn für Österreich, mit kleinem Gewinn für Russland. Es war das letzte Mal, daß Österreich und Russland der Türkei verbündet gegenüberstanden. Von nun an überwog Österreichs Besorgnis, Russland könne auf Kosten der Türkei zu sehr erstarke.

Namentlich nachdem die militärische Kraft Napoleons bei seinem Zuge nach Moskau vor Russland zerstört war und der Zar als Schiedrichter Europas auftrat, gewann bei aller monarchischen Solidarität diese Besorgnis grohe Bedeutung für die Politik Österreichs, ja für die Europas überhaupt. Um so mehr fühlte sich Russland gedrängt, in den Augen Europas nicht mehr als Eroberer, sondern nur noch als Beateiter gegenüber den Türken zu erscheinen. Freilich vermochte es dadurch Westeuropa nicht immer zu täuschen, aber dieses wußte der russischen Politik keine andere entgegenzusetzen als die der Erhaltung des Status quo in der Türkei. Das war eine Politik, die bei dem unaushaltbaren Niedergang des Osmanischen Reiches zum Scheitern verurteilt war. Russlands Streben ging dahin, die Europäische Türkei,

die es nicht direkt erobern konnte, dadurch von sich abhängig zu machen, daß es sie in eine Anzahl monarchischer Kleinstaaten verwandelte, die, argwöhnisch gegeneinander, ebenso unsfähig waren zu politischer Selbständigkeit, ebenso Vasallen eines stärkeren Nachbarn, wie die Staaten des Deutschen Bundes vor 1866. Die Kleinstaaterei auf dem Balkan lag ebenso im Interesse des Zaren wie die deutsche Kleinstaaterei im Interesse der Monarchen Frankreichs.

Wollte Europa das Fortschreiten Russlands in der Europäischen Türkei hindern, dann durfte es ihm nicht die Idee des Status quo, sondern die der Schaffung eines Großstaats der Balkannationen entgegensetzen, entweder eines Nationalitätenstaats, der freilich nur als Republik eine gedeihliche Entwicklung verlebt, oder doch zum mindesten eines serbisch-bulgarischen Staates zwischen einem freien Rumänien und Griechenland.

In Wirklichkeit ging die Weisheit der europäischen Diplomatie dahin, menu sie schon nicht hindern konnte, daß einzelne Balkanstaaten durch das Eingreifen Russlands nach und nach entstanden, doch zu trachten, sie so klein als möglich, daß heißt so abhängig als möglich von Russland zu gestalten, da so kleine Staaten zu schwach waren, sich ohne fremde Hilfe zu behaupten.

Unter Russlands Hilfe wurden die Griechen bestreit, die, von ihm aufgestachelt, sich 1821 erhoben und jahrelang einen verzweifelten Kampf führten, in dem sie fast erlagen, bis schließlich Russland eingriff, das 1828 den Türken den Krieg erklärte und 1829 den Frieden von Adrianopel erzwang, der Griechenlands Selbständigkeit begründete, den Donauprinzräumen, die stets ihre eigenen Fürsten bewahrt hatten, das Recht der Erwählung ihrer Fürsten brachte und sie froh der türkischen Oberhoheit unter russischen Schutz stellte.

Auch Serbien gewann durch diesen Frieden eine erhebliche Verstärkung seiner Selbständigkeit. Zuerst hatten sich die Serben 1804 erhoben, unter der Führung Kara Georgs, des »Schwarzen Georg«, und des Brüderpaares Obrenowitsch.

Sie hielten die neue Erhebung unter der Voraussetzung einer Billigung Österreichs begonnen. Schon Anfang Mai 1804 hatte Kara Georg bei österreichischen Regierung eröffnen lassen, Serbien sei bereit, in den Komplex der österreichischen Monarchie zu treten und einen kaiserlichen Prinzen als Statthalter anzunehmen. Österreich tat nun das Unglaubliche, indem es nicht allein den serbischen Vorschlag ablehnte, sondern ihn an Russland und die Türkei verriet. Russland schickte sich sofort an, als Schutzherr der serbischen Christen an Österreichs Stelle aufzutreten.¹

Das war eine der ersten Erfahrungen mit Österreich, die die Serben in ihrem Freiheitskampf machten. Kara Georg versuchte noch weiterhin Annäherungen mit Österreich, stets mit dem gleichen Mißerfolg. Der Krieg, den dann Russland 1806 gegen die Türkei begann, brachte den Serben Hilfe, indes nur vorübergehend, denn Russland mußte sich 1812, um alle Kräfte gegen Napoleon frei zu haben, mit der Türkei verständigen. Immerhin verblieb der Unkarester Friede von 1812 den Serben Amnestie und Selbstverwaltung. Doch mußten sie später noch hart darum kämpfen, bis sie im Frieden von Adrianopel endgültig anerkannt wurden.

Das Fortschreiten des russischen Einflusses auf dem Balkan war Österreich sehr unangenehm, zum großen Teile aber durch seine eigene Bandpolitik verschuldet sowie durch die Überlegenheit der russischen Flottenkunst.

¹ Nürnberg, Geschichte bei orientalischen Anlegenheiten, Berlin 1862, S. 300.

herbeigeführt, die tatsächlich der Hort der Reaktion war, dabei jedoch kein Bedenken trug, die Revolution auszunützen.

Als Russland 1828 den Krieg gegen die Türkei eröffnete, geschah es anscheinend zum Schutze der Griechen, deren Sache bei alten Völkern Europas als die der Freiheit ebenso populär war wie später die der aufständischen Polen. Gleichzeitig aber gewann es den König Karl X. von Frankreich für sich, indem es ihm für den Fall eines gemeinsamen Krieges mit Österreich das deutsche Gebiet links vom Rhein in Aussicht stellte. Meisternich ließ sich durch die Gegnerschaft Frankreichs einschüchtern, schon deshalb, weil er vom Weltkrieg die Revolution befürchtete. Dazu kam, daß Preußen an Russland festhielt. So blieb trotz des Gegensatzes auf dem Balkan die »Heilige Allianz« bestehen.

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 glaubte der Zar Nikolaus, die Zeit sei gekommen, dem türkischen Regime in Europa vollends den Garaus zu machen. Die Gefahr, Russland werde sich endgültig in Konstantinopel festsetzen, war so dringend, daß Frankreich und England sich zu energischerem Widerstand genötigt sahen. Auf ihre Seite trat nach einigem Schwanken Österreich. Zur großen Überraschung des Zaren, dessen Hilfe gegen die rebellischen Ungarn eben erst die Herrschaft der Habsburger vor dem Zusammenbruch gerettet hatte.

Doch hatte gerade diese Revolution eine neue Gefahr aufgedeckt, mit der von Russland Österreich ebenso bedroht wurde wie die Türkei, den Panslawismus, die Idee, daß alle slawischen Völker eine innige politische Gemeinschaft zu bilden hätten.

4. Der Panslawismus.

Der Panslawismus ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus ist nicht, gleich den Bestrebungen der Nationalitäten nach politischer Selbstständigkeit, ein Gebilde, das mit Notwendigkeit aus der modernen Entwicklung hervorgeht. Die nationalen Bestrebungen haben ihre natürliche Wurzel in der Bedeutung der Sprache für die Politik. Sie entspringen dem Bedürfnis, die VolksSprache zur StaatsSprache zu machen. Sie müssen, wie schon gezeigt, überall notwendigerweise auftreten, wo sich die moderne Demokratie regt.

Der Panslawismus hat damit nichts zu tun, ebenso wie der Panlatinismus oder Pangermanismus. Er beruht in keiner Weise auf einer Gemeinsamkeit der Sprache. Das zeigte sich schon 1848 drastisch auf dem ersten panslawistischen Kongreß in Prag, auf dem man sich bekanntlich nur deutsch zu verstündigen vermochte. Es war die einzige Sprache, die alle anwesenden Slawen verstanden.

Der Panslawismus ist ebenso wie die ihm entsprechenden Panismen des Westens ein künstliches Produkt von Professoren, Philologen und Historikern, die die Verwandtschaftsverhältnisse der Sprachen erforscht haben. Unstimmig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft auf eine Blutsverwandtschaft geschlossen und in diesem Sinne von einer slawischen »Rasse« gesprochen wird, die natürlich gegen die germanische Rasse den Rassenkampf zu führen hat. Und ebenso unstimmig ist es, wenn aus der Sprachverwandtschaft ohne weiteres auf eine Interessenverwandtschaft geschlossen wird. Va-

mit ist jedoch keineswegs gesagt; daß die Idee des Panslawismus nicht gewissen Interessen entsprechen und dadurch eine Macht werden könnte. Nur waren diese Interessen in anderen Faktoren begründet als in der Sprachenverwandtschaft.

Das gewaltsamste Interesse, das hinter dem Panslawismus steckte, war das des Zarismus selbst, des Beherrschers der großen Masse der Slawen. Zur Zeit der letzten Volkszählung in Russland (1897) lebten dort 92 Missionen Slawen. Die Gesamtzahl der Slawen in der Welt veranschlagte man damals auf 120 Millionen. Die Vereinigung aller Slawen in einer politischen Gemeinschaft konnte nichts anderes bedeuten als ihre Vereinigung unter dem Zaren. Aber das Bedürfnis der Beherrschter Russlands selbst hätte natürlich nicht ausgereicht, den Panslawismus zu einem ernsthafsten politischen Faktor zu erheben, wenn ihm nicht Bedürfnisse in jenen Völkern entgegengekommen wären, nach deren Beherrschung die Zaren verlangten. Diese Bedürfnisse entsprangen aus der unbestreitbaren Lage der Slawen in der Türkei wie in Österreich.

Deren Streben, ihre Lage zu ändern, äußerte sich freilich nicht stets im Panslawismus. Es war sehr zwiespältiger Art. Die Slawen Österreichs, namentlich die Tschechen und die Südslawen, weit weniger die Polen und Ruthenen, fühlten sich stets bedrängt von Deutschen und Ungarn, und jede dieser slawischen Nationen fühlte sich auferstanden, aus eigener Kraft mit ihren Bedrängern fertig zu werden. Sie sahen sich nach einer Schutzmacht um und glaubten sie stets in einer Dynastie zu finden. So wirkten sie kontrarevolutionär. Jedoch war es nicht immer die gleiche Dynastie, von der sie Schutz erwarteten.

Gebärdeten sich Deutsche und Ungarn rebellisch, dann boten jene Slawen sich der heimischen Dynastie an und wurden deren Schutzenpuppe gegen die Revolution als die treuesten Patrioten. Ging aber die Dynastie mit Deutschen und Ungarn Hand in Hand, dann verwandelten sich die slawischen Patrioten in Hochverräter und schlichen oder pilgerten nach Moskau, um den Schutz des Zaren gegen die eigene Regierung zu erlangen. In solchen Zeiten hegten sie die Idee des Panslawismus.

Die Rolle des Zaren als Beschützer der griechischen Christen brachte ihm die Abhängigkeit nicht nur der Serben und Bulgaren, sondern auch der Griechen und Rumänen ein. Seine Rolle als Beschützer der Slawen wiederum jagt auch die katholischen Tschechen, Slowenen, Kroaten in seinen Bannkreis.

Dem panslawistischen Zaren mußte daher Österreich mit weit größerem Misstrauen gegenüberstehen als dem Schutzherrn der griechisch-orientalischen Kirche.

5. Die Befreiung der Balkanvölker.

Trotz der bedenklichen Formen, die 1848 der Panslawismus angenommen hatte, konnte die österreichische Regierung sich im Krimkrieg nicht zu einer entschiedenen Haltung Russland gegenüber ausschwingen, anfangs schien es sogar, als würde sie dieses begünstigen. In mehr als einer bewohnten, für Russland nicht sehr freundlichen Neutralität brachte sie es nicht.

Am energischsten ging gegen das nach der Türkei greifende Russland Anfang 1853 Napoleon vor, der als Eibe der Revolution und Vornehm unter den Herrschern deren legitimitätslose Nebenlinien nicht zu stellen brauchte und

sein noch ungesichertes Regime durch den Glanz großer Erfolge befestigen mußte. Er forderte nicht bloß die Rettung der Türkei, sondern plante gleichzeitig eine vollständige Revolutionierung der europäischen Grenzen. Finnland solle an Schweden fallen, Polen an den König von Sachsen, Österreich solle Rumänien und Beßarabien, ja einen Teil Südrusslands bis zur Krim bekommen und so Russland vom Zugang zur Türkei abgeschnitten werden. Dafür solle Österreich die Lombardie an das Königreich Sardinien, den Keim des späteren Königreichs Italien abgeben. Dabei war vorausgesehen, daß der Verbündeter aller dieser ihm nicht gehörenden Schähe auch eine Entschädigung einheimste: mindestens Savoyen, vielleicht auch eine Ausdehnung der französischen Nordgrenze.

Als Friedrich Wilhelm IV. davon erfuhr, war er außer sich: was konnte der Kampf für diese Ziele anderes bedeuten als die Revolution? Er blieb fest bei Rußland. Aber auch Österreich war jedem Kriegsziel feind, das mit einer Entfesselung der Revolution drohte. Napoleon selbst goß bald Wasser in seinen wild gärenden Wein und war zufrieden damit, von den legitimen Monarchen als ihresgleichen behandelt zu werden.

Die christlichen Völkerschaften der Europäischen Türkei selbst, die sich sonst bereit zeigten, auf ein Zeichen Russlands hin zu rebellieren, verhielten sich in diesem Kriege ruhig.

Die aufrührerischen Neigungen der Griechen konnten sich der englischen und französischen Flotte gegenüber nicht bestätigen. Auch Serben und Rumänen konnten gegenüber den gewaltigen Mächten, die vor ihren Angrenzneinander rangen, zu keiner entschiedenen Haltung kommen.

Die Sieger machten im Pariser Frieden 1856 einen schüchterten Versuch in der Richtung, Russland an Stelle der zerstörenden Türkei einen lebensfähigen Staat gegenüberzustellen. Die beiden von der Türkei abhängigen Donauprinzenter, die Moldau und die Walachei, bekamen das Recht, durch erwählte Volksvertretungen — richtiger gesagt Bosarenvertretungen — ihre Staatsverfassungen festzustellen. Die beiden Fürstentümer vereinigten sich zu einem Staatswesen, Rumänien. Dieses blieb ebenso wie Serbien noch der Pforte tributpflichtig, beide wurden aber gleichzeitig unter den Schutz der Unterzeichner des Pariser Friedens gestellt. Rumänien wie Serbien wußten sich immer unabhängiger zu machen, vor allem durch Einrichtung eines eigenen Heerwesens.

Ihre fortschreitende Unabhängigkeit und Erstärkung bei gleichzeitigem Fortgang des ökonomischen Verfalls der Türkei und der Zunahme der Mißhandlungen der christlichen Bevölkerung ließen bald wieder neue Aufstände aufflammen, die von Russland nach Kräften gefördert und ausgenutzt wurden. Neben der serbischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, die noch türkisch waren, trat nun ein neues Element der Unruhe auf dem Balkan auf: die Bulgaren. Im Jahre 1875 gewannen die Aufstände in Bosnien und Bulgarien eine solche Ausdehnung und nahm die türkische Gegenwirkung stellenweise so schreckliche Formen an, daß ganz Europa in Aufrregung geriet. Serbien glaubte, jetzt sei die Zeit gekommen, das stammverwandte Bosnien mit der Herzegowina seinem Staatswesen einzuverleben. Zu diesem Zweck begann es 1876 den Krieg gegen die Türkei. Gleichzeitig proklamierten die Insurgenten Bosniens ihren Anschluß an den serbischen Staat. Die serbische Armee wurde geschlagen, aber nun griff Russi-

land ein (1877) im Bunde mit Rumänien, das sich für unabhängig erklärte. Österreichs Neutralität erkauft die russische Diplomatie dadurch, daß sie ihm Bosnien und die Herzegowina vertrieb, was freilich vom Standpunkt des Pan-Slawismus und der serbischen Nationalitätsidee unverzeihlich war.

Nachdem die Russen bis vor die Tore Konstantinopels vorgedrungen waren, verstand sich die Pforte zum Frieden von San Stefano. Er schuf ein autonomes, tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien, das größer war als das heutige. Es erstreckte sich bis an das Ägäische Meer und grenzte an Albanien. Serbien sollte Niš, das Drinatal und Klein-Zwořnik erhalten, für Bosnien und die Herzegowina wurde eine autonome Verwaltung vorgesehen. Von der Besetzung dieser Gebiete durch Österreich war in dem Frieden keine Rede. Die Serben durften sie angefischt des fortschreitenden Verfalls der Türkei als ihr künftiges Erbe betrachten.

Es war sicher unersteulich, daß dieser Stand der Dinge gerade durch Russland herbeigeführt wurde. Aber um so schlimmer für die »fortschrittlichen« Mächte Europas, daß sie das Vollziehen des geschichtlich Unvermeidlichen in der Türkei dem russischen Absolutismus überließen. Wieder bestand ihre ganze Weisheit darin, es zu verhindern, daß an Stelle der Türkei größere Slanten gezeigt würden, die zu einer selbständigen Politik fähig gewesen wären. Die Vermehrung der Kleinstaaten auf dem Balkan und damit die Fortdauer des russischen Einflusses war das einzige, was sie zu tun wußten.

Der energische Einspruch Englands, das heißt seines Torykabinetts, machte den Friedensvertrag von San Stefano zunächst, zwang Russland, sich einem europäischen Kongreß zu unterwerfen, und dort, in Berlin, wurde das neue Bulgarien vom Mittelmeer abgedrangt und sein Gebiet geteilt in ein politisch selbständiges unter einem Fürsten stehendes, das nördlich des Balkans lag, und eines südlich von ihm, Rumelien, das unter der Oberhoheit der Türkei blieb, von einem christlichen Gouverneur verwaltet wurde. Frankreich und Italien vertraten Griechenlands Interessen, doch erhielt dies erst 1881 Thessalien und das südliche Epirus. Russland selbst trug nur ein kleines Stückchen Beßarabien davon, indes Österreich auf sein Verlangen die Besetzung Bosniens und der Herzegowina zugesprochen wurde. Bismarck hatte sich dabei energisch für Österreichs Ansprüche eingesetzt.

Vom Berliner Kongreß 1878 an datiert der engere Zusammenschluß der beiden Häuser Habsburg und Hohenzollern, die einander Jahrhundertelang so unversöhnlich gegenseitigstanden waren. Schon 1879 kam es zum Bündnis zwischen Deutschland und Österreich, das bis heute gewährt hat. Von da an ballerte aber auch die Annäherung Russlands an Frankreich, die allerdings höchst zögernd vor sich ging, bedeute sie doch eine Verbindung des starrsinnigen Despotismus mit der demokratischen Republik. Erst 1891 kam es zwischen den beiden Mächten zu einem schriftlichen Abkommen, erlöste am Jächenhof die bis dahin in Russland streng verpönte Marseillaise.

Über der für Russland unbesiedigende Ausgang des Krieges hatte dort nichts bloß an den Taten zurückgewirkt.

Bereits durch den Krimkrieg war Russlands militärische Unabhängigkeit als Folge seiner ökonomischen und politischen Unabhängigkeit aufgedeckt worden. Der freilich noch blutigen Schicht seiner gebildeten Elemente war es nun endlich klar geworden, daß das Reich bei Modernisierung dringend

bedurste. Eine heftige Bewegung war die Folge gewesen, der sich der Zar selbst nicht ganz verschließen konnte. Die Leibgarde wurde aufgehoben, Provinzialvertretungen (Gemeindes) eingeführt, Eisenbahnen gebaut, die Industrie gefördert; die Zeitungsliteratur begann sich zu entwickeln. Aber am Absolutismus hielt man fest, so starr wie nur je. Er stand im russischen Reiche während der sechziger Jahre außerhalb Polens noch keine Gegner, die stark genug gewesen wären, im Lande selbst den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Um so größer die Sympathien, ja die Begeisterung der freiheitsdurstigen Intellektuellen Russlands für die Freiheitskämpfe der ihnen so nahestehenden Südslawen gegen den türkischen Despotismus. Diese Begeisterung mochte sich mitunter panslawistischer Argumente bedienen, entsprang aber im Grunde nur dem gemeinsamen demokratischen Sehnen, wie in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die allgemeine Griechenbegeisterung im liberalen Europa, in den dreißig Jahren und noch später, bis in die sechziger Jahre hinein, die Polenbegeisterung.

Turgeneff gab diesem Gefühl Neuen Ausdruck in seinem Roman »Am Vorabend« (deutsch auch unter dem Titel »Helene« erschienen) aus dem Jahre 1859. Er zeichnet uns dort einen Typus des revolutionären Kämpfers. Aber es ist kein Russe, sondern ein Bulgar.

Man kann sich denken, wie die Aufstände auf dem Balkan von 1875 auf einen großen Teil der freiheitsdurstigen russischen Jugend wirkten. Die ganze Gesellschaft Russlands geriet in Erregung, Tausende von Freiwilligen eilten unter die serbischen Fahnen.

Als aber dann die russische Regierung selbst eingriff und die riesenhaften Opfer, die sie dem Volk anstieß, ein so düstres Resultat zeigten, da verstärkte die Entrüstung darüber gewaltig die bereits früher in Fluss gekommene oppositionelle Bewegung gegen das Regime des Zaren. Noch war der Friede nicht geschlossen, da fand die neue falkräfige Opposition ihre erste sichtbare Auferstehung im Schuh unserer Genossin Wera Sassofitsch, 5. Februar 1878. Diese revolutionäre Bewegung erreichte bald ihren Höhepunkt in der Tötung Alexanders II. 1881. Dann ging sie rasch zurück, da sie in der Gesellschaft keine genügende Stütze fand, und lebte erst wieder auf, als das russische Proletariat genügend erstärkt war, ihr eine dauernde, feste Basis zu geben.

6. Serbien.

Mit Bosnien und der Herzegowina gewann Österreich ein Gebiet von mehr als 50 000 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 1 300 000 Einwohnern. Allerdings hatte es den harfträgigen Widerstand der türkischen Staatsmänner auf dem Berliner Kongress nur dadurch überwinden können, daß es feierlich versprach, die Besetzung solle nur eine provisorische sein, und daß es die Fortdauer der Herrscherrechte des Sultans verbürgte. Aber damit war nur die türkische Empfindlichkeit beschwichtigt, das allgemeine Misstrauen nicht beseitigt.

Als Graf Andrássy, der Minister des Außen, vom Berliner Kongress nach Wien zurückkehrte, sagte er dem Kaiser Franz Joseph, daß die Tore nach Saloniki nun offenständen.

So wurde die Okkupation auch außerhalb der Habsburg ausgeübt. Mit Recht sang Engel in seinem bereits zitierten Artikel über »Die auswärtige

Politik des russischen Zarentums«, Österreich habe sich »durch die Besetzung von Bosnien zum Missbrauch an der Tstellung der Türkei und zum notwendigen Gegner aller serbischen Unabhängigkeit- und Einigungsbemühungen gemacht« (S. 200).

Von nun an stand Österreich in fast ständigem Gegensatz zu Serbien, ja in einem Gegensatz, der sich immer mehr verschärfte.

Allerdings — einen Freund besaß es dort, den König Milan, einen Rebemann, der mit dem Einkommen nicht langte, das ihm der kleine serbische Staat umschloß. So wie ein anderer Rebemann auf dem Throne, Karl II. von England, nichts daran stand, Geldunterstützungen von Ludwig XIV. von Frankreich einzugegenzunehmen, trug auch Milan Obrenowitsch, der Serbien von 1818 bis 1889 regierte, kein Bedenken, von Österreich private Vorteile bei verschiedenen Art einzuhnehmen. Schließlich mußte er von seinem großen Nachbarn gerettet werden. Seine Mitherrschaft schuf ihm wachsende Opposition, sogar Aufstände im eigenen Lande. Um die Unzufriedenheit abzutunten, trachtete er, dem nationalen Sehnen Verteidigung zu schaffen auf bei Hilfe des geringsten Widerstandes, die von Österreich und Bosnien weg und Bulgarien führte. Er hoffte, dort einen Zwischenfall für sich auszunehmen zu können. Rumänien, das durch den Berliner Kongress vom neugeschaffenen Bulgarien getrennt worden war, riß sich 1885 durch einen Staatsstreich von der Türkei los und vereinigte sich mit Bulgarien. Nun verlangte Serbien »Kompensationen«, und als es die nicht erhielt, erklärte es den Krieg. Hier gelangte sich aber Milans Strategie weniger erfolgreich als gegenüber gesäßigen Griechen. Die Serben wurden wiederholt geschlagen, und das Vertragen der Bulgaren fand ein Hindernis nur in der Politik Österreichs, das ihnen Halt gebot und es durchsetzte, daß Serbien ohne Verlust davonkam.

In der ganzen Aßaire hatte Milans Ansehen nicht gewonnen. Sein Reußme sond immer mehr Widerstand, wurde immer gewalttätiger, bis er sich schließlich dazu verstand, seine Krone gegen eine Pension abzutreten (1889), die er auf dem seinen Lebensgewohnheiten so sehr entsprechenden Boden von Paris verzehrte. Drei Jahre später verzichtete er um den billigen Preis von zwei Millionen Franken sogar auf seine serbische Staatsangehörigkeit. Die Regierungslast überließ er seinem dreizehnjährigen Sohn Alexander I., wußte sich aber dabei noch immer in die Regierung, erzog den Sohn zu Grenzbrück, Staatsstreich und Tollheit, bis er 1901 starb. Alexander, der durch eine so selne Schule gegangen war und seinem Vater nachgeriet, wurde sich bald ebenso verhaft und verächtlich wie dieser. Es dauerte nicht lange, so wurde er durch eine Offiziersrevolte aus dem Wege geräumt (1903). Das Parlament, die Skupstchina, wählte einstimmig Peter Karageorgewitsch zum König, einen Enkel des Kara Georg, der 1804 die Fähne der Empörung gegen die Türken erhoben hatte.

Nun begann ein ruhigeres Verfassungsleben in Serbien. Aber um so schweiger wurde die auswärtige Politik, denn das Verhältnis zu Österreich wurde sich inzwischen immer mehr zugespielt.

Das nationale Interesse, das durch die Okkupation Bosniens verletzt worden war, hatte keineswegs das ganze serbische Volk ergriffen, sondern nur seine Oberschicht, bestehend aus den Intellektuellen, zu denen nicht auch das Offizierkorps zählen kann. In ihr spielte der nationale Gedanke eine große Rolle, teilte aus wirklich empfundener nationalen Lehre, teilte aus

bloßem Streben nach Erweiterung des Machterreichs. Die böhmerische Volksmasse war noch zu rückständig, um andere als Kirchfurmöglichkeit zu treiben. Aber auch sie konnte nicht außerhalb des Bereichs des kapitalistischen Verkehrslebens bleiben.

Der serbische Staat, seine Bureaucratie, sein Heer brauchten Geld, das der Bauer durch Geldsteuern aufzubringen hatte. Der Bauer selbst wurde mit Erzeugnissen der Industrie bekannt, sie wurden ihm Bedürfnis für Betrieb oder Haushalt. Auch zu ihrer Erwerbung mußte er Geld erwerben. Das erlangte er nur durch Verkauf seiner Produkte. Der landwirtschaftliche Export wurde eine Lebensfrage für Staat und Bauer in Serbien. Bei seiner geographischen Lage, abgeschnitten vom Meere, hatte es jedoch nur einen Weg nach Europa: den über Ungarn. Ungarn war nun ökonomisch in einer ähnlichen Lage wie Serbien, wenn auch schon etwas mehr entwickelt. Auch Ungarn ist auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen, und seine Kunden sind dieselben, die Serbien suchte. So wurde dieses zum Konkurrenten und damit zum Erbfeind der Agrarier Ungarns. Das ganze Übergewicht der Großmacht gegenüber dem Kleinstaat boten sie auf, um die Handelsverträge seit 1881 wie die Praxis ihrer Handhabung so zu gestalten, daß die serbische Ausfuhr aufs engste eingeschränkt wurde. Schließlich wurde die Ausfuhr lebenden Viehes aus Serbien völlig unterfangt, die Ausfuhr geschlachteten Viehes nur in beschränktem Umfang gestattet. Im Handelsvertrag von 1908 wurde die Zahl der geschlachteten Rinder und Schweine, die Serbien ausführen durfte, auf 55 000 Rinder und 70 000 Schweine beschränkt. Auch das war den ungarischen Agrariern zu viel. Der Vertrag wurde annulliert, und in einem neuen von 1911 wurden die Ziffern der gestatteten Ausfuhr reduziert auf 15 000 Rinder und 50 000 Schweine. In dem gleichen Jahre führte Serbien Fleisch im Werte von 5 Millionen Mark aus, Ungarn im Werte von 240 Millionen.

7. Die Serben in Österreich.

Bosnien war 1878 nicht annexiert, sondern bloß »okkupiert« worden. Die Lage der bosnischen Bevölkerung wurde durch diese Konzession nicht verbessert, sondern verschlechtert. Waren die Bosnier ein Teil der österreichischen Staatsbürgerschaft geworden, dann hielten sie auch die damit verbundenen politischen Rechte erhalten. Dank der bloßen Okkupation konnte man (mußte man nicht) sie ihnen vorenthalten. Charnay untersuchte in seinem 1907 erschienenen Buche über »Deutsch-österreichische Politik« die Frage: »Was haben Bosnien und die Herzegowina durch die Okkupation gewonnen?« (S. 388), und er kommt auf Grund eines offiziellen Rechenschaftsberichts zu dem Schluß, Bosnien habe sein Wesen modernisiert, aber

einem Punkte weicht der Bericht ungünstig aus: den politischen Verhältnissen. Mit guten Gründen. Der Kaiser von Österreich und König von Ungarn ist Bosnien gegenüber ein absoluter Herrscher. Im Okkupationsgebiet gibt es nicht einmal den Ansatz zu einer Volksvertretung (das wurde 1907 geschrieben). Die breiteren Schichten der Bevölkerung werden kaum zur Lokalverwaltung herangezogen. In den 54 Bezirken des Landes bestehen bloß die aus der Zeit der türkischen Verwaltung stammenden Bezirks-Medzlis; das sind Beiräte, die jeweils ernannt werden. ... Nun haben wir das Geheimnis der österreichisch-ungarischen Erfolge erkannt.

Während in Serbien und Bulgarien der Nationalismus steht, in Rumänien bei Volksunität und Nationalismus auf der einen, bei Stumpfem Nationalismus auf der anderen Seite streift erneut und in Monarchien die Völker um die Freiheit herum, hat der Habsburgerstaat mit Parker Hand den Absolutismus aufgerichtet.

Also in Serbien Absolutismus, in Bosnien Absolutismus. Da behauptete es wohl heilige großherzogliche Propaganda, damit die Bosnier die Verbannung Serbiens beendeten. Das heißt nicht alle Bosnier. Die feudalen Grundherren halten alle Ursache, mit dem österreichischen Regime zufrieden zu sein. Der bosnische Absolutismus wurde heileswegs welchesmehr durch die Modernisierung des Landes, die sich fast nur auf Außenseitheiten erstreckte.

In Bosnien herrschen noch feudale Zustände. Der Aufstand von 1875 war im wesentlichen sozialer Natur gewesen, eine Empörung der christlichen Kleinbauern (Kmeten) gegen die mohammedanischen Grundherren (Spahis). Sie wollten freie Bauern werden, wie im benachbarten Serbien. Aber das österreichische Regime, das im Lande Fusi lassen wollte und sich in diesem Verlust auf eine krißtige Klasse stützen mußte, betrachtete als solche die Spahi. Seine erste soziale Tat im okkupierten Lande bestand in der Feststellung, daß alle Überkommenen Eigentumsverhältnisse unverändert bleiben sollten. So halten die christlichen Bauern Bosniens umsofort gehaust, ja ihre Lage noch verschlechtert. Denn unter der türkischen Herrschaft hatten nur die Mohammedaner Kriegsdienst zu leisten gehabt. Jetzt traf er auch die Christen. Die neuen Geldsteuern endlich belasteten viel mehr den Kmeten als den Spahi.

In alledem kam noch der religiöse Gegensatz. Vergessen wir nicht, daß Bosnien zur Zeit seiner Okkupation noch in dem Stadium war, in dem das moderne nationale Bewußtsein eine unbedeutende Rolle spielt, dagegen die Religion die Massen entscheidend beeinflußte. War bis dahin der religiöse Gegensatz in Bosnien der zwischen griechischen Christen und Mohammedanern gewesen, so trat nun ein drittes Element auf: der Katholizismus des Habsburgerstaats, dem der Islam ein geringeres Übel schien als die christliche, aber vom Katholizismus getrennte griechisch-orthodoxe Kirche.

Diese religiösen Differenzen trugen in Bosnien dazu bei, schon vorhandene Gegensätze zu verschärfen und zu vergiften, sie waren nicht erst zu schaffen. In dem benachbarten Kroaten widerte sich gleichzeitig der alte religiöse Gegensatz zwischen den katholischen Kroaten und den griechischen Serben, der lange als unüberwindlich gegolten hatte. Er wurde gurklich bedingt durch einen gemeinsamen Gegensatz beider gegen das herrschende Neuland, der in jener Zeit rasch anwuchs.

Der Gegensatz zwischen dem ungarischen Adel und dem kroatischen Bauernvolk ist ein alter. Er hatte dazu geführt, daß im Jahre 1848 die Kroaten die fanatischsten Verfechter des Absolutismus gegenüber der Opposition der Ungarn wurden.

Nach 1868 war Österreich in zwei Staaten geteilt worden, in Ungarn (Transleithanien) und den westlichen Teil der Monarchie, bei beiden anderen unstellen Teil fühlte sich der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (Westleithanien).

Die Deutschen hielten sich nach der Trennung Österreichs von Deutschland darum abzudrängen müssen, die Ungarn nehen sich als Transleithanien anzuerufen

nen. Allein konnten die 10 Millionen Deutschen, die damals in der Monarchie lebten, gegen die fast 17 Millionen Slawen nicht auskommen. Eher schien die Sache möglich, wenn man den Staat und damit die Slawen teilte.

In Eisreichanien blieben etwa 8 Millionen Deutsche, denen 11 Millionen Slawen gegenüberstanden, darunter $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen, die zwischen den kämpfenden Nationalitäten nun das Zünglein an der Waage bildeten. In Transleithanien aber kamen nun auf 6 Millionen Magyaren 9 Millionen Nichtmagyaren, darunter 2 Millionen Deutsche.

Dabei wurden Tschechoslowaken und Serbokroaten unter den beiden Reichshälften aufgeteilt. Von 7 Millionen Tschechoslowaken entfielen auf Eisreichanien $4\frac{1}{2}$ Millionen, auf Ungarn $2\frac{1}{2}$ Millionen. Von 3 Millionen Serbokroaten kam eine halbe Million auf Eisreichanien, dem Dalmatien und Istrien zugewiesen wurden. Eine weitere halbe Million wurde direkt dem ungarischen Staate einverlebt, die restlichen 2 Millionen bekamen ein eigenes Gemeinswesen, das Königreich Kroatiens, das einen Teil des ungarischen Gesamtstaats bildete, in ihm aber eine Sonderstellung mit eigenem Landtag und eigener Verwaltung erhielt. Dazu wurden nach der Okkupation Bosniens 1300 000 Serben gefällt, die weder der einen noch der anderen dieser staatlichen Gemeinschaften angehörten.

Vereinigt hätten die Serbokroaten einen Faktor gebildet, mit dem man rechnen musste. Zerspillet wurde jeder der einzelnen Splitter ohnmächtig.

Je mehr das moderne Verkehrsweisen auch in jene abgelegenen Gegenenden eindrang und ihr Denken revolutionierte, desto größer wurde ihr Sehnen nach Vereinigung. Desto energischer aber auch der Widerstand namentlich der ungarischen Herrenklasse. Je gewalttätiger sich dieser Widerstand gestaltete, desto mehr entzündete er wieder die nationale Empörung der Serben und Kroaten, die sich dabei immer näher kamen und schließlich einmütig vorgingen.

Da sie sich allein zu schwach fühlten, der mächtigen Ungarn Herr zu werden, sahen sie sich nach einem Verbündeten um, und wie ehedem suchten sie ihn in der Wiener Habsburg.

Dort durften sie jedoch lange Zeit nichts erhoffen. Der Kaiser Franz Joseph hatte nach 1866 den Rat besorgt, den ihm Bismarck gegeben, den Schwerpunkt des Reiches von Wien nach Osten zu verlegen. Mehr noch als die Deutschen waren die Ungarn das Staatsvolk der Monarchie geworden. Er unternahm nichts gegen sie, und es war naheliegend, dass er um so weniger zu einem schroffen Wechsel des Kurses zu veranlassen war, je älter er wurde, je mehr er vor allem wünschte, jedem Konflikt auszuweichen.

Diese Zeit der Ruhe im Staate schien vorüberzugehen, als die russische Revolution auch Österreich aufs Kiesseis erschütterte. Um dieselbe Zeit begann Erzherzog Franz Ferdinand, seit 1888 Thronfolger, der Staatsleitung näherzutreten. Er galt nicht bloß als eifriger Katholik, sondern auch als faktkräftiger Vertreter der monarchischen Gewalt und als entschledener Gegner der Ungarn, das heißt nicht der ungarischen Nation, sondern der ungarischen Herrenklasse, die ein tatsächlich parlamentarisches Regime für sich erwartet hatte, für ihren Staat nach immer größerer Selbständigkeit trachtete und als die stärkste Einschränkung der monarchischen Gewalt im österreichischen Gesamtstaat erschien. Wie die Christlichsozialen in Wien, wie die Verfechter des Einheitsstaats in Bureaucratie und Armee, so glaubten auch die Kroaten

im Thronfolger den kommenden Mann zu finden, bei ihr Gehnern erfüllen werde.

Die Formen waren möglich, das zu erreichen, beide bedingten die Unstimmigkeit des Dualsystems. Die eine bestand in der Rückverwandlung der beiden getrennten Staaten in einen einzigen Staat, einen Großstaat. Die andere bestand darin, bezeichnete man als Großfürstentum. Richtig konnte man sich diesen Staat verschieden organisieren, auch sehr demokratisch, und zu finden wir sogar Sozialdemokraten unter den Großfürstentümern. Aber keiner konnte sich das Großfürstentum anders vorstellen, als als monarchischen Staat. Auch den großfürstentümischen Sozialdemokraten erschien die Dynastie als das unentbehrliche Band, das Reich zusammenzuhalten, und erschien ebenso das Reich selbst für seine Völker unentbehrlich.

Der einzige Vorläufer des sozialdemokratischen Großfürstentums war der Genosse Menner.

Unter dem Pseudonym Springer veröffentlichte er im Jahre 1888 ein Buch über »Grundlagen und Entwicklungsgesetze der österreichisch-ungarischen Monarchie, politische Studien über ... die Mährsiede und ihre Zukunft«, in dem er diese Idee ausschließlich entwickelte, die Umwandlung Österreichs in einen Höherstaat verlangte mit Autonomie der Nationen, auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und mit dem Abdrücksel der Dynastie:

Wenn noch lebt in allen Völkern Österreichs und Ungarns die Kaiseridee und die Kaiseridee, bei der das dynastische Moment nur den realen Sinn vertritt eine uneingetindene Abnung sagt Ihnen, dass Ihrer Lantend Bewohner haben, wenn sie unterzuwerfen, die Werte der Nachbarn und das Opfer ihrer Freiheit werten, und auch in den Deutschösterreichern ist diese Abnung wichtig; statt des Nachwuchses an der Donau ein hohenzollernisches Hinterland werden, statt des Opi genommen im Osten das Steskind des Westens — diese Perspektive macht Ihnen lange... Wahrsch, eine Kaiseridee liegt in der Luft! Warum soll die Monarchie nicht werden ein einig Volk von Völkern, das gemeinsame Schicksal der Nationen, kommt sie neben den Großen bestehen können, jeder in seiner Art, jeder in seinem Reiche frei, alle gleich unter einer vielhundertjährigen, unmett und streng parlamentarischen Dynastie? (S. 238, 237.)

Als wir vor mehr als zehn Jahren diese verzweiften Anstrengungen hörten, biesen nativen Nationalismus, der die monarchische Schwelg mit, aber mit Deutschland als »Vorläufer«, biesen Lokalnationalismus, dem bei Tötung der Deutschösterreich in Österreich wichtiger ist als die Gesamtheit der heutigen Nation; und endlich diese Regelstierung für das »Möglichkeitenland«, da beständiger wie das, haben aber darüber hinweg angestellt bei uns sind, das Österreich, der proletarischen und demokratischen Companien der Autors. Wir haben in jenen Ausführungen nur Überblicksweise geschildert jüdische Elternhäuser, die der Verfasser mit spitzbürtiger Abneigung an die internationale Sozialdemokratie ablegen werde. Es scheint, wir haben die Unverträglichkeit dieser Elternhäuser unterschätzt.

Das Großfürstentum, in dem die heute in der Staatsmeisen zerstückelten Elternhäusern in einem einzigen, autonomen, gleichberechtigten Gemeinwohl vereinigt werden sollten, das war die Lösung, die bis jetzt haben und könnten Politiken ins Blaue schießen. Sie sah die völlige Auflösung der heutigen ungarischen Einheit voran.

Meiniger undthat war eine andere Lösung: mit Kompromissen, und bereits eine Kompromisslösung einzunehmen, sollten Politikanten, Politiker und die vom Leben

bewohnten Teile Süddunarns vereinigt und dem Gesamtstaat als dritter Bestandteil einverleibt werden, mit den gleichen Rechten, wie sie Ungarn und Österreichum besaßen. Das war die Idee des sogenannten Triallismus. Sie ließ die Herrschaft der Ungarn über die Rumänen und Slowaken unangefasst. Trotzdem erregte sie die Wut der magyarischen Herrenklasse womöglich noch mehr als die großösterreichische Idee, gerade deshalb, weil sie leichter realisierbar, also eher im Bereich der Möglichkeit war.

8. Die großserbische Idee.

Je mehr diese Versuche auf Widerstand stießen, im Rahmen des Kaiserstaats das nationale Sehnen der in ihm zersplitterten Serbokroaten zu befriedigen, desto mehr wurde der Boden gegeben für eine Idee, die über diesen Rahmen hinausging.

Diejenigen, die daran verzweifelten, Hilfe aus der Wiener Hofburg zu erhalten, begannen ihre Blicke nach dem benachbarten Serbien zu richten, wo ihre Nationsgenossen ein freies Gemeinschaften bewohnten, mit vollster Pres- und Vereinsfreiheit, während in Kroatien der Ausnahmezustand, in Bosnien die Militärdiktatur herrschte. Die Idee eines Großserbiens kam auf, die Idee der Vereinigung aller Serbokroaten in einem selbständigen Staate. Vom Königreich Serbien erwartete man dabei, es werde für die serbische Einigung das leidste, was für die Besteigung und Einigung Italiens das kleine Königreich Sardinien geleistet hatte.

Da Wünsche frei sind, kam man, sobald man erst einmal beim Gedanken Großserbiens war, darauf, ihm auch die Slowenen einzufüllen, deren Sprachgemeinschaft an die serbokroatische grenzt. Die Slowenen sind erst im Begriff, eine Schriftsprache zu entwickeln, und begegnen dabei angesichts der Kleinheit und Rückständigkeit ihres Landes großen Schwierigkeiten. Ihre Sprache ist der serbischen ähnlich und würde sich ihr bei längerer staatlicher Gemeinschaft wohl anpassen. An den sprachlichen Unterschieden brachte also die Einverleibung der Slowenen in den serbischen Nationalstaat nicht zu scheltern.

Die Zahl der Serbokroaten beträgt heute an 18 Millionen, die der Slowenen über eine Million. Das ergäbe schon einen ganz erheblichen Staat. Kein Wunder, daß die großserbische Idee als Wunsch manchen Serben entzückte, in der Literatur und bei Festreden nationaler Vereine eine Rolle zu spielen begann, wobei als Vorbild die nationalen Bestrebungen der Italiener und Deutschen des vorigen Jahrhunderts vorgeführt wurden, die auch in den Staatsmännern Österreichs ihre größten Gegner gesunden hatten.

Doch waren die Hindernisse so groß, die sich der Idee entgegensezten, daß ernsthafte Versuche, ihre Verwirklichung vorzubereiten, nicht zutage traten. Alle Beschuldigungen, die in dieser Beziehung erhoben wurden, haben sich als halslos erwiesen. Selbst Haschagen, der mit den Tatsachen sehr frei umspringt und für die österreichische Regierung sehr viel übrig hat, muß darüber mitteilen:

Am 25. März 1908, also noch einige Tage vor Beilegung der Annexionskrise, veröffentlichte der führende deutschösterreichische Historiker Heinrich Friedjung in der «Neuen Freien Presse» einen scharfen Artikel gegen die großserbische Propaganda auf dem Boden der Monarchie. Insbesondere beschuldigt er Abgeordnete des Kro-

ischen Parlaments verbündeter Beziehungen zur serbischen Regierung. Da Friedjung von kroatischer Seite wegen Verleumdung verklagt und zur Vorlegung seiner Beweise aufgefordert wird, kommt es in Wien zum Prozeß, in dem sich zwei für die Kroaten belastende Dokumente, auf denen Friedjung gesucht hat, als Fälschungen herausstellen. Friedjung steht darauf am 22. Dezember 1908 seine Behauptungen zurück. Großes Aussehen erreicht nun aber, daß die Dokumente aus dem Ministerium des Äußern stammen. Da sie sich teilweise als gefälscht herausstellen, so betrachtet man diesen Ausgang des Friedjungiproesses als «umgekehrten Verschluß Lehrenthal's», den Nachweis für das Vorhandensein einer großserbischen Propaganda zu liefern. Damit ist aber die Sache noch nicht erledigt. Einmal wird von Mai bis Oktober in einem Agramer Hochgerichtsprozeß gegen nicht weniger als 53 Untertanen der Monarchie wegen großserbischer Umtriebe verhandelt. 18 von ihnen müssen wegen mangeler Beweise sofort freigesprochen werden. Das Urteil gegen die übrigen wird später ebenfalls aufgehoben, weil das Beweismaterial wieder teilweise gefälscht worden ist. (Umriss der Weltpolitik, Leipzig 1916, B. G. Teubner, 2. Band, 1911 bis 1914, S. 40.)

Haschagen sagt nicht, wieso die gefälschten Dokumente, auf denen die großen Beschuldigungen Friedjungs beruhen, ins Ministerium des Äußern kommen und wer sie gefälscht hat.

Professor Moserik hat darüber ausführlicher gehandelt, zuerst in den Delegulanen, dann in einer Schrift »Vasil-Forgach-Lehrenthal«, einiges Material zur Charakteristik unserer Diplomatie, Prag 1911. Er erhob dort die schwersten Anklagen gegen den österreichischen Gesandten in Belgrad, den Grafen Forgach.

In seiner Erwiderung ging Lehrenthal auf die Tatsachen nicht ein. Er erutherte nur, er weise den Angriff gegen den Grafen Forgach entschieden zurück. Graf Forgach sei in Belgrad und speziell bei der serbischen Regierung sehr beliebt. Diese Beliebtheit des Grafen Forgach in Belgrad wurde durch vom serbischen Minister Milovanovitsch bestritten.

Wie dem auch sein möge. Jedenfalls beweisen diese Affären, daß man in österreichischen Regierungskreisen durch die großserbische Propaganda sehr unruhig geworden war. Der schon bestehende und tiefgehende Gegensatz zu Österreich wurde nun noch mehr verschärft.

Wiederum Franz Ferdinand aber, zu dem die Serbokroaten vertrauensvoll ausschließen, soweit sie großösterreichischen oder trialistischen Tendenzen huldigten, war naturngemäß der energischste Bekämpfer des Großserbenkums. Miss Lehrenthal, der im Oktober 1908 Minister des Äußern wurde, galt als «Reitmannsmann des Thronfolgers».

9. Mazedonien und Albanien.

Die fortwährende Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich und Serbien wurde nicht gemildert, als nach der russischen Revolution die Balkanfrage selbst wieder einen akuten Charakter annahm durch die mazedonischen und albanischen Unruhen und die Istrische Revolution.

Mazedonien bildete auf dem Balkan das lehle Gebiet, dem es noch nicht gelungen war, das Reich des Illyrischen Feudalismus abzuwerfen, das nun so schmerzlos losließ, je mehr die Türkei blödiglich verham, je anfallender der Unterschied zwischen der Lage der arbeitsfähigen Bauern in Mazedonien und bei den Serben und Bulgaren war, je fahrhafter endlich die Vermehrung,

die der mazedonischen Insurrektion aus diesen beiden Staaten zufiel wurde, von denen jeder nach der Beute verlangte. Diese Ermunterung war sicher vorhanden, doch fäte man unrecht, die ganze Bewegung als künstliche Mache auswärtiger Heer zu betrachten. Das ist immer die Darstellung jener, die ein Interesse an dem Fortbestehen der Missbräuche haben und nicht zugeben wollen, daß diese Missbräuche vorhanden sind und aufreizend wirken. Wie die Lage der Bauern in Mazedonien war, bezeugt folgendes: Dr. Cleanthes Nicolaides schreibt in seinem Buche über »Mazedonien« (Berlin 1903, Calvary):

Der christliche Landmann in Mazedonien hat folgende Abgaben zu leisten:

	Prozent des Ernteretts
1. Der Großgrundbesitzer erhält vom Ernteertrag	33½
2. Die Staatssteuern betragen	16½
3. Die Schulssteuer	2
4. Die Gewerbe- und Einkommensteuer	5
5. Die Leistungen für Wegebau	5
6. Die Abgabe für die Kirche	1
Zusammen 69 Prozent.	

Rechnet man nun, daß 15 Prozent zur nächstjährigen Aussaat erforderlich sind, so würden dem Bauern für sich und seine Familie noch 22 Prozent von der Ernte verbleiben. (S. 88.)

Aber auch die blieben ihm nicht, er mußte sie mit Räubern teilen — den gefährlichen Räubern, Steuergenossen und Grundherren, und den ungefährlichen Räubern, Bauern, die aus Verzweiflung oder aus Trotz sich gegen die gesetzliche Ordnung erhoben, gegen ihre Unterdrücker Front machten, um sich zu behaupten, die aber auch die Bauern besteuerten.

Je entsetzlicher die Lage der Bauern, desto größer die Zahl der Räuberbanden. Es hing bloß von der allgemeinen Situation ab, ob sie gewöhnliche Räuber blieben oder zu Freiheitskämpfern wurden — genau wie ein Jahrhundert vorher in Serbien.

Diese mazedonische Insurrektion wollte nicht enden.

Anders liegt die Sache in Albanien. Dort herrschen die gleichen Zustände, doch noch primitiver, die sich bis ins achtzehnte Jahrhundert in Hochschottland erhalten. Walter Scott hat sie in seinen schottischen Romanen so plastisch geschildert. In dem schwer zugänglichen Bergland erhält sich die Genslverfassung noch in voller Kraft, mit dem ganzen trostigen Freiheitssinn, der diese Gesellschaftsform kennzeichnet. Die Unzugänglichkeit ihrer Berge schützt die Albaner vom Weltverkehr ab und verhinderte ihre militärische Niederwerfung. Die Unwirksamkeit des Berglandes schützte ihre Freiheit auch dadurch, daß sie nur eine äußerst ärmerliche Hirtenwirtschaft aufkommen ließ, die niemandes Begehrlichkeit lockte. Diese Armut verwandelt aber auch wieder den Albaner in einen geborenen Räuber, jedoch ganz anderer Art als den Mazedonier.

Die ökonomischen Verhältnisse, wie sie in Albanien herrschen, begünstigen ungemein die Fruchtbarkeit der Bevölkerung. Adam Smith wußt bereits in seinem »Wealth of Nations« auf die außerordentliche Fruchtbarkeit der Bergschichten hin: »Armut scheint die Fruchtbarkeit zu fördern. Ein halbverhungertes Weib aus dem Hochland bringt häufig mehr als zwanzig

Minder zur Welt.« (1. Band, 8. Kapitel.) Was mit diesem kraftvollen, kampflustigen Menschenzuwachs beginnt? Die primitive Landwirtschaft kann ihn nicht ernähren. Zum Teil geht er zugrunde in den steten inneren Feinden der einzelnen Clans untereinander, die der Blutrache entspringen. Sie müssen jene Stämme längst vernichtet haben, wenn nicht der rasche Nachwuchs bestünde. Ein anderes Sicherheitsventil ist der Kriegsdienst außerhalb der Berge. Alle haben die Albaner eine türkische Armee in ihren Bergen lange geduldet. Aber sie waren stets bereit, sich beim Sultan zu versöhnen, und bildeten in Konstantinopel seine zuverlässigste Truppe. So legte Will 1756 die Art an »die Wurzel aller Ausstände und Anarchie in den Hochländern« (Lecky), als er dazu überging, in den schottischen Hochlandclans Anwohnungen für die Armee vorzunehmen.

Aber nicht jeder wollte der Heimat den Rücken kehren und sich der militärischen Disziplin unterwerfen. Der in der Heimat zurückbleibende sah nur ein Mittel, der Armut seiner Berge abzuheben: die Plünderei bei Nachbarn.

In alledem blieben die Albaner genau dasselbe Bild wie die schottischen Hochländer. Aber ihre Lage war keineswegs hier wie dort die gleiche. Die Hochschotten grenzen an ein hochkultiviertes Gemeinwesen, während die Nachbarn der Bergalbaner selbst arme Teufel in höchst primitiven Verhältnissen waren, einerseits Serben und Griechen, andererseits die Albaner der Küstenniederung. Das bewirkte aber nur, daß den Albanern gegenüber die Mittel der Abwehr und schottischen Niederwerfung weit geringer waren als den schottischen Hochländern gegenüber, konnte jedoch beliebig bahnen führen, daß die Raubzüge weniger schmerzlich empfunden wurden.

Die Albaner blieben eine Geisel ihrer Umgebung, in ständiger Fehde mit ihr.

Dieser ewige Kriegszustand kümmerte Europa lange Zeit höchst wenig. Ein Interesse gewann er dagegen, als in Österreich die Tendenz für den Normmarsch nach Saloniki aufkam. Der Weg nach Mazedonien führte bei Albanien vorbei, ja zum Teil direkt durch albanisches Gebiet. Die Gegnerlichkeit der kriegerischen Albaner konnte sehr unangenehm, ihre Freundlichkeit sehr angenehm werden. Und die der Albaner war billig zu haben — auch hierin den Hochschotten ähnlich.

Als weit ins achtzehnte Jahrhundert hinein, als die schottischen Niederlande schon längst zu innigster Gemeinschaft mit England gekommen waren, wußten die Könige Frankreichs sich noch einen Anhang unter den Bergbewohnern zu erkauften, der England zuletzt höchst unbehaglich wurde.

Für Österreich war ein Anknüpfungspunkt bat in gegeben, daß in dem Talbium, in dem die Bergstämme Albaniens leben, neben der Genslverfassung bereits die kirchliche Organisation eine Rolle spielt, wenn auch nach neuer Verfassung untergeordnet. Nun gibt es unter ihnen Mohammedaner, griechisch-orthodoxe Christen und Katholiken. Österreich warb für die Lehren der Schulpfarrer.

Wahrschend es jedoch einen nützlichen Konsumenten in den Balkanern, fast heißt in dem italienischen Imperialismus,

Wie er ist ganz eigener Art. Viele Hauptstädte Ost ist nicht das Finanzkapital, sondern die Überproduktion an Intelligenz. Die industrielle Entwicklung

lung Italiens ist gering, groß aber die Zahl seiner Intellektuellen, ist es doch ein altes Kulturland mit vielen Universitäten und einem zahlreichen Kleinstadertum, das einen großen Teil seines Nachwuchses intellektuellen Berufen zuweist. Weder Industrie noch Handel bieten für diese Elemente ausreichende Beschäftigung. Da wird die Versorgung durch den Staat, wird die Zahl der Beamtenstellen im Staat von größter Wichtigkeit für die Intellektuellen.

Der Staat, wie er besteht, reicht nicht aus für sie alle. Das wird ein Moment, das jede Bewegung verstärkt, die den Staat zu ändern oder auszudehnen strebt. Der Kampf um die Unabhängigkeit und Freiheit der Nation wurde so eine Sache nicht bloß der Idealisten, sondern auch nicht weniger Streber. Sobald dies Ziel eingemahnt erreicht war, erhoben die unversorgten Streber den Ruf nach kolonialem Besitz. Bis heute noch ist aber nicht die ganze Nation geeinigt, und so schwankt die öffentliche Meinung Italiens zwischen Nationalismus und Imperialismus hin und her. Einmal überwiegt das eine, ein andermal das andere Moment. Beide Strömungen fanden sich schließlich in dem Gegensatz gegen Österreich, nachdem sie eine Zeitlang einander in dieser Beziehung entgegengewirkt hatten.

Nach 1870, nach der Einverleibung des Kirchenstaats in das Königreich Italien, richteten die Italiener ihre Blicke nach Südtirol, Görz, Triest, die, von Italienern bewohnt, noch unerlässlich (irredent) waren. Der Bund der „Irredenta Italia“, des unerlässlichen Italiens, der sich 1878 bildete, beherrschte jahrelang das öffentliche Leben Italiens. So groß war damals die Erbitterung gegen Österreich, daß Bundesmitglieder den Versuch machten, den Kaiser Franz Joseph zu ermorden, als er 1882 in demonstrativer Absicht zur Feier der fünfhundertjährigen Zugehörigkeit Triests zu dem habsburgischen Besitzstand nach dieser Stadt kam. Das Attentat wurde vereitelt, der eine der Attentäter entkam nach Italien, wo man ihn verhaftete und in Udine vor ein Geschworenengericht stellte, das ihn freisprach. Der andere, der Student Oberdank, wurde in Triest festgenommen und hingerichtet, was in Turin, Bologna, Mailand, Rom stürmische Protestkundgebungen hervorrief. Oberdank wurde als Nationalheiliger verehrt. Zahlreiche Oberdankklubs bildeten sich. Doch war die österreichische Regierung klug genug, daraus keinen Kriegsfall zu machen und der italienischen Regierung kein Ultimatum zu senden.

Immerhin erschien die Politik der Irredenta vielen Politikern Italiens zu gefährlich, sie suchten für den italienischen Expansionsdrang einen weniger gefährlichen Ausweg in der Politik kolonialer Erwerbung. Eigenartig wie der Imperialismus ist auch die Kolonialpolitik Italiens. Da sie nicht von den Bedürfnissen der Industrie, sondern von denen der Intellektuellen getrieben wird, sah sie sehr wenig auf den ökonomischen Wert der Gebiete, die sie besetzte. Sie hatte das Pech, sich der unfruchtbaren und ärmeren Landstriche zu bemächtigen, und dabei gerade solcher, die von einer höchst wehrhaften Bevölkerung verteidigt wurden. Das galt zuerst für Abessinien, wo es sich 1885 sessigte, wie später für Tripolis. Es galt in gleichem Maße für Albanien, das es in seine Einflussphäre zu verwandeln suchte. Tripolis und Albanien sollten ihm helfen, die Adria und das östliche Mittelmeer in einen italienischen See zu verwandeln. Dabei stieß es auf die Konkurrenz Österreichs, das ebenfalls nach Albanien trachtete.

Eine Zeitlang half der Imperialismus Italiens dann gedenkt, den anschein nationalen Schonen entspringenden Gegensatz gegen Österreich zu überwinden. Im Mittelmeer stieß es zunächst nicht auf Österreich, sondern auf Frankreich als Gegner, daß ihm Tunis vor der Nase weg schnappte (1881). Gegensatz gegen Frankreich, Anschluß an Deutschland und Österreich war die erste Folge des italienischen Imperialismus.

Durch Albanien aber wurde nun Österreich für ihn zum Feind, derselbe Feind, der als Gegner der nationalen Bestrebungen erschien. Imperialismus und Nationalismus, deren auswärtige Politik eine Zeitlang gegenseitig geworden waren, begegneten sich nun, das Resultat war Schwächung des Kreisbunds, Annäherung Italiens an Frankreich, Arbeiten gegen Österreich in Albanien.

Bei ihrer Stellung zum Papst konnten sich die Italiener dabei nicht gut den katholischen Klerus bedienen. Der hielt treu zu Österreich. Die Italiener suchten daher Einfluß auf die Albaner zu gewinnen durch Schulen.

Die Einwirkung von außen diente gerade nicht dazu, die von vornherein zu Steuer Unruhe genesenen Albaner zu beruhigen. Albanien und Mazedonien, die beiden letzten großen Gebiete, die die Türkei in Europa noch besaß, wurden immer mehr zu Ausgangspunkten ständiger Rebellionen, die den morschen Staat aussießte eis hällerten und der steten Gefahr ausfälliger Interventionen aussetzten.

Die türkische Regierung aber blieb in ihrem alten Schlendrian, tat nichts zu Abwendung der drohenden Gefahr. Der Staat schien zum Untergang verurteilt — da setzte die Revolution ein.

10. Die türkische Revolution.

Die Umwälzung in der Türkei steht sicher im Zusammenhang mit den Ereignissen, die Japan über Russland in den Jahren 1904 und 1905 ersucht, wie mit der ihnen folgenden russischen Revolution. Japan zerstörte das Prestige des Großfürstens im Orient, wo er seit dem Fall der Türkei als unbedeckbar gegolten hatte, in der mohammedanischen Welt, in Indien, in China. Die russische Revolution zerstörte im Orient das Prestige des Absolutismus, der dort als die natürliche Staatsform erschienen war.

Wie für China, Indien, Persien wurde damit auch für die Türkei ein mächtiger Anstoß gegeben. Doch war die Revolution, die er in der Türkei 1908 hervorrief, keine demokratische. Dazu fehlten alle Vorbereitungen. Ohne moderne Industrie, ohne modernes Verkehrs- und Schulwesen, entbehrt es aller Faktoren, die es ermöglicht hätten, größeren Volksmassen Interesse und Verständnis für die Staatspolitik herzubringen. Nur blieb das Privilieg einer dünnen Oberschicht, und nur von dieser ging die Revolution aus. Sie war zunächst, wie alle Staatsumwälzungen in diesem Stadium der ökonomischen und politischen Entwicklung, wie die Staatsumwälzungen im alten byzantinischen Reich und im römischen Kaiserreich, wie die späteren Staatsumwälzungen in der Türkei selbst, nur eine Palast- und Soldatenrevolution. Aber sie stand doch in einem ganz anderen Gesamtzusammenhang Europas statt wie ihre Vorgängerinnen.

Wie sehr sich die Weber führt der Türkei auch gegen die Modernisierung ihres Staates sträuben möchten, sie halten doch trauten müssen, ble-

Werkzeuge ihrer äußeren Politik, Diplomatie und Armee einigermaßen denen der anderen Mächte ebenbürtig zu machen. Zu diesem Zwecke waren Offiziere und höhere Beamten ins Ausland gesandt worden, um dort zu studieren. Es waren oft nur Außerlichkeiten — und nicht gerade die erhebendsten — der abendländischen Zivilisation, deren Kenntnis sie heimbrachten. Immerhin genügten sie, um in den Kreisen der Offiziere und Beamten eine Richtung aufzukommen zu lassen, die den Staat in europäischem Sinne zu reformieren und zu verjüngen suchte; die Reform- oder Jungtürken. Von ihnen ging 1908 die Revolution aus, und so wurde sie nicht ein bloßer Wechsel der regierenden Personen. Sie verwandelte die Türkei in einen Staat mit modernen Formen, vor allem einem gewählten Parlament.

Freilich fehlte diesen Formen noch der Inhalt. Da in der Türkei noch nicht die Voraussetzungen für eine demokratische Revolution gegeben waren, so auch nicht die für ein parlamentarisches Regime. In den meisten Wahlbezirken konnte die Regierung den Anfall der Wahlen nach ihrem Gutdünken senken, und das bisschen Opposition, das trotzdem im Parlament austauschen mochte, fand keinen Rückhalt in der Bevölkerung. So wichtig der Parlamentarismus dort war, wo er in Verbindung steht mit starker Teilnahme der Massen an der Staatspolitik, so wichtig ist er dort, wo die Massen zu solcher Teilnahme weder fähig noch gewillt sind.

Trotzdem konnte die türkische Revolution ein Mittel werden, den Staat zu verjüngen, wenn sie dahin wirkte, modernen industriellen Kapitalismus, modernes Verkehrswesen, modernes Schulwesen, die Sicherheit der Person und des Eigentums gegenüber legalen und illegalen Räubern zu schaffen und die unproduktiven Ausgaben des so armen Staates einzuschränken.

Diese Absicht besaßen die Reformer sicher. Aber die ersten Ansgaben, die sie sich zum Teil selbst setzten, teils ihnen durch die Verhältnisse gesetzt wurden, bestanden in der Verstärkung der Armee und in der Vermehrung des Auswandes für sie, in der Ausdehnung der Militärpflicht, die bis dahin nur für die Mohammedaner gegeben hatte, auf die Christen; in der Be ruhigung Mazedoniens, nicht durch Aufhebung der feudalen Ausbeutung, sondern durch rücksichtslose Anwendung militärischer Machtmittel, die bald auch gegen die Albaner in Anwendung gebracht wurden. Dazu kamen vermehrte auswärtige Konflikte, verstärkte Rüstungen und schließlich eine Serie von Kriegen, die mit dem Italienischen Einfall in Tripolis 1911 begann. Von da an hat in der Türkei der Kriegszustand praktisch nicht mehr aufgehört. Das waren nicht die Voraussetzungen, die ökonomische Entwicklung des Landes zu fördern.

11. Die Annexion Bosniens.

Der erste Konflikt, in den das jungtürkische Regime geriet, war der mit Österreich. Ende Juli 1908 war die türkische Revolution ausgebrochen. Schon am 5. Oktober wurde sie von Österreich damit beantwortet, daß es die ihm durch den Berliner Vertrag von 1878 zur bloßen Verwaltung überlassenen Länder Bosnien und Herzegowina für seinen Besitz erklärte.

Dieser unerwartete Schritt rief sofort die lebhaftesten Befürchtungen bei mir sowohl der Türkei, die sich eines Endes verabsah, das ihr ge-

hörte, wie Serbiens, das die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, es einmal als Erbe der Türkei erlangen zu können. Die größte Erregung bemächtigte sich auch Bosniens selbst sowie Rußlands, das als Serbiens Schützer betrachtet sein wollte.

Schon am 9. Oktober protestierte die Pforte gegen die Annexion Bosniens. Die Türken verhängten den Boykott über österreichische Waren und ließen ihn durch.

Gleichzeitig kam es in Belgrad zu lebhaften Demonstrationen gegen Österreich. Ließ sich Rußland dazu hinreissen, der serbischen Extraterritorialität nachzugeben, dann bekamen wir damals schon den Weltkrieg.

Noch Rußland mahnte zum Frieden. Noch hatte es die furchtbare Niederlage des Japanischen Krieges nicht verwunden. Und es war nie sehr geneigt zu einem Angriffskrieg gegen einen starken Gegner.

Rußland ist strategisch stark in der Verteidigung wegen der Unwegsamkeit und Ausdehnung des Landes. Über diese Vorteile verwandeln sich in Nachteil, wenn es einen Feind außerhalb des Landes angreifen will.

Nun sind der politische und der strategische Angriffskrieg sicher zwei sehr verschiedene Dinge, sie stehen aber in engem Zusammenhang miteinander.

Ein Staat kann wohl einen politischen Verteidigungskrieg in der Form eines strategischen Angriffskriegs führen. Auch wenn ich den Gegner zu nicht zwingen, nur seinen Zwang abwehren will, kann das am wirksamsten in der Form geschehen, daß ich den Krieg in sein Land trage, diesem die Hauptlast der Kriegsführung ausbürde.

Über das Umgekehrte ist schwer möglich: einen politischen Angriffskrieg in der Form eines planmäßig gewollten strategischen Verteidigungskriegs zu führen.

Wenn ich von vornherein mir nicht die Kraft zutraue, den Gegner in seinem eigenen Lande zurückzudrängen, wie soll ich da die Kraft erlangen, ihn zur Annahme meiner Forderung zu zwingen?

Rußland hat daher politische Angriffskriege stets nur schwachen Gegnern gegenüber geführt. Gegen starke Gegner zog es die Waffen der Diplomatie vor. So wirkte es auch 1908 in Serbien beschwichtigend, als es sah, daß Österreich eventuell zum Krieg entschlossen sei. Die Türkei und Serbien mußten sich beugen. Im Februar 1909 verzichtete die Türkei gegen eine Entschädigung von 54 Millionen Kronen auf Bosnien. Serbien hatte sich direkt zu demüttigen. Am 27. März verzichtete der Kronprinz Georg, der am lautesten den Kriegsruf erhoben hatte, auf die Thronfolge. Und am 11. März verstand sich unter dem Druck Russlands und Englands die serbische Regierung zu einer Erklärung an Österreich, in der sie die Annexion Bosniens und Herzegowina für verpflichtete, die Richtung ihrer Politik gegenüber Österreich zu ändern.

Ein blieb damals der Weltfriede schließlich erhalten, der nur an einem Seile gehangen hatte. Durch die Diplomaten konnten die Regierungen bestellt werden, nicht aber die Völker. Die, wie wir schon gesehen, bereits die Übereinkunft der Serben und Kroaten wurde nicht nur in Serbien, sondern auch in Österreich durch diese Ereignisse zur Siedehölle gestellt, wo zu Hause in Strudeln noch bei mähsende Regenzeit zu dem ungarnischen Regiment zu ziehen das immer mehr zu Gewalttumstürgeln gelang.

Am 3. April 1912 wurde in Kroatien der Banus Cuvaj zum königlichen Kommissar ernannt, die Tätigkeit des Landtags eingestellt, die Präventivjustiz und hohe Haftlizenzen für die Presse eingeführt, das Versammlungsrecht aufgehoben, das ganze Polizeiweisen dem königlichen Kommissar untergeordnet, der mit einem Worte diktatorische Gewalt erhielt.

Ein Jahr später, 3. Mai 1913, folgte die Proklamierung des Ausnahmezustandes in Bosnien.

Das führte in jenen Gebieten, in deren Nachbarschaft noch die Blutrache herrscht und die Traditionen des bewaffneten Freiheitskampfes gegen die Türken lebendig sind, leicht zu bewaffneten Ausbrüchen. Aber es bezeugt die Schwäche der Bewegung, daß sie sich weniger in Massenerhebungen äußerte, obwohl auch solche versucht wurden, als in individuellen Attentaten.

Schon am 15. Juni 1910 versuchte der Serbe Bogdan Jerajisch in Sarajevo den Landeschef von Bosnien, den General Marian Vareschanin, zu töten, dem die blutige Niederwerfung eines lokalen Aufstandes vorgeworfen wurde. Das Attentat mißlang. Der Attentäter soll Anarchist gewesen sein. Immerhin dürfte die allgemeine Aufregung zur Auslösung seiner Tat erheblich beigetragen haben. Die meisten Attentate wurden jedoch nicht in Bosnien verübt, sondern in dem ehemals so loyalen Kroatien; nicht in Sarajevo, sondern in Agram.

Am 8. Juni 1912 versuchte Lukos Jukitsch den Banus Cuvaj in Agram zu töten. Dort folgte ihm am 18. August 1913 Stephan Dötschitsch, der ein Attentat auf Cuvajs Nachfolger, den königlichen Kommissar Baron Skerlecz, verübt. Gegen denselben richtete sich auch ein Anschlag, den am 20. Mai 1914 Jakob Schäfer im Agramer Theater versuchte.

12. Die Balkankriege von 1912.

Inzwischen war aber auch die Diplomatie nicht müßig. Die russische suchte die Scharte wieder auszuweichen, die ihr Prestige auf dem Balkan durch das kampslose Zurückweichen vor Österreich erlisken hatte. Und dies gelang ihr durch die Bildung des Balkanbundes, durch den sich Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland über eine gemeinsame Politik gegenüber der Türkei verständigten. Die mazedonische Frage sollte endgültig aus der Welt geschafft werden. Der Krieg, den Italien 1911 gegen die Türkei begonnen hatte, schien diese hinlänglich geschwächt zu haben, daß man das Spiel wagen konnte. Im Oktober 1912 schlagen die Balkanstaaten los.

Die Großmächte sehen die neue Gefährdung des Weltfriedens, die der Brand auf dem Balkan mit sich bringt, wissen aber zunächst nichts anderes zu fordern als die Aufrechterhaltung des Status quo. Doch die Balkanstaaten siegen erstaunlich schnell, und vor dieser Tatsache beugen sich die Diplomaten. Sie erkennen die neue Formel der Balkanstaaten an: der Balkan den Balkanvölkern. Diese Formel sichert den Frieden jedoch nur dann, wenn sie nicht als Aufforderung gedacht ist, sondern als Zugeständnis; nicht als Aufforderung, daß jedes Balkanvolk nun seinen nationalen Staat begründen solle, sondern als Zugeständnis, daß die Diplomatie Europas sich in die Neuordnung auf dem Balkan nicht einmischen, sie ganz den Balkanvölkern überlassen wolle. Also als Zusage der Nichtintervention.

So wurde jedoch die Formel nicht allgemein ausgefaßt. Weder Österreich noch Italien verstanden sich zu dieser Auslegung. Hashagen stellt Österreichs damalige Haltung in folgender Weise dar:

Poincaré stellt das Ansinnen, daß gegenüber der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit alle Mächte ihre völlige Uninteressiertheit erklären. Aber Miss Berchtold (der Fortsetzer der Politik des kurz vorher verstorbenen Leberecht) geht nicht in das aufgestellte Neß, sondern er zerreiht es. Mitten in einer Periode allgemeiner Versöhnungspolitik erinnert sich Österreich seiner Pflicht gegen sich selbst. Berchtold steht nicht an, im Gegensatz zu der Poincaréschen Formel der Uninteressiertheit das Interesse Österreich-Ungarns an der weiteren Entwicklung der Balkanangelegenheit scharf zu betonen. Das geschieht in einer Note an Deutschlund vom 30. Oktober und in einer Rede über die »legitimen Interessen« Österreich-Ungarns vor den Delegationen am 5. November. Außerdem verlangt Berchtold in bei Note an Deutschland schon »Besteidigung berichtigter Wünsche Rumäniens und die Fernhaltung Serbiens von der Adria.... Seit dem 12. November entwickelt sich mit der Affäre des von den Serben vergewaltigten österreichisch-ungarischen Konsuls Prochaska ein weiterer peinlicher außerserbischer Streitfall. (Umfrage der Weltpolitik, II, S. 112, 113.)

Die Tatsachen sind hier richtig wiedergegeben, die Beleuchtung allerdings speziell Hashagens. So die Auffassung, die »allgemeine Versöhnungspolitik« und die Bekundung der Uninteressiertheit auf dem Balkan hätten ein »Neß« gebildet, das Österreich zu zerreißen verpflichtet war. Und die Affäre Prochaska bildete allerdings einen sehr »peinlichen außerserbischen Streitfalls«, der aber am peinlichsten wurde dadurch, daß sich hinterherrn der angeblich von den Serben »schwer verstimmele« Konsul offiziell gründ und mutter in Österreich einsand und die über ihn erzählten Räubergeschichten sich als bloße Erfindungen herausstellten.

Dass diese Affäre das Verhältnis zwischen Serbien und Österreich nicht verbesserte, stimmt. Doch weit wichtiger war es, daß Österreich sich dem Begrünen Serbiens widersehnte, einen Hafen an der Adria, also Zugang zum Mittelmeer zu erlangen, was für die serbische Volkswirtschaft mehr als je eine Lebensfrage geworden war. Hier drohte Europa abermals die Gefahr des Weltkriegs — wie nach der Annexion Bosniens.

Über wir darüber wieder Hashagen:

Die folgenden Ereignisse zeigen jedoch, daß Österreich-Ungarn trotz dermajdigen Einwirkung Deutschlands und trotz einer bulgarischen Vermittlungsbotschaft vom 11. November auf dem einmal eingenommenen Standpunkt verharzt. Gewiß hätte es die Serben an die Adria herankommen und damit den Dreierverband und Leibnitzes Russland befriedigen können. Es hätte dann die damalige Hochspannung, die leicht in den Krieg hätte auslaufen können, durch Möglichkeit aus dem Wege gerichtet. Über da es Serbien und Russland kenn, läßt es jetzt nicht mehr mit sich zufrieden, läßt vielmehr seit Mitte des Monats militärische Vorbereitungen.

Als einzigen Grund für diese Haltung Österreichs läßt Hashagen die Tatprobe an, daß es »Serbien und Russland kennt«. Nicht genug klar ist es, was er mit dem Sozia besagen will: Österreich läßt »nicht mehr« mit sich zufrieden. Er teilt irgendeins will, daß es vorher gerecht gewesen wäre, in her Abhängige will sich zufrieden zu lassen.

Russland und Serbien geben nach. Auch die Botschafterkonferenz bei Russland, die seit dem 17. Dezember in London liegt, um eine Neutralitätserklärung bei beliebigen, objektivem Österreichs Verhinderungen Verhandlung vorzubringen, werden mit Absicht

bien von der Adria und die Schaffung eines unabhängigen albanischen Nationalstaats.

Doch noch einmal droht die Gefahr des Weltkriegs. Der Kampf der Balkanmächte gegen die Türken geht während dieser Unterhandlungen weiter, wohl ziehen sich die Serben von der Adria zurück, aber die Montenegriner dringen gegen Skutari vor, das sie für sich verlangen.

Österreich wendet sich nun gegen Montenegro, Rußland tritt für seinen alten Schützling ein, beide Staaten mobilisieren, doch abermals weicht Rußland zurück, und schließlich, im Mai, unterwirft sich auch Montenegro der Kriegsdrohung Österreichs und räumt Skutari.

So kommt Europa noch einmal mit knapper Not um den Weltkrieg herum. Österreich siegt auf der ganzen Linie, und mit ihm Italien, das ihm in dieser Krise zur Seite stand.

Beide fanden sich in der Forderung des albanischen Nationalstaats. Der Nationalitätenstaat Österreich trat da merkwürdigerweise als Verfechter der Idee des Nationalstaats auf. Unglücklicherweise in einem Falle, in dem die historischen Bedingungen des Nationalstaats fast gänzlich fehlen.

Auf der Grundlage der Gentilgesellschaft, ohne entwickelten Verkehr, ohne einigende Schriftssprache, ohne alle Organe der Staatseinheit lässt sich ein Nationalstaat, lässt sich überhaupt ein moderner Staat nicht schaffen.

Man darf sich fragen, ob die albanische Nation sich erhalten wird, ob sie nicht zu jenen »Völkerabsällen« gehört, von denen Marx-Engels 1849 schrieben, deren Sprachen zum Aussterben bestimmt sind, ebenso wie die auf gleicher Kulturstufe mit den heutigen Albanern stehenden Gälens Schottlands oder die Basken und Bretonen. (In einem Artikel über »Die Wiederherstellung Serbiens« in Nr. 50 der »Glocke«, 2. Jahrgang, 2. Band, bezeichnet Wendel die Albaner bereits als »Völkerabsälle« im Sinne der »Neuen Rheinischen Zeitung« von 1849.)

Das Eindringen moderner Produktionsverhältnisse, die Entwicklung des Verkehrs, die Verbreitung des Lesens und Schreibens könne die Albaner zu einer modernen Nationalität erheben, aber als Folge jener Faktoren dürfte der Gebrauch der einheimischen Sprache eher durch die Schriftsprachen der höherstehenden Nachbarvölker zurückgedrängt als die albanische Sprache zu einer Kultursprache erhoben werden. Das Völkchen der Albaner ist ja klein, dürfte eine Million nicht viel übersteigen — eine Statistik gibt es bei ihnen noch nicht. Ein großer Teil von ihnen spricht heute schon fremde Sprachen, die Albaner im Süden Griechisch, im Nordosten Serbisch, an der Küste öfters auch Italienisch.

Wie immer sich die Zukunft der Albaner gestalten mag, in der Gegenwart sind sie unfähig, einen Nationalstaat oder überhaupt einen selbständigen modernen Staat zu bilden. Das hat die spätere Posse des albanischen Fürstenums deutlich genug bewiesen.

Damit ist jedoch nicht gesagt, dass man die Albaner einer Fremdherrschaft unterwerfen müsse. Ihre fröhlichen Bergstämme haben ein glühendes Freiheitsbedürfnis, sie werden jeden Versuch mit aller Kraft abwehren, ihnen eine Herrschaft aufzubürden, sei es die eines Fremden oder eines Einheimischen. Und es ist ein Vorurteil unserer Zeit, als könne ein Gemischwesen nur in der Form eines modernen Staates mit einer Zentralgewalt, Bureaucratie, einer stehenden Armee oder doch zum mindesten einer Gendarmerie-

korps bestehen. Man überlässt die streitbaren Albaner sich selbst, sichere sich vor ihren Räuberclen und stelle das Westere den Wirkungen des Verkehrs auheim, der sicher und unaufhaltsam zu ihnen vordringt.

Auch hier kann man die Formel gebrauchen: den Balkau den Balkanvölkern. Auch hier ist jede anschwärzige Intervention vom Übel — wenn man bei der Gestaltung des albanischen Gemeinwesens nur das Wohl der Albaner selbst im Auge hat.

Darum handelte es sich jedoch zur Zeit des ersten Balkankriegs gar nicht. Serbien wollte albanisches Gebiet an sich ziehen, um einen Ausgang zum Meere zu gewinnen; Österreich und Italien wollten beide vereint Serbien daran hindern — nur in diesem negativen Ziel einig. Albanien sollte nach ihrem Willen ungeschmälert bleiben, weder Serbien noch Montenegro oder Griechenland sollten ein Stück davon bekommen, damit die volle Erbschaft dem späteren glücklichen Erben zufalle.

Serbien sah sich von seinem wichtigsten Kriegsziel betrogen, dasjenige, durch dessen Erreichung es ökonomisch von Österreich unabhängig geworden wäre und sich frei entfalten könnten. Dass seine gesamte Bevölkerung über diese Enttäuschung von großem Ingriimm erfasst wurde, ist begreiflich. Aber die Art und Weise, in der sich Serbien nun auf Kosten Bulgariens schadlos zu halten suchte, kommt nicht auf das Konto seiner gesamten Bevölkerung, sondern bloß seiner herrschenden Klasse.

Die Vereinigung aller Serben in einem Staatswesen und dessen Vordringen ans Meer waren zwei Ziele, die im Einklang standen mit den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung, und die auch vereinbar waren mit den Grundsätzen der Demokratie, ja der Internationalität. Dagegen eine gewaltsame Ausdehnung Serbiens über von Serben bewohntes Gebiet hinaus, das Bulgarien zugeschlagen war, bedeute teine Machtpolitik, stand im Widerspruch zur Demokratie und lag einzlig im Interesse der Beherrschter und Ausbeuter Serbiens.

In dieser Weise aber suchte Serbien seine »Revanche«. Was es an der Adria verloren, wollte es in Mazedonien gewinnen. Ebenso dachte Griechenland, das vor Italien aus dem südlichen Albanien hatte zurückweichen müssen. Griechenland wie Serbien verlangten von Bulgarien Kompensationen. Und zu ihnen gesellte sich nun Rumänien.

Bulgarien lehnte jede Konzession ab, lehnte es auch ab, den russischen Zaren als Schiedsrichter fungieren zu lassen, wie im Bündnisvertrag bei Streitfällen der Verbündeten vorgesehen war; und so kam es zum zweiten Balkankrieg, dessen Feindseligkeiten begannen, kaum dass der erste zu Ende gegangen war. Am 30. Mai 1913 wurde der Präliminarfriede in London unterzeichnet, und bereits entspannen sich Konflikte zwischen griechischen und bulgarischen Truppen. Am 24. Juni kündigt Serbien den Vertrag mit Bulgarien, am 29. greift ein bulgarisches Heer das serbische an, am 11. Juli beginnen die Rumänen den Krieg, und schließlich erheben sich auch die Türken wieder gegen Bulgarien. Der Überzahl erliegt es rasch. Schon am 30. Juli beginnt die Friedenskonferenz in Vukarest, und am 10. August wird dort Frieden geschlossen.

Wie schnell zog nunmehr auch die Wetterwolke des Krieges vorüber!

Es waren harte Bedingungen, zu denen Bulgarien sich verstecken musste. Ein Friede der Vergewaltigung, nicht bei Verständigung war es, der

Bulgarien auferlegt wurde. Ein Friede, der keine Dauer versprach, der Bulgarien zum unversöhnlichen Feind Serbiens machte, das schon gerade genug mit der Feindschaft Österreichs zu tun hatte. Das sollte sich noch bitter rächen. Serbiens damalige Verständigung gegen den heiligen Geist der Demokratie erwies sich auch realpolitisch als einer jener Fehler, die schlimmer sind als ein Verbrechen.

Zunächst jedoch atmete alle Welt erleichtert auf, daß der Krieg zu Ende gekommen war, ohne größeres Unheil angerichtet zu haben. Alle Welt, mit einer Ausnahme.

Hashagen deutet das mit den geheimnisvollen Worten an:

Die in Aussicht genommene Revision (des Bukarester Friedens) kommt jedoch nicht zustande.

Es war Österreich, das den Friedensvertrag verworfen, weil er Serbien zu sehr begünstigte. Aber sein Protest fand diesmal bei seinen Bundesgenossen keine Unterstützung, weder bei Italien noch bei Deutschland.

13. Das Ultensat von Serajewo und das österreichische Ultimatum.

Die Entrüstung über die auf dem Balkan neugeschaffene Situation hielt in den regierenden Kreisen Österreichs an. Serbien hatte seine Grenze bis an die Montenegro vorgeschoben. Beide Staaten bildeten jetzt zusammen eine Barriere, die den Weg nach Saloniki von Bosnien aus verschloß. Diese Sklination schien unerträglich zu sein. Daher jener Vorgang, über den Hashagen in folgender Weise Mitteilung macht:

Giolitti hat am 5. Dezember 1914 ein Schreiben San Giulianos an ihn, Giolitti, vom 9. August 1913 mitgeteilt, wonach Österreich-Ungarn seine beiden Bundesgenossen damals vergebens um die Genehmigung einer vorbereitenden Defensivaktion gegen Serbien ersucht hat.

Italien lehnte ab, weil es der »vorbereitenden« Aktion den Charakter der »Defensivaktion« absprach.

Die Reibungen zwischen Österreich und Serbien aber nahmen ihren Fortgang und ebenso die inneren Konflikte in Kroatien und Bosnien. Welchen Höhegrad diese erreichten, bewies die Serie von Ultensaten, von denen wir schon berichteten.

Ein Zeichen der ließgehenden Erregung der leitenden Kreise Österreichs waren die ununterbrochenen Verstärkungen der Armee. Ihre Friedensstärke wurde 1912 von 418 000 auf 516 000 Mann gesteigert, 1913 dann weiter auf 585 000 Mann. Das Marinebudget betrug 1910 84 Millionen Kronen, 1912 bereits 180 Millionen. (Nach den Angaben Leuthners auf dem Wiener Parteitag 1913, Protokoll, S. 199, 201.)

In dieser Atmosphäre entstand der Plan, große Manöver unter dem Chronologer in Bosnien abzuhalten. Man erhoffte dadurch wohl das Großherzogtum zu deprimieren, die lokalen Elemente zu ermuntern. In Wirklichkeit trat ein, was bei einer ähnlichen Gelegenheit 1882 in Triest eingetreten war: ein Ultensat auf die Persönlichkeit, die als Verkörperung der österreichischen Politik galt. Über das Ultensat Oberdanks war vereitelt worden, die Tat Pleneips und Gabrinowitschs gelang nur zu spät.

Und Oberdanks Versuch fiel in eine Periode relativer Ruhe in Österreich, der Mord von Serajewo in eine Zeit steigerhafter Erregtheit. Der Kunke, den Oberdank ansblitzen ließ, mindete nicht, er wurde leicht ausgetreten. Der Kunke von Serajewo fiel in ein Pulversaß und brachte den Sitzball zur Explosion.

Der Vergleich mit dem Fall Oberdank zeigt, daß diese Wirkung nicht eine notwendige Folge des Ultensats überhaupt war, sondern eine Folge der historischen Situation, in der es sich ereignete.

Die Verhandlungen mit Serbien, die auf das Ultensat folgten, wurden zum Teil von dem Grafen Forgach geführt, den wir schon als österreichischen Gesandten in Belgrad kennengelernt haben und der es seitdem zum Generalstabschef im Ministerium des Äußern in Wien gebracht hatte. Wenn der serbische Gesandte in Wien richtig informiert wurde, war Forgach der Verfasser der Anklage gegen Serbien und des Ultimatums, aus dem der Krieg hervorging.

Der Gesandte J. M. Jovanowitsch berichtet an Paschitsch, nachdem er Wien schon verlassen hatte, am 16. August 1914, daß der österreichische Minister des Äußern, Graf Berchtold, in den Verhandlungen über die serbische Frage zeitweilig durch den Grafen Forgach vertreten wurde. Es heißt dort:

Der russische Botschafter, der in Abwesenheit des Grafen Berchtold mehrmals mit dem Grafen Forgach über diese Frage sprach, konnte die wahre Bedeutung der österreichisch-ungarischen Absichten nicht herausfinden.

Anderen Gesandten sei es ebenso gegangen, doch habe man sie annehmen lassen, der zu erwartende Schritt Österreichs in Belgrad werde einen verhüllten Charakter tragen.

Trotz alledem wurde bekannt, daß im Ministerium des Äußern an einer Note gearbeitet werde, in der die Anklagen gegen Serbien und die Forderungen Österreich-Ungarns niedergelegt werden sollten. Diese Arbeit war dem Grafen Forgach, ehemals dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, anvertraut. Es herrschte allgemein die Überzeugung, daß über diese Frage von allen fremden Vertretern nur der deutsche Botschafter Herr v. Tschirschky auf dem laufenden erhalten wurde, und ich habe Grund zu der Annahme, daß er an der Note auch mitarbeitete. Megen dieser beiden Faktoren stimmten die Vertreter der uns wohlgeneigten Mächte meiner Auffassung bei, daß diese Note sehr schwere Bedingungen für Serbien, nicht aber, daß sie solche Forderungen enthalten würde, die nicht annehmbar seien. (Serbisches Blaubuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 52.)

Die »Militärische Rundschau« in Wien schrieb damals:

Der Augenblick ist uns noch günstig. Wenn wir uns jetzt nicht für den Krieg entscheiden, wird der Krieg, den wir in spätestens zwei oder drei Jahren führen müssen, unter viel weniger günstigen Umständen begonnen werden. Gegenwärtig liegt die Initiative in unserer Hand: Russland ist nicht bereit; die moralischen Faktoren und das gute Recht sind auf unserer Seite, ebenso die Kraft. Da wir doch einen Tagess des Kampfes werden annehmen müssen, so wollen wir sogleich herbeiführen. Unser Ansehen, unsere Großmachtstellung, unsere Ehre stehen auf dem Spiel. Ja noch mehr, denn wahrscheinlich würde es sich um unsere Existenz, um Leben oder Nichtsein handeln. Gittert in dem Bericht des französischen Botschafters in Wien vom 15. Juli 1914, Jungfräuliches Meldebuch zur Vorgeschichte des Krieges, deutsche Ausgabe, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Nr. 12)

Nach weiteren Mitteilungen desselben Gelbüch's wurde diese Auffassung allerdings nicht allgemein in Österreich geteilt. So heißt es dort unter Nr. 14 (20. Juli 1914):

Hier (in Wien) sowohl wie in Berlin gibt es gewisse Kreise, die sich mit dem Gedanken eines großen Konflikts befriedet haben, mit anderen Worten also mit einem Weltbrand. Der leitende Gedanke ist allem Anschein nach der, daß man loschlagen müsse, bevor Ausland mit der Vervollkommenung seiner Heereseinrichtungen und dem Ausbau seiner Eisenbahnen fertig sei und bevor Frankreich seine militärische Organisation durchgeführt habe. Aber hier besteht in den höheren Kreisen keine einheitliche Meinung darüber. Graf Berchtold und die Diplomaten möchten sich auf eine Operation gegen Serbien beschränken.

In der Tat behauptete auch die österreichische Regierung damals, ihr Konflikt mit Serbien sei eine rein lokale Angelegenheit, die die Welt nichts angehe.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Darstellung überschreiten, zu schildern, wie frohdem der Brand, der nach dem Wiener Programm nur ein lokales Feuerchen zu bleiben hatte, rasch lichterloh aufstammte und schließlich die ganze Welt in Flammen setzte.

14. Die Einigung der serbischen Nation.

Nachdem wir den österreichisch-serbischen Gegensatz in der Vergangenheit kennengelernt, kommen wir zur wichtigsten, entscheidenden Frage: Was nun? Wie den Konflikt lösen, der aus dem Zusammenstoß zwischen österreichischem Imperialismus und serbischen Nationalismus entstanden war? Wie ist lösen aus dem Wege der Verständigung, in einer Weise, die den sofortigen Friedensschluß ermöglicht und doch einen dauernden Frieden sichert?

Und vor allem: Ist eine solche Lösung innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung überhaupt erreichbar? Man muß sich von dem Höhlerglarben befreien, als sei es möglich, innerhalb dieser Ordnung alle auftauchenden Fragen befriedigend zu lösen, als bedürfe es dazu nur des nötigen Scharfsinns. Wenn dem so wäre, würde der Sozialismus, das heißt die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung überflüssig. Wir sind Sozialisten gerade deshalb, weil wir die wichtigsten Fragen des heutigen politischen und gesellschaftlichen Lebens im Rahmen dieser Ordnung nicht für lösbar halten.

Augenblicklich werden wir schon zufrieden sein müssen, wenn es gelingt, eine Lösung zu finden, die den baldigen Frieden herbeiführt, ohne Verschlechterung des Zustandes vor dem Kriege, in einer Weise, die nicht einen sofortigen Antrieb zu einem neuen Kriege hinterläßt und die den beteiligten Völkern die Freiheit politischer und sozialer Weiterentwicklung über die bestehende Ordnung hinaus bietet. Nur von dieser Entwicklung erwarten wir methodischen, allseitigen, wirklichen Fortschritt. Von der Revolution und nicht vom Kriege.

Aber daraus, daß wir nicht erwarten, schon innerhalb der heutigen Gesellschaft alle unsere Forderungen durchzusetzen, folgt natürlich nicht, daß wir unsere Forderungen nicht jetzt schon zu formulieren haben. Wir müssen das tun, zu praktischen Zwecken, um heute schon so viel davon durchzusetzen, als die bestehenden Machtverhältnisse gestalten, und um unsere praktische

Arbeit zu einer einheitlichen und zielbewußten zu gestalten; dann aber auch zu propagandistischen Zwecken, um der noch nicht für uns gewonnenen Masse der arbeitenden Klassen in greifbarer Weise zu zeigen, wie wir die heutigen Schwierigkeiten besiegen würden, wenn wir die Macht dazu hätten; um auf diese Weise die Masse und die Macht, die in der Masse liegt, für unsere Idee zu gewinnen.

Die ließtgehende Triebkraft im serbischen Konflikt ist das Streben des serbischen Volkes nach nationaler Einigung, ein Streben, das auf einer gewissen Kulturstufe, wie wir gesehen haben, mit derselben Notwendigkeit entspringt wie das nach moderner Demokratie. Es bildet im Grunde nur eine der Formen des Strebens nach Demokratie und ist, soweit es damit zusammenhängt, von der internationalen Demokratie zu fördern. Das nationale Streben des serbischen Volkes ist in seinem Wesen nicht verschieden von dem, das seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts das deutsche und italienische Volk bewegte, einem Streben, an dem unsere Vorkämpfer, die Marx und Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel mit vollem Herzen Anteil nahmen. Das deutsche Volk hat seit 1866 und 1870 eine wenn auch unvollkommene Lösung dieses Problems erreicht. Die Serben werden von ihm noch völlig beherrscht.

Die klassischste Form, das nationale Sehnen zu befriedigen, bietet der Nationalstaat. Es gibt keine natürlichen Hindernisse, die es erschweren würden, die Völker serbischer Zunge — inbegriffen die ihnen sprachverwandten Slowenen — in einem besonderen Gemeinwesen zu vereinigen. Der Kern ihrer Nation bildet ein geschlossenes Sprachgebiet, das auch ein Verkehrsgebiet darstellen kann, mit gutem Zugang zum Meer, reicher Küstenentwicklung. Auch die historischen Trennungslinien zwischen einzelnen Regionen des Sprachgebiets bilden kein Hindernis mehr. Das größte, das der Nestaglou, ist in seiner Bedeutung in raschem Schwinden begriffen, wenn es auch noch stark genug ist, manche Unbequemlichkeiten nach sich zu ziehen, zum Beispiel in Verschiedenheiten des Kalenders, der Schrift usw., die aber zu beseitigen sind.

Wie überall auf dem Balkan oder richtig gesagt überall dort, wo eine moderne Nation erst im Werden ist, sind die Sprachgrenzen nicht genau zu ziehen. In der Perlperie sind die Sprachgebiete noch stark durcheinander gemischt, es wohnen Serben im Osten und Süden nicht bloß mit Bulgaren zusammen, sondern auch mit Albanesen, Griechen, Rumänen, Türken, im Norden mit Ungarn und Deutschen, im Westen mit Italienern. Aber das beweist nicht, daß eine bestimmte Grenze für den Nationalstaat nicht zu ziehen wäre, sondern nur, daß sie nicht von vornherein auf Grund der Sprachenkarre feststeht. Ist das Prinzip einmal angenommen, dann muß, wie das Marx-Engels 1848 schon für Polen verlangten, die Ziehung der Grenze im einzelnen der Verständigung bei dabei in Frage kommenden Bevölkerungen überlassen werden, die nicht immer bloß nach sprachlichen Rücksichten, sondern auch nach Bedürfnissen des Verkehrs, nach historischen Überlebenslinien und anderen Faktoren urteilen werden. Dabei hätte in allen zweifelhaftesten Fällen das leiste Wort die Demokratie zu sprechen, die Mehrheit der Bevölkerung des strittigen Gebiets. Es darf über sie nicht ohne ihr Zutun, nicht auf Grundlage des Rechtes der Eroberung, des Rechtes des militärisch Stärkeren verfügt werden.

Der serbische Nationalstaat würde etwa 10 bis 11 Millionen Einwohner umfassen. Dass die Slowenen in ihn einbezogen werden, schüre allerdings für die Völker Österreichs einen schweren Nachteil — sie verlösen vollständig den Zugang zum Meere. Die verzweifelte Situation, in der sie bisher Serbien erheischen, würde dann die ihre werden.

Doch brauchen wir uns bei dieser Schwierigkeit nicht weiter aufzuhalten, da nicht die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, dass der serbische Gesamtstaat ein Ergebnis des jehigen Krieges sein wird. Er wäre nur durchzuführen durch völlige Niederwerfung der österreichischen Monarchie. Das bloße Streben danach würde den Krieg in einer Weise verlängern, die ganz Europa völlig ruinieren müsste. Kein Volk würde dabei mehr leiden als das serbische selbst.

Nun wäre noch ein zweiter Weg denkbar, die serbische Nation zu einigen. Er würde das gerade Gegenteil der Begründung eines serbischen Nationalstaats bilden. Dieser Staat wäre nur zu erreichen durch Loslösung sämtlicher südslawischen Gebiete von Österreich. Man könnte aber auch versuchen, die Serben zu vereinigen innerhalb Österreichs; statt sieben Millionen Südslawen vom Großstaat abzurücken, was eine verzweifelte Operation wäre, könnte man die Kleinstaaten Serbien und Montenegro der Monarchie einverleiben.

Diese Lösung lag in der Richtung der Entwicklung des Kaiserstaats. Wir haben gesehen, dass er im achtzehnten Jahrhundert bereits vorübergehend Serbien annexiert hatte, dass dann die aufständischen Serben im Beginn des neunzehnten Jahrhunderts Österreich batzen, es möge sich ihrer annehmen und sie annexieren. Österreich war damals in Deutschland und Italien zu beschäftigt und zu sehr feind jeder Revolution, als dass es Interesse, Kraft und Mut dazu gewonnen hätte.

Jetzt, nachdem die Bevölkerung des Königreichs Serbien selbst ihre Freiheit in zahlreichen blutigen Kämpfen eines Jahrhunderts erstritten und festigt hat, und nach all der furchtbaren Erschitterung, die die letzten Jahrzehnte vor dem Krieg und dieser selbst in ihr angehäuft haben müssen, wird sie nicht mehr so begierig wünschen, unter das Zepter Österreichs zu kommen. Und doch ist es nicht ausgeschlossen, dass gerade die unsäglichen Leiden des Krieges die Serben für die Idee eines Anschlusses an Österreich geneigter gemacht haben. Ob sie von einem Karageorgewitsch oder einem Habsburger beherrscht werden, dürfte ihnen gleichgültig sein. Ökonomisch hätten sie eine enorme Verbesserung ihrer geographischen Situation zu erwarten. Sie bekämen sofortigen Zugang zum Meer und völlig zollfreien Zugang zu ihren nächsten und besten Kunden, den Industriegebieten Österreichs, von denen sie bisher gewaltsam abgeschnitten waren. Bleben ihnen ihre bisherigen politischen Rechte erhalten und würden sie dabei mit ihren Nationalsgenossen, von denen sie bisher getrennt gewesen, in einem politischen Körper innerhalb eines Bundesstaats vereint, dann könnte ihr nationales Sehnen dabei zu seinem Rechte kommen.

Man sollte meinen, wenn die serbische Bevölkerung zustimme, wäre das eine für beide Teile annehmbare Lösung des serbischen Problems. Abgesehen natürlich von der republikanischen, von der wir noch sprechen werden. Denn wie könnte eine Schwierigkeit von der anderen Seite kommen, von Österreich? Das scheint ausgeschlossen, und doch ist dem so. Die herrschenden Klassen

und Nationen Österreichs kämen durch die Annexion Serbiens in die größte Verlegenheit.

Da haben wir zunächst die Agrarler, vor allem in Ungarn. Jahrzehntelang waren sie aussz eifrigste bewahrt, die Produkte der serbischen Landwirtschaft von Österreich fernzuhalten. Sie haben um dieses Ziel willen ihren Staat in schwere Konflikte und Gefahren gestürzt, und nun sollten sie plötzlich den nötigen Verzicht auf dieses Ziel zu ihrem Kriegsziel machen? Solange die agrarischen Interessen in Österreich-Ungarn Trumpf sind, ist diese Lösung nicht zu erwarten.

Sie widerspricht aber auch den Bedürfnissen der Nationalisten in den Nationen, die bisher in der Monarchie die Führung hatten, der Deutschen wie der Ungarn. Mit Mühe behaupten sie sich gegenüber den anderen Nationen. In Cisleithanien kamen 1910 auf 10 Millionen Deutsche 18 Millionen Niederdutsche, darunter 17 Millionen Slawen. In Ungarn kamen auf 10 Millionen Magyaren 11 Millionen anderer Nationen, davon 6 Millionen Slawen, 3 Millionen Rumänen, 2 Millionen Deutsche. Je mehr die anderen Nationen sich ökonomisch und kulturell entwickeln, desto schwieriger wird es für Deutsche und Ungarn, ihr Übergewicht im Staat aufrechtzuhalten. Und da sollten sie wünschen, die Zahl der Slawen im Reich noch zu vermehren?

Man erinnere sich der Haltung der Deutschen und eines großen Teiles der Ungarn in Österreich nach dem Berliner Kongress 1878, der der Monarchie das Recht gab, Bosnien zu okkupieren und zu verwalten. Es war nicht einmal eine Einverleibung, sondern eine bloße Besetzung slawischen Bodens, die aus seinen Bewohnern nur Hörige, keine Wähler machte, und doch ängstigte sie die Deutschen aussz außerste, während sie von den Slawen Österreichs freudig begrüßt wurde — denselben Slawen, die mit Serbien aussz lebhafteste Sympathisierer, dessen Bevölkerung wieder, soweit sie überhaupt politisch dachte, die Okkupation aussz schärfste verurteilte.

Die eigenartigen Verhältnisse Österreichs erzeugen zu leicht derartige widersprüchsvolle Situationen.

Die Okkupation Bosniens war eine dringende Forderung des Kaisers gewesen. Dieser hatte sich persönlich für sie eingesetzt. Und die liberalen Deutschen — die »Verfassungspartei« — besaßen ihre politische Macht nur von der Krone Gnaden. Nicht nur waren die Deutschen an Zahl geringer als die Niederdutschen in Österreich, die Deutschen waren obendrein gespalten. Die hierarkalen und feudalen Deutschen gingen mit den Slawen. Nur durch ein künstliches Wahlsystem und die Regierungsgunst behaupteten die liberalen Deutschen ihre politische Machstellung. Trotzdem war diesmal bei den Wahlen unter ihnen ihre nationale Furcht vor der Vermehrung der Slawen im Reiche stärker als ihre Angst vor der kaiserlichen Ungnade. Über dieser Frage spaltete sich die Verfassungspartei. Bei der entscheidenden Abstimmung des Abgeordnetenhauses über den Berliner Vertrag am 27. Januar 1870 wurde er mit 154 Stimmen gegen 112 genehmigt. Für ihn hatten die liberalen Feudalhierarchen und die Slawen gestimmt sowie 42 Deutschen,

die Größe des Politikera besteht nicht in der Starrheit, sondern im richtigen Maß von Schlagfertigkeit, und so hätte die liberale Partei sich mit dem Unfall meistern müssen. (Deutschösterreichische Politik, S. 302.)

Jüngst hat diese Vorgänge wieder erzählt Eduard Suesz, der Führer jener 42 »schmeckamen« Liberalen, in seinen »Erinnerungen« (S. 287 ff.).

Unter den 112 Abgeordneten, die gegen die Okkupation gestimmt hatten, waren 110 Deutschliberale, geführt von Herbst, der sich damals in einem großen Racheduell mit Suesz maß.

Jene Abstimmung wurde zur Katastrophe der Verfassungspartei, die von da an die Gunst der Krone verlor, aufhörte, regierende Partei zu sein, und dem Regime Taaffe Platz mache. Daher das Bismarckische Witzwort von den »Herbstzeitlosen«.

Erregte schon die bloße Okkupation Bosniens solchen Widerstand, dann darf man wohl erwarten, daß die Aufnahme neuer 5 Millionen Serben in den Reichsverband noch größeren Schwierigkeiten begegnen würde. Diese 5 Millionen sind zum größten Teil seit Jahrzehnten an ein selbständiges, demokratisches politisches Leben gewöhnt. Sie zu den Bosniern, Kroaten, Dalmatinern und Slowenen hinzugesellt, müßten der Sache der Süßslawen in der Monarchie eine unwiderstehliche Stoßkraft verleihen. Der Dualismus würde unhaltbar, und möchte nun an seine Stelle der Triasmus oder ein söderativer Bund der Nationen Österreichs überhaupt treten, Österreich würde zu einem slawischen Staat. Den 12 Millionen Deutschen und 10 Millionen Ungarn ständen dann 30 Millionen Slaven gegenüber. Es ist nicht zu erwarten, daß die führenden Elemente jener beiden Nationen sich für diese Lösung begeistern werden.

Die beiden radikalsten Lösungen des serbischen Problems haben also keine Aussicht, am Ende dieses Krieges zur Verwirklichung zu kommen, es sei denn, daß Österreich eine grundstürzende innere Wandlung durchmacht.

15. Die Wiederherstellung Serbiens.

Zwei andere Lösungen, die vorgeschlagen wurden, scheinen »realpolitisch« leichter erreichbar zu sein, sie fordern aber unserser stärksten Widerspruch heraus.

Die eine wäre die Aufteilung Serbiens zwischen Österreich und Bulgarien, die andere die Wiederherstellung Serbiens, aber nicht als selbständiges Gemeinwesen, sondern als Vasallenstaat Österreichs, an dieses durch eine Militär- und Eisenbahnkonvention und ähnliche Abmachungen gefestelt.

Diese Lösungen sollen rein imperialistischen Zwecken dienen, die Barriere aus dem Wege räumen, die ein selbständiges Serbien dem Vormarsch nach Saloniki oder der strategischen Verbindung Berlin-Bagdad entgegenstellt. Bulgarien soll direkt an Österreich grenzen, nichts die Verbündeten trennen.

Natürlich wäre auch damit keine materielle Garantie für die Imperialisten Österreichs und Deutschlands gegeben, denn die Bündnispolitik eines selbständigen Bulgariens und einer selbständigen Türkei kann wechseln. Sicher aber wäre eines: die wildeste Empörung der Serben aller Klassen und aller Gebiete gegen diese Erwägung ihrer Nation und ihrer Freiheit. Österreich wie Bulgarien gewannen damit zehn Millionen geschworene Feinde, die stets bereit wären, jede Verlegenheit eines dieser beiden Staaten zu benutzen, um seine Feinde zu unterstützen. Mehr als je würde dadurch der Balkan zu einem heftigeren Unruhe und Empörung, der Zustand ver-

schlimmert und noch unerträglicher gemacht, der bis zum Kriege bestand und seinen Ausbruch herbeiführte.

Sicher gibt es kein Kriegsziel, dessen Erreichung den ewigen Frieden sichert. Hier aber hätten wir eines, dessen Erreichung im Friedensschluß den baldigen Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich mache.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, um zu zeigen, daß für einen internationalen Sozialdemokraten die beiden Lösungen von vornherein unannehmbar sind, da sie im vollen Widerspruch zu aller Demokratie und Internationalität, zu dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen stehen. Überdies würde das bloße Anstreben dieser Lösungen nicht minder wie das der beiden früher erörterten radikalen eine ungeheure Verlängerung des Krieges bedeuten.

So bleibt nichts anderes übrig als die Rückkehr zu dem Ausgangspunkt des Krieges, Wiederherstellung Serbiens als völlig freier Staat. Wenn Österreich den Krieg an Serbien erklärt, bloß zu dem Zwecke, es mit einer Strafexpedition heimzusuchen, so hat es ihn vollauf erreicht. Nur ist leider daraus eine Strafexpedition für ganz Europa, ja fast für die ganze Welt geworden.

Nimmt man zum Ausgangspunkt der Friedensverhandlungen für Serbien den Status quo, so müßte man doch dabei trachten, diesem die schlimmsten Reibungsflächen zu nehmen, die ihn vor dem Kriege so unerträglich und gefährlich machten: den Gegensatz zu Bulgarien, die Abschließung vom Meer, die unbesetzende Stellung der Serben in Österreich.

Wir haben Serbiens Sündenfall gegenüber Bulgarien im Balkankrieg schon kennengelernt. Nachdem sich die beiden untereinander und mit Griechenland über die Teilung Mazedoniens verständigt, wurde Bulgarien von seinen Verbündeten daraus verdrängt. Wollte man Serbien mit seinem damals gewonnenen mazedonischen Besitz wiederherstellen, so bedeutete das eine Verlängerung der Feindschaft zwischen Serbien und Bulgarien, eine Vergewaltigung des letzteren. Es dürfte am zweckmäßigsten sein, bei Festsetzung der mazedonischen Grenze von der Verständigung auszugehen, zu der die beiden während des ersten Balkankriegs gelangt waren.

Sich dabei streng an die Sprachgrenze halten zu wollen, wäre verfehlt, da diese, wie schon bemerkt, nicht deutlich festzustellen ist. Wichtig aber ist es, den Bauskapsel zwischen beiden Staaten aus dem Wege zu schaffen, ihre Verständigung zu ermöglichen, und das geschieht wohl am besten, wenn man auf die Abmachung von 1912 zurückgreift, die ein Produkt der Verständigung beider Teile war.

Hilfsläßig wurde sie durch den Einspruch, den Österreich gegen Serbiens Zugang zur Adria im Namen der albanesischen Freiheit erhob. Nun ist ein selbständiger albanesischer Nationalstaat, wie wir gesehen haben, nicht lebensfähig. Eine Berücksichtigung der Sprache und der Freiheiten der Albanesen wäre auch im Namen des serbischen Staates möglich und geboten, nicht nur im Namen der Demokratie, sondern auch durch das Interesse Serbiens selbst. So wenig ein Volk aus der Kultursinsel der Albanesen hinstünde füllt, einen modernen Nationalstaat zu bilden, so krautföll ist es in der Weltteilung seines alten Freiheit. Die Baslen haben sie lange erfolgreich gegen ganz Spanien, die schottischen Hochländer gegen die Briten verteidigt. Da jeder Versuch, die Albanesen zu vergewaltigen, würde die Freiheit seines zu leben hoffen.

Die albanesische Frage ist das schwierigste der Balkanprobleme. Aus Al-
banien einen modernen selbständigen Staat zu machen, ist zurzeit unmöglich,
die Albaner einem anderen Staatswesen gewaltsam einzuerleben, wäre
eine für alle Beteiligten höchst verlustreiche und degradierende Operation.

Sollte sich kein Modus finden, den Serben den Zugang zur Adria durch
albanisches Gebiet unter Schonung albanischer Eigenart und Freiheit zu
ermöglichen, dann bliebe noch der Ausweg, Montenegro, das einen Meereshafen
besitzt, Ankvati, mit Serbien zu einem Gemeinwesen zu verschmelzen.
Die beiden Staaten grenzen seit dem Balkankrieg von 1912 aneinander, sind
beide von Serben bewohnt. Ihre Vereinigung würde einen großen Fortschritt
bedeuten und wahrscheinlich von der Bevölkerung hier wie dort mit Freuden
begüßt werden.

Dem Bau der schon 1908 geplanten Donau-Adria-Bahn stünde dann
nichts mehr im Wege. Serbien bekäme die Freiheit seiner ökonomischen Ent-
wicklung, der quälendste und von jedem Bauer des Landes tief empfundene
Antrieb des Gegensatzes gegen Österreich wäre aus dem Wege geräumt. Zu
Bulgarien wie zu Österreich könnte Serbien nun in ein freundschaftliches
Verhältnis treten, das einen dauernden Frieden verhieße.

Doch der Gegensatz zwischen Österreich und Serbien ist nicht bloß einer
zwischen zwei Staaten, er ist auch ein Gegensatz zwischen einem Regierungssystem
und einer Nation, die in beiden Staaten ihre Wohnsiede hat. Der
österreichisch-serbische Gegensatz wird nicht schwinden, solange es in Österreich
ein unerlässliches Serbien gibt.

Die radikalste Lösung dieses Gegensatzes, die Herstellung eines serbischen
Nationalstaats, der die gesamte Nation einigt, entweder als unabhängiger
Staat oder als Teil eines österreichischen Bundesstaats, ist, wie wir gesehen
haben, unter den gegebenen Machtverhältnissen entweder gar nicht oder doch
nur unter Opfern erreichbar, die in keinem Verhältnis zu dem möglichen
Gewinn stünden.

Eine erhebliche Milderung des Gegensatzes, die ihn unter Umständen
schließlich verschwinden lassen könnte, trüte ohne jede Veränderung der
österreichisch-serbischen Grenze dann ein, wenn den Südslawen in Österreich
zum mindesten die gleiche Freiheit zuteil würde, die sie in Serbien besitzen, so
dass die Demokratie im serbischen Staate sich durch keine Pflicht der Solidarität
mehr gedrängt fühlen würde, ihren Brüdern jenseits der Landsgrenzen
helfen zu wollen, und wenn diese keine Ursache hätten, ihre Nationen genossen
im Nationalstaat politisch oder ökonomisch zu beneiden; wenn die Zerreibung
der Südlawen Österreichs in vier Gruppen, die vier verschiedenen staats-
rechtlichen Gebilden zugewiesen sind, ebenso ein Ende nähme wie die Aus-
nahmestände in Kroatien und Bosnien, und wenn ihnen eine demokra-
tische Verfassung und Verwaltung zuteil würde. Dann könnte die serbische
Irredenta in Österreich ebenso anhören, wie es in der Schweiz keine deutsche
und französische Irredenta gibt.

16. Die Balkanrepublik.

Doch wären damit noch nicht alle Elemente der Unruhe auf dem Balkan
entfernt. Eines bliebe, die Kleinstaaten. An Stelle des ehemaligen
Gebiets der Europäischen Türkei sind getrennte Annahmen, das vor dem

Mai 1912 5 000 000 Einwohner zählte; Bulgarien mit 4 700 000, Griechenland
mit 4 100 000, Serbien mit 4 000 000, daneben noch Montenegro mit 500 000,
Mazedonien mit etwa 800 000, die Europäische Türkei mit 1 800 000 Ein-
wohnern. Wir sehen hier eine weitgehende Versplitterung des Gebiets in
seine Kleinstaaten, von denen keiner das Übergewicht über die an-
deren hat, die dabei nicht, wie etwa die skandinavischen Staaten, durch aus-
geprägte natürliche Grenzen voneinander geschieden werden, deren Na-
tionalitäten noch im Zustand der Bildung begriffen sind und vielfach keine
deutlichen sprachlichen Abgrenzungen aufweisen. So fehlt es unter ihnen
nicht an Konflikten und steckt Bestrebungen nach Grenzverschiebungen.

Was dem einzelnen Kleinstaat an eigener Kraft fehlt, sucht er durch »An-
lehnung« an einen Stärkeren zu erreichen, wobei er dessen Werkzeug wird.
Wie unter ähnlichen Umständen in Deutschland und Italien bis 1870 die
Kleinstaaten das Land zu einem Objekt ständiger fremder Einmischung,
Frankreichs, Russlands, Österreichs, machte, damit aber auch zu einem
Macht, aus dessen lokalen Konflikten leicht Weltkonflikte erwuchsen, so gilt
dies auch für den Balkan.

Die russische Revolution, die an Stelle des Zaren eine demokratische Re-
publik gesetzt hat, nimmt diesen Zuständen viel von ihrer Gefährlichkeit für
den Weltfrieden, vollständig beseitigt können sie nur werden auf
dem Wege, den Karl Marx schon 1853 bezeichnete: die Erziehung der
Europäischen Türkei »durch die Errichtung eines griechischen Reiches oder
durch eine föderale Republik der slawischen Staaten«. (Gesammelte Schrif-
ten von Marx und Engels 1852 bis 1862, I, S. 197.)

Ich nahm diese Idee auf und äußerte sie in meiner Vorrede zur bulga-
rischen Übersetzung meiner Abhandlung über »Republik und Sozialdemo-
kratie in Frankreich«. Die Vorrede ist abgedruckt im Wiener »Kampf« (1. De-
zember 1908).

Ich sagte dort:

Es gibt nur einen Weg, die bulgarische Nation vollständig zu einigen, die
mährischen Mazedoniens mit ihren Brüdern zu vereinigen, ohne höhere Hilfe für
Bulgarien und ohne ewiges Zwiespalt mit Serben, Griechen, Türken, und dass
ist die Vereinigung aller Nationen der Balkanhalbinsel in
einer Föderativen Republik.

Wilden Bulgaren, Serben, Griechen, Türken zusammen ein einziges Staats-
wesen, so können deren Nationen in Mazedonien mit ihren Nationen ver-
einigt ein gemeinsames nationales und staatliches Dasein führen, ohne dass eine dieser
Nationen auf den Widerstand aller anderen Balkannationen zu stoßen braucht. In
einem solchen Bundesstaat vereinigt, werden alle die einzelnen Nationen der
Balkanhalbinsel auch erst wirklich unabhängig vom Ausland, während sie bisher
die Unabhängigkeit vom Sultan nur dadurch erkauft, dass sie die Vasallen des
Zaren oder Österreichs oder Englands wurden. Sie bilden dann ein gewaltiges
Reich, das sie jede Einmischung von außen verbieten kann. Mit der Bildung eines
so ausgedehnten, inneren Marktes würde auch der ökonomische Aufschwung jeder
Begrenzung gewaltig befähigt, vielfach erst möglich werden.

In gleichem Sinne sprach sich die erste sozialdemokratische Balkankonfe-
renz aus, die im Januar 1910 stattfand und an der Vertreter aus Serbien,
Bulgarien (die »Engen«), Rumänien, der Türkei, Montenegro, Bosnien,
Mazedonien, Kroatien teilnahmen und die auch von gleichländigen Regierungen mit
einem Zusammensetzungstelegramm begrüßt wurde, die verlangte den Zusammen-

schluß nicht bloß der slawischen Staaten, sondern der Staaten des Balkans überhaupt zu einer föderativen Republik.

Dieses staatliche Gebilde wäre das souveräne Mittel, die Balkanfrage, das heißt die Einmischung der europäischen Großmächte in die Angelegenheiten der Balkanoölker, für immer zu beseitigen. Im Rahmen der Balkanrepublik wäre auch am ehesten und schmerzlosesten die Frage Albaniens zu lösen, dessen Bevölkerung noch nicht fähig ist, einen modernen Staat für sich allein zu bilden, und doch zu kraftvoll und freiheitsdurstig, um sich ohne drückende Gewalt und furchtbare Blutvergießen einem fremden Staate einverleiben zu lassen. Schließlich könnte auch die Frage Konstantinopels durch die Balkanföderation ihre Lösung finden.

Keine der Großmächte gönnt den anderen diese Position, die so viele Straßen zwischen Abendland und Morgenland beherrscht. In den Händen eines schwachen Staatswesens, das seine Selbstständigkeit nicht zu wahren weiß, wird dieser Besitz erst recht umstritten und zu einem steilen Zankapfel. Sollte nicht die Türkei neu gestärkt, entwicklungsfähig und nach allen Seiten selbstständig aus dem jüngsten Kriege hervorgehen, dann würde die Balkanrepublik als Besitzer Konstantinopels den Streit der Mächte um den Platz am Bosporus weit eher zum Schweigen bringen als die geplante Internationalisierung der Meerengen.

Ein Vorbild der neuen Republik böte die Schweiz: eine Balkanschweiz, aber keine monarchische Schweiz.

Monarchien verzichten freiwillig nie auf ihre Souveränität. Wo gleich starke Monarchien nebeneinander bestehen, ist das Auskommen einer über ihnen stehenden Bundesgewalt unmöglich. Das gilt für die geplanten »Vereinigten Staaten von Europa«, es gilt ebenso für die Vereinigten Staaten des Balkans.

Die Erfahrungen in Italien wie in Deutschland bezeugen das. In Italien versuchten zu verschiedenen Malen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts seine Potentaten sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzutun, um die Fremdherrschaft loszuwerden. Alle diese Versuche waren sehr kurzlebig. Auch die deutsche Einigung wurde erst möglich, als den Kleinstaaten nur ein einzelner überwiegender Großstaat, Preußen, gegenüberstand.

Und der Balkan selbst hat die beste Probe aufs Exempel geliefert. Der Balkanbund seiner Fürsten zerstörte, kaum daß er recht in Kraft getreten war, und endigte in einem blutigen Kriege der Brüder untereinander.

Wir können nicht damit rechnen, daß im Laufe dieses Krieges schon die Voraussetzungen jenes großen Staatswesens auf dem Balkan geschaffen werden.

Ebenso wie das Ausmaß an Freiheit, das Österreich seinen Südländern gewährt, hängt die Verwirklichung der Balkanrepublik vor allem von inneren Kämpfen ab, die der Friedensschluß nicht beendet, sondern für die er vielmehr erst recht Raum schafft. Zwei der wirkamsten, vielleicht die wirksamsten »materiellen Garantien« für die Dauer des Friedens auf dem Balkan können nicht durch Grenzveränderungen geschaffen werden, sondern nur durch die Stärkung der demokratischen Elemente unter den Balkanoöltern. Je mehr die Art des Abschlusses des Krieges diese Elemente kräftigt und ihre Gegner schwächt, um so gesicherter wird der Friede sein. Darin besteht

die wahrhaftige »materielle Garantie«, die der internationale Sozialismus anstreben hat — und nicht auf dem Balkan allein.

Nichts Irriger, als in dem Frieden einen Abschluß zu sehen, der die Lösung aller Probleme bringt, die der Krieg aufgeworfen hat; einen Abschluß, in dem wir uns daher erst dann verstecken dürfen, wenn die Kriegslage eine Form angenommen hat, die jene allgemeine Lösung herbeiführt. Diese Auffassung bedeutet nichts als die Verlängerung der grauenhaften Verwüstung und Verschwendungen, eine Verlängerung des entsetzlichen Mordens, die bei der Gleichheit der Kräfte auf beiden Seiten eine endlose und aussichtslose zu werden droht und überdies ganz zwecklos ist, denn solange die augenblicklichen sozialen und politischen Verhältnisse fortbestehen, ist eine allseitige und beständigende Lösung der nationalen und internationalen Probleme gar nicht möglich. Oder will man die Parole ausgeben: Fortsetzung des Krieges bis zur sozialen Revolution? Das heile Fortsetzung des Prozesses der Vernichtung des Kapitals und der Arbeiter, bis der ganze Kapitalismus zugrunde gerichtet ist, mit ihm aber auch seine Erben und deren Erbschaft zum Tenseil gegangen sind. Eine sichere Methode, den Kapitalismus zu verbieten, aber auch den Sozialismus unmöglich zu machen.

Kein Zweifel, ein Friede, der alles bringt, was wir zurzeit ersehnen und brauchen, ist nicht zu erwarten. Das heißt nicht, daß wir einen solchen Frieden verwirren; es bedeutet nur, daß das, was der Friede bringt und bringen kann, nicht einen Abschluß herbeiführen wird, sondern einen Beginn, die Eröffnung einer neuen Ära großer, entscheidender Kämpfe um Staat und Gesellschaft. Was wir vom Frieden erwarten und verlangen, ist nur, daß er einen Boden bietet, der es dem Proletariat ermöglicht, kraftvoller in die kommenden Kämpfe einzutreten, als dies im Kriege möglich ist, als es vor dem Kriege möglich war.

Zum Proletariat wird es dann liegen, dem Status quo radikal ein Ende zu machen und jene Staatsformen und Staatsgrenzen zu schaffen, in denen die Völker dauernd befreit und ihre Gegensätze dauernd überwunden sind.

— · · —

Belgien.

1. Das mittelalterliche Belgien.

Der eine der Ausgangspunkte des Krieges war Serbien. Den zweiten bildete Belgien. Haben wir in Serbien ein Volk kennengelernt, das erst auf dem Wege ist, eine moderne Nationalität zu werden, deren Umfang und Abgrenzung noch keineswegs feststeht, das erfüllt wird von dem Streben nach Sprengung des Rahmens der Staaten, denen es bisher zugewie-
sen war, nach Zusammensetzung in einem Nationalstaat, so finden wir in Belgien ein staatliches Gebilde, das zwei Nationalitäten umfaßt, die seit einem Jahrtausend scharf voneinander getrennt sind, ohne daß ihre Sprachgrenze sich irgendwie erheblich verschob, zwei Nationalitäten, von denen jede ein starkes nationales Leben hat, jede in Sprachgemeinschaft mit einer Nation jenseits der Staatsgrenze verbunden ist — im Süden der französischen, im Norden der holländisch-friesischen, und die doch fest zusammenhalten und bisher den Anschluß hüten wie drüben abgelehnt haben.

Eine eigenartige Erscheinung, die der Tendenz der modernen Demokratie zum Nationalstaat aufsäsend widerspricht. Dadurch wird aber keineswegs bewiesen, daß jene Tendenz nicht notwendig aus den Bedingungen der modernen Produktionsweise entspringt, sondern nur, daß es nicht die einzige Tendenz ist, die in ihr wirksam ist.

Um Belgiens Eigenart zu verstehen, ist es notwendig, einen Blick auf seine Geschichte zu werfen, die wieder durch die geographische Lage des Landes bedingt wird.

Wie das kleine Palästina ist auch das kleine Belgien wichtig geworden als Durchgangsland. Wie Palästina seine Bedeutung dadurch bekam, daß es den Durchgang von dem reichen und hochentwickelten Ägypten nach dem nicht minder reichen und entwickelten Syrien und Mesopotamien bildete, so erhielt sie Belgien dadurch, daß die Straßen von Frankreich nach dem unteren Rhein ebenso wie die kürzeste Verbindung von Südgland, der Mündung der Themse nach Deutschland durch belgisches Gebiet zogen. Von hier wie dort geistig und ökonomisch aus starkst angeregt und besucht, entwickelte das Land frühzeitig eine starke Kaufmannschaft und ein kraftvolles Handwerk, gehörte es zu den blühendsten des mittelalterlichen Europa. Natürlich die Lichtheberei gedieh, gefördert durch die Wolleinfuhr aus England. Gent soll schon um das Jahr 1200 an 20 000 Weber gezählt haben.

»Die belgischen Provinzen«, sagt Servinus, »waren im Mittelalter in allgemein zivilisatorischer Bedeutung allen europäischen Ländern, selbst Italien, vorangeholt, als sie seit dem Beginn der Kreuzzüge die Vermittler zwischen Afrika und Europa wie zwischen dem Norden und Süden unseres Weltteils waren, als Brücke den Mittelpunkt des Welthandels bildete und die kleinen Fürsten dieser Gebiete Ze-

rusalem und Konstantinopel, Böhmen und dem römischen Reiche Kaiser und Könige gaben.«

Diese glänzende Laufbahn, fährt er fort, war auf die südlichen Niederlande beschränkt.

Die abgelegenen nördlichen Provinzen hatten daran so gut wie keinen Anteil gehabt. (Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, 1865, VII, S. 543.)

Diese Medaille hatte natürlich auch ihrekehrseite. Als Durchgangsland und reiches, begehrtes Gebiet war Belgien seit jeher — darin ebenfalls Palästina ähnlich — ein vielumstrittenes Land. Schon im vierzehnten Jahrhundert trat England für die flandrischen Städte ein, deren Freiheit von Frankreich bedroht wurde. Im fünfzehnten Jahrhundert schüttelten die Herzöge von Burgund die Oberhoheit Frankreichs von sich ab, erwarben Flandern, dann Hennegau, Brabant, Namur, also im wesentlichen das heutige Belgien.

In allen diesen Kämpfen wußten aber die Belgier ihre alten Volksfreiheiten kräftig zu wahren. Damals beschränkte sich noch nicht der Besitz und Gebrauch der Waffen auf den Adel und die staatlichen Söldner. Die städtischen Handwerker waren ein waffenfrohes Geschlecht. Nachdem Philipp IV. von Frankreich 1300 Flandern überfallen und an sich gerissen hatte, erhob sich die Bevölkerung zur Abwehr der Eroberung. In Brügge wurden von den empöierten Handwerkern über 3000 Franzosen erschlagen. Philipp entsandte ein starkes Ritterheer nach Flandern, die Rebellen zu bestrafen, aber die Handwerker mit ihren langen Spießen bereiteten dem Heer eine elende Niederlage bei Kortryk (11. Juli 1302), in der »Sporenschlacht«, so genannt von den 700 erbeuteten goldenen Sporen, deren jeder einem Ritter angehört hatte. Aus dieser militärischen Kraft erwuchs ein frohes Freiheitsgefühl aller Klassen, auch der unteren.

Empfänglich für alles, was den Unfrieden wecken und nähren kann, trozig auf Wohlstand, Zahl und Kraft, immer bereit zur Gewalttat, leicht in Zorn gesetzt und in diesem blind willend geben die Fläminger das Gegenbild zu den unabhängigen Bürgerstaaten Italiens, und ihre Demagogen gehören zu den aufs schärfste ausgesprogenen Gestaltungen des Bürgeriums im Mittelalter. (W. Wachsmut, Europäische Sittengeschichte, IV, S. 378, 379.)

Noch schärfer drückt das Ohwold aus. Er sagt vom belgischen Mittelalter:

Es ist eine Zeit fortwährender Kämpfe und Streitigkeiten. Aus all dem kriegerischen Wirrwarr, den blutigen Fehdern, den Intrigen voll List und Mord sehen wir nur das eine deutlich: unabdingig von jeder tatsächlichen Obergewalt wollen diese Freibeleute bleiben. Sie erkennen eine Oberhoheit der umliegenden Mächte nur dem Namen nach an. Ihre Politik ist schwankend, persif, trenlos, sie hat nur ein Ziel: die Unabhängigkeit.... Das Gefühl der Freiheit, das vollste demokratische Gefühl, leben wir hier wie sonst nirgends bis zum äußersten getrieben. (Ohwold, Belgien. Leipzig 1915, Teubner, S. 87.)

Diesen Grundzug ihres Wesens haben die Belgier bis in unsere Tage bewahrt, bis zu der Zeit, wo sie die ersten wurden, den Massenstreik erfolgreich als politische Waffe anzuwenden.

Neben dem Arbeitseinsatz entwickelten die Belgier noch einen zweiten Charakterzug: die Freude am Lebenstreib.

Ihre Industrie wurde gewaltsam in einer Zeit des vollsten Feudalismus, als noch nicht kapitalistisch Menschen die Menschen erschütte, als man Menschen, Rindvieh, Vieh und Vieh.

produkte noch nicht zu dem Zweck produzierte, um Kapital zu akkumulieren, sondern um zu genießen, als man den Reichtum noch nicht in Geldschranken und Banken versteckte, sondern prunkend zur Schau trug. Das Handwerk hatte damals noch goldenen Boden. So entwickelte sich in der Masse der Bevölkerung neben unbändiger Freiheitsdrang auch eine nicht minder unbändige Lebenslust und Freude an Pracht, an Kunst, am Schönen. Auch dieser Zug hat sich bis heute erhalten.

Gerade das zähe Festhalten an überlieferten Gesinnungen und Gewohnheiten bezeugt uns ein drittes Merkmal des Belgiers, seinen Partikularismus und seinen konservativen Sinn, der erklärlich ist in einer Bevölkerung, die so große und schöne Erinnerungen und nach der Periode der ökonomischen und künstlerischen Größe einen so langen Zeitraum der Stagnation anzzuweisen hatte. Dieser Konservativismus, der wohl vereinbar ist mit großer Freiheitsliebe, wenn sie das Festhalten an alten, überlieferten Freiheiten bedeutet, steht in enger Wechselwirkung mit der grauen Macht der katholischen Kirche, welche Macht auch mit dem frühen Reichtum des belgischen Gebiets zusammenhing. Dieser Reichtum entwickelte sich zu einer Zeit, wo die Kirche noch stark war. So nahm sie ausgiebig Anteil an ihm und erhöht sich ihn für spätere Zeiten. Nicht weniger als den jüngsten Teil des heutigen Belgien (105 Quadratmeilen von 535) nahm der Besitz des Bistums Lüttich ein, das ihn bis zur französischen Revolution behauptete.

Unter den Herzögen von Burgund erreichte die erste industrielle Blüte des heutigen belgischen Gebiets, Flandern, Brabant usw. ihren Höhepunkt. Als der letzte Herzog von Burgund, Karl der Kühne, 1477 fiel, richtete Ludwig XI. von Frankreich seine verlangenden Blicke auf dies reiche Erbe. Um ihre Freiheiten vor dem französischen Absolutismus zu schützen, der ihnen der gefährlichste, weil kräftigste zu sein schien, drängten die Niederländer Karls des Kühnen Tochter Maria, den Sohn des Schallenkaisers des Deutschen Reiches zu heiraten, dessen Macht sie weniger fürchteten. So fielen die ganzen Niederlande vom Hennegau bis Friesland an den Habsburger Maximilian.

Der neue Herr bekam binnen kurzem zu spüren, was belgischer Freiheitsdrang bedeutete.

Er geriet bald mit den ganz republikanischen Bewohnern seiner neuen Staaten um so mehr in Zwiespalt, als er die über Spanien, den Habsburgern bis auf den heutigen Tag eigenen Begriffe seines Vaters vom göttlichen Fürstentum mitbrachte. (Schlosser, Weltgeschichte. Frankfurt a. M. 1849, X, S. 299.)

Dabei kam es schließlich dahin, dass seine getreuen Untertanen von Brügge, als er im Februar 1488 bei ihnen weilte, sich gegen ihn erhoben, seinen Palast stürmten, ihn gefangen setzten und erst am 16. Mai frei ließen, nachdem er ihnen mit den heiligsten Eiden alles beschworen, was sie von ihm verlangt hatten.

Sein Nachfolger und Enkel Karl V., der neben den habsburgischen und burgundischen Erbländern auch noch das ganze spanische Reich erbte, kam mit den Niederländern besser aus als mit einem anderen Teil seiner ausgedehnten Unterthanenschaft, denn in den Niederlanden geboren (1500), wurde er dort auch erzogen, und er trug ihrer Eigenart volle Rechnung. Er hatte gute Gründe dazu. Aus den Niederlanden zog er seine größten Einnahmen.

Das Gebiet, das er beherrschte, war jedoch zu ungeheuer und die Interessen seiner einzelnen Teile zu verschiedenartig, ja gegensätzlich, als dass es unter den Verhältnissen jener Zeit möglich gewesen wäre, es auf die Dauer zusammenzuhalten. Er überließ den deutschen Besitz der Habsburger seinem Bruder Ferdinand, der auch deutscher Kaiser wurde. Der burgundische Besitz, darunter die Niederlande, fiel mit dem spanischen seinem Sohne Philipp zu (1555). Allein auch dieses verkleinerte Erbe war noch zu gegensätzlicher Natur. Die Interessen der Niederländer, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen sie lebten, standen in schroffem Widerspruch zu denen der Spanier. Das hätte schon Karl selbst erfahren müssen. Seine Begünstigung der Niederländer zog ihm einen Aufstand der Spanier zu.

Das brachte Philipp nicht zu befürchten. Dieser war durch und durch Spanier. Nirgends hatte der Absolutismus so alle Schranken niedergeworfen wie in Spanien, wo er auch die Kirche mit ihrer Inquisition zu seinem blinden Werkzeug gemacht hatte. Und Philipp war entschlossen, diese schrankenlose Macht ausschließlich im spanischen Interesse auszusüben, vor allem dem Adel, dem Handel, der Industrie Spaniens die ungeheuren Gewinne allein aufzuhalten, die damals die Kolonialpolitik seines Reiches abwarf, und den übrigen von ihm regierten Staaten keinen Anteil daran zukommen zu lassen. Die italienischen Besitzungen Spaniens (Neapel, Sizilien, Sardinien, Mailand) ließen sich das gefallen, nicht aber die Niederländer. Sie wurden immer unbotmäßiger, und als Philipp, um sie zur Ruhe zu bringen, ihnen den Blutmenschen Alba schickte (1567), damit er mit Foltern und Hinrichtungen die Niederländer zur Vernunft bringe, erhoben sie sich zu bewaffnetem Aufstand, zuerst in Holland und Seeland. Es kam zu einem greuvollen Kriege, der viele Jahrzehnte lang währt. Sein wichtigstes Ergebnis war die dauernde Trennung der nördlichen Niederlande, des heutigen Holland, von den südlichen, dem heutigen Belgien, die bis heute währt und nicht bloß eine äußerliche ist. Damals vollzog sich die Loslösung der Flamen von ihren nördlichen Sprachgenossen.

2. Die Trennung der nördlichen von den südlichen Niederlanden.

Die Grundursache der Trennung dürfte in den geographischen Bedingungen liegen, die für die nördlichen Niederlande ganz andere sind als für die südlichen.

Die ganze Meeresküste der südlichen Niederlande von Dünkirchen bis zur Scheldemündung entbehrt natürlicher großer Häfen für lieggehende Schiffe. Was an Häfen vorhanden war, so zum Beispiel der Hafen für Yulge, verschwand seit dem fünfzehnten Jahrhundert. Die Schiffe aber wurden immer größer und liefergebend gebaut, je mehr sich die Technik entwickelte und die Kolonialpolitik seit dem sechzehnten Jahrhundert dahlkahlfte, dass die Geerden immer weiter gingen und länger dauerten.

Dagegen sind die nördlichen Niederlande von der Scheldemündung an ausgezeichnet durch eine Reihe von großem und großen Häfen.

Als heute in die belgische Küstengebiete gelungsvoll geklettert sind die Holländische eine sehr anscheinliche Rolle im Weltmarktbereich spielt. Holl. Hand

buch der vergleichenden Statistik, 1875) gibt für 1857 bzw. 1858 die Tonnenzahl der belgischen Handelsmarine auf 42 400, die der niederländischen auf 587 000 an. Seitdem hat sich allerdings der Unterschied vermindert, da die holländische zeitweise zurückging. Neumann Spallart gibt für 1882 den Stand der belgischen Handelsmarine auf 66 000, den der niederländischen auf 335 000 Tonnen an. Für 1912 wird die belgische auf 182 000, für 1911 die niederländische auf 565 000 angegeben.

Früh wagten sich die Holländer auf die hohe See hinaus, schon im dreizehnten Jahrhundert gehörte der Heringfang zu einer ihrer wichtigsten Erwerbsquellen. Als im sechzehnten Jahrhundert die überseelischen Entdeckungen Quellen märchenhaften Reichtums in Ostindien und Südamerika für jede Seemacht erschlossen, beeilten sich auch die Seefahrer der nördlichen Niederlande, daran teilzunehmen. Dabei aber stießen sie auf das Hindernis der monopolistischen Verbote Spaniens. Das gab einer so seegewaltigen Bevölkerung wie der der nördlichen Niederlande den gewaltigsten Antrieb, das spanische Joch abzuwerfen, die spanische Seeherrschaft niederzukämpfen.

Ein so starker Antrieb fehlte den südlichen Niederlanden. Dort wollte das Volk bloß die traditionellen Freiheiten gegen den Absolutismus der Fremdherrschaft sichern.

Dabei waren die südlichen Niederlande ökonomisch weiter entwickelt als die nördlichen. Im fünfzehnten Jahrhundert kamen sie schon an die Schwelle des Kapitalismus, hatten sie ein zahlreiches Proletariat auszuweisen. Wollten die herrschenden Klassen, der Adel und das städtische Patriziat, den Kampf gegen den Absolutismus mit voller Kraft führen, dann mußten sie das Proletariat kampffähig machen. Dazu fehlte ihnen der Mut. Überdies hatte die katholische Kirche im reichen Süden viel größeren Besitz angehäuft und damit viel größeren Einfluß erworben als im ärmeren Norden. Dieser Einfluß kam naturgemäß den spanischen Habsburgern, den Vorkämpfern der katholischen Kirche, zugute.

Endlich wurden die nördlichen Niederlande bei ihrem militärischen Widerstand durch die Natur ihres Landes mehr begünstigt als die südlichen. Die letzteren boten ein sehr günstiges Terrain für kriegerische Operationen. Dies zusammen mit der Lage Belgiens als Durchgangsland zwischen großen Reichen hat es bewirkt, daß kaum irgendwo so viele Schlachten geschlagen worden sind wie in dem kleinen Belgien.

Die nördlichen Niederlande sind dagegen zum Teil erst künstlich vom Menschen dem Meere abgerungen, ein Terrain, auf Schritt und Tritt von Kanälen durchschnitten, mit zahlreichen Niederungen, die durch einen bloßen Dammdurchstich unter Wasser gesetzt werden können. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte auf Inseln. Da kamen die spanischen Armeen nur schwer vorwärts. Es war eine fast insulare Lage, die Seeland, Holland, Friesland schützte.

In Wasser aber erwiesen sich die Holländer den Spaniern überlegen. Und der Seekrieg war damals ein Mittel der Bereicherung für die stärkere Seemacht, während der Landkrieg in jenen Zeiten schon, wenn auch noch nicht in demselben Maße wie heute, nicht nur dem Besiegten, sondern auch dem Sieger die schwersten Wunden schlug.

Im Seekrieg wurden in jenen Tagen die feindlichen Schiffe, auf die man traf und die man niederkämpfte, nur zum geringsten Teil zerstört. In der

Regel wurden sie gekapert, als gute Prise mit ihrem Inhalt angeeignet und in die Heimat gebracht. Ein erfolgreicher Seekrieg vermehrte so die Reichstümer des eigenen Landes. Dieses konnte dabei gedehnt und Kapitalien akkumulieren.

Dies galt für England, es galt gleichzeitig für die nördlichen Niederlande, solange sie die See beherrschten. Daher ihre unglaubliche Zähigkeit im Kampfe gegen die Spanier. Ihre Seebeute gab ihnen nicht nur die Mittel, wie zur See, so auch zu Lande den Krieg erfolgreicher zu führen, sondern dabei noch Industrie und Handel zu entwickeln.

Fast hundert Jahre lang führten sie den Krieg um ihre Unabhängigkeit, von 1568 bis 1648. Als ein armes, unbedeutendes Ländchen waren sie in ihn eingetreten. Als eine Großmacht, alsreichstes Land Europas beendeten sie ihn.

So lange hielten es die südlichen Niederlande nicht aus. Später als die nördlichen traten sie in den Freiheitskampf ein. Frühzeitig wendeten sie sich von ihm ab. Durch Zusicherung der herkömmlichen Rechte gelang es Spanien, einen großen Teil von ihnen wiederzugewinnen. Andere wurden durch Feuer und Schwert »bekämpft«. Schon 1579 kam es zur Spaltung zwischen Nord und Süd. Die Provinzen Artois, Hennegau und Flandern schlossen damals ein Bündnis zur Erhaltung der katholischen Religion. Ihnen gegenüber vereinigten sich die Provinzen Holland, Seeland, Geldern, Utrecht und Friesland zur Utrechter Union, die 1587 ihre Unabhängigkeit erklärte und der Keim der Republik der Vereinigten Staaten der Niederlande wurde. Einer Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Sie stand unter erblichen »Statthaltern« aus dem Hause Oranien. Doch kam sie zeitweise auch ohne Statthalter ganz gut aus.

Wenn auch die südlichen Niederlande bald danach frustriert, ihren Frieden mit Spanien zu machen, und dieses schließlich einzusehen nutzte, daß es der nördlichen Niederlande nicht mehr Herr werden könne, deren Selbständigkeit Philipp II. selbst noch vor seinem Tode (1598) indirekt anerkannte, so ging der Krieg doch noch lange fort. In seinem Verlauf gestaltete sich das Schicksal des Südens in jeder Weise gegensätzlich zu dem des Nordens. War dieser, wie schon bemerkt, als armes, ökonomisch zurückgebliebenes Gebiet in ihn eingetreten, als reichster und ökonomisch fortgeschrittenster Staat Europas aus ihm hervorgegangen, so hatte der Süden bei seinem Beginn eines der reichsten und höchstenentwickelten Gebiete Europas gebildet. Der Friede mit dem Absolutismus besiegelte seine völlige Stagnation, in der es zwei Jahrhunderte lang blieb.

Der Krieg und die Unterwerfung unter den Absolutismus hatte den ökonomischen Niedergang freilich nicht geschaffen, sondern nur schon vorhandene Tendenzen rascher und stärker zur Wirkung gebracht. Mit dem Zeitalter der Entdeckungen beginnt auch das des überseelischen Welthandels. In dem eine Rolle zu spielen, dazu waren die südlichen Niederlande bei ihrem Mangel an Häfen schlecht geeignet. Der lokale Durchgangshandel verlor aber keine ökonomische Bedeutung mehr. Belgien Nachbarn, die nördlichen Niederlande, Frankreich, England waren durch ihre natürlichlichen Bedingungen weit besser befähigt, den Welthandel an sich zu ziehen, damit aber auch ihre Großindustrie — damals noch vornehmlich Textilindustrie — zu entwickeln und die benachbarten Niederlande zu überflügeln. So verloren die spanischen

Niederlande ihren Vorrang auch auf dem Gebiet der Industrie. Zu Upern zum Beispiel gab es 1517 noch 600 Webstühle, 1554 nur noch 100. Gent, das um das Jahr 1200 20 000 Weber gezählt haben soll, hatte 1543 gar nur noch 25 Webstühle im Betrieb. Ein Rückgang wäre aus jedem Fall eingetreten. Doch wurde er unzweifelhaft verstärkt durch die spanische Politik, die sich überall als eine der Industrie feindlich erwiesen hat, überall die tückigsten und selbständigen Arbeiter vertrieb. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd der Niederlande äußerte sich nicht bloß als Gegensatz zwischen Absolutismus und Republik, zwischen Stagnation und stürmischem Aufschwung, sondern auch als Gegensatz in der Religion zwischen Katholizismus und Calvinismus, zwischen Inquisition und Toleranz.

Wie wir schon wiederholt bemerkt haben, war der Calvinismus die Religion rebellischer Adligen und Städte. Ihr akzeptierten auch die Mehrzahl der rebellischen Niederländer. Mit dem spanischen Regime blieb dagegen der Katholizismus im Süden siegreich. Die ökonomische Stagnation trug dazu bei, nicht nur seine Macht, sondern auch sein Ansehen bei der Bevölkerung zu heben. Sie war ökonomisch schon so weit gekommen, ein zahlreiches Proletariat zu entwickeln. Die Stagnation raubte diesem immer mehr seine industrielle Beschäftigung. Es wurde abhängig von der öffentlichen Wohltätigkeit und damit von der Kirche, deren großer Reichtum ihr gestattete, den Arbeitslosen und den verhungerten Heimarbeitern mit Almosen zu Hilfe zu kommen. Seitdem beherrschte sie einen großen Teil des belgischen Proletariats.

Rößrlich duldet der Staat in den spanischen Niederlanden nur die katholische Kirche. Die Republik der Vereinigten Niederlande wurde dagegen das erste europäische Gemeinwesen, das noch während der Religionskriege den Grundzah der religiösen Toleranz verkündete, in seiner calvinistischen Mitte Katholiken, Juden, Mennoniten usw. duldet, allerdings nicht ohne gelegentliche Rücksäfte in Glaubensaustausch.

Wenn in dem spanisch gebliebenen Teil der Niederlande der Absolutismus siegte, so ist das nicht so zu verstehen, daß ihnen ihre alten Freiheiten sämlich genommen wurden. Deren Anerkennung war vielmehr unerlässlich gewesen, den Aufstand zu dämpfen. Aber nur die lokalen, provinzialen und städtischen Rechte und Freiheiten wurden auf diese Weise gewahrt. Das politische Leben der Gesamtheit hörte völlig auf. Das Organ der Gesamtheit der Provinzen, die Generalstaaten, wurden 1600 zum letzten Male versammelt. Auf die Politik des spanischen Staates, dem sie angehörten, hatte nicht einmal der Adel der spanischen Niederlande den mindesten Einfluß. In beschränkter und faulster Kleinstädterei und Provinzlerie verksam das ganze politische und geistige Leben. Das wurde nicht besser dadurch, daß der ganze spanische Staat versiel, der sich in dem Streben erschöpfte, gleichzeitig die stärkste Land- und Seemacht der Welt zu sein und zu bleiben.

Ein schreienderer Gegensatz ist kaum denkbar als der zwischen den nördlichen und den südlichen Niederlanden seit ihrer Trennung im Freiheitskampf. Unter dem Regime der siegreichen Revolution frisch pulsierendes Leben, rostlose Bewegung, glänzender ökonomischer und geistiger Aufschwung. In dem Gebiet der misslungenen Revolution dagegen Stumpfssinn, Trügheit, Versumpfung und Beschränktheit auf allen Gebieten, der Pflanzen schlaf des Philisteriums.

3. Verschärfung der Niederlande durch England.

Diese Zell des Niederganges der spanischen Niederlande im besonderen und des spanischen Gesamtstaats im allgemeinen wußte der aufstrebende Absolutismus Ludwigs XIV. wohl zu nutzen. Ein Stich nach dem anderen riß er von dem niederländischen Besitz der Spanier ab, und er hält ihn wohl ganz an sich gezogen, wenn nicht England das verhinderte.

Gerade zur Zeit Ludwigs XIV. bildeten sich die Grundlagen, auf denen bis heute die däufigere Politik Englands ruhte.

Die Dynastie der Stuarts, die von 1603 bis 1688 mit einer Unterbrechung (1649 bis 1660) England regierte, konnte wie jede andere Dynastie damals kein anderes Streben als das, ihre absolute Macht fest zu begründen. Jedoch begann England zu ihrem Unglück in jener Zeit seine militärische Kraft zur See zu entwickeln. Seine Landmacht verlor demgegenüber an Bedeutung. Die Hauptwaffe des Absolutismus war aber eine starke Armee, die jeden Widerstand des Volkes niederschlug und dem Kriegsherrn willenlos gehorchte.

In ihrem Haupthand, England, senden die Stuarts keine Stütze, außer in einem großen Teil des Landadels. Sie suchten ihre Macht zu befestigen durch Faktoren, die außerhalb Englands waren, die Bergschotten, die katholischen Irlander und die Geldmittel des katholischen Königs von Frankreich. So erschien die Könige Englands verbündet mit den Feinden der Reichseinheit und dem Landesfeind.

Als solcher galt Frankreich damals der bürgerlichen Klassen Englands, unter denen das Kaufmanns- und Bankkapital noch das Industriekapital überwog. Die Ausdehnung der Kolonien, die Beherrschung der Meere war für diese Klassen in jenen Zeiten die wichtigste Quelle der Bereicherung, und dabei fanden sie keinen gefährlicheren Gegner und Konkurrenten als Frankreich. Ehedem war für sie der »Erbfeind« Spanien gewesen, das über eine furchtbare Seemacht und die stärkste Landmacht in Europa gebot. Der Kampf gegen Spanien hatte damals das ganze aufstrebende bürgerliche England erfüllt, hatte den Kampf gegen den Katholizismus, die Reformation und das Regime Heinrichs VIII. und seiner Tochter Elisabeth populär gemacht.

Nun war durch die vereinten Anstrengungen Englands und der rebellischen Niederlande Spaniens Seemacht niedergedungen, und sein ökonomischer Versall war auch von dem seiner Landmacht begleitet.

Da trat an Stelle Spaniens eine andere Macht mit den gleichen Ansprüchen und der gleichen Gefährlichkeit, Frankreich, ebenfalls eine katholische Macht. Aber diesmal erwiesen sich die Könige Englands nicht als Führer im Kampfe gegen den Katholizismus und den Landesfeind, sondern als seine geheimen Verbündeten.

Das ließ dem Fasse den Boden aus und wurde für die bürgerlichen Klassen zum stärksten Antrieb, der Herrschaft der Dynastie der Stuarts ein Ende zu machen.

Zwei Revolutionen haben sich über die Stuarts entladen. In der ersten, die 1642 begann und 1660 endete, ging die Bourgeoisie Hand in Hand mit den arbeitenden Klassen. Dabei aber gewannen diese weit mehr Einfluß, als ihr lieb war, sie wendete sich daher bald von dieser Revolution ab und verteidigte sie schließlich.

Das zweite Mal war sie vorsichtiger. Um Jakob II. zu vertreiben, rief sie nicht mehr die arbeitenden Klassen auf. Sie verband sich vielmehr mit einem Teil des hohen Adels. Das wurde ihr erleichtert dadurch, daß an diesem die erste Revolution auch nicht spurlos vorübergegangen war und er gesehen hatte, welche Gefahr er lief, wenn er den Absolutismus führte.

So kam es zur zweiten Revolution, 1688, von der Bourgeoisie die »glorreiche« genannt, weil das Volk nichts mit ihr zu tun hatte.

Von da an kam der mit dem Kaufmanns- und Bankkapital verbündete Teil des hohen Adels, die Whigs, zur Herrschaft. Ihr König war Wilhelm von Oranien, den sie sich aus Holland holten, dessen Erbstathalter er war.

Wilhelm und die Whigs stellten damals die wichtigsten Grundsätze auf, die seitdem die auswärtige Politik Englands geleitet haben.

England verzichtete seit jener Zeit, im Gegensatz zu den übrigen großen Mächten, vollständig und für immer darauf, eine Vergrößerung auf dem Festland Europas zu suchen. Seine ganze Kraft wendet es auf die Ausbreitung seines überseelischen Besitzes. Es steht anscheinend im Widerspruch dazu, daß, als Wilhelm und seine Schwägerin und Nachfolgerin Anna kinderlos gestorben waren, der Kurfürst von Hannover, der Welse Georg, König von England wurde (1714), so daß die englischen Könige seitdem auch ein deutsches Land besaßen. Aber dies wurde stets nur als der persönliche Besitz der englischen Könige, nie als ein Bestandteil des englischen Reiches betrachtet. Da für Hannover eine andere Thronfolgeordnung galt als für England, so trennten sich beide Staaten 1837. In England kam Victoria zur Regierung, den Hannoveranern war ein weiblicher Regent versagt, sie bekamen Ernst August zum König. Diese Trennung vollzog sich für beide Teile gleich schmerzlos, ein Zischen, wie wenig sie miteinander zusammengehangen hatten.

Sonst hat England seit der »glorreichen« Revolution nur noch eine Erwerbung auf dem Festland Europas vollzogen, die Gibraltar, das fast eine Insel ist. Diese Eroberung fällt fast noch ins siebzehnte Jahrhundert (1704).

Seit zwei Jahrhunderten hat England kein Stück europäischen Festlandes erworben. Calais, das es 1347 eroberte, hat es schon 1558 verloren. Unter Cromwell gewann es Dunkirk, 1658, das aber schon 1662 vom geldbedürftigen Karl II. um ein Trinkgeld von 4 Millionen Livres an Frankreich verkauft wurde.

Seit dem Wiener Kongreß, 1815, hat England auch keine europäischen Inseln mehr erworben, wohl aber solche freiwillig ausgegeben, so die Ionischen Inseln, die für den Besitz des Adriatischen Meeres so wichtig sind, an Griechenland (1863), das die Nordsee beherrschende Helgoland an Deutschland (1890).

Englands Interesse an den Kontinentalverhältnissen bestand darin, zu hindern, daß in Europa eine Macht auskomme, die als stärkste Landmacht auch sich anschließen könnte, zur stärksten Seemacht zu werden, und damit nicht nur Englands Machtposition, sondern auch seine Unabhängigkeit zu bedrohen. Dies Streben, das nach Erhaltung des »europäischen Gleichgewichts«, ist heute noch der Komplex der europäischen Politik Englands.

Dazu gesellte sich ein zweites Interesse: zu hindern, daß eine starke Macht das Gebiet besäße, das der verwundbarsten Stelle Englands gegenüberliegt, der Themsemündung, an der die Reichshauptstadt erwachsen ist. Wer Angrenzen

besitzt, der kann stets in einem unbemerkten Augenblick einen Angriffstreif recht ziehen, der ein Stoß ins Herz Englands wäre. So betrachteten wenigstens die Engländer bisher die Sache, und daher wußten sie eigentlich darunter, daß keine starke Kriegsmacht sich dort befindet.

Seit der »glorreichen Revolution« haben sie blutige Kriege geführt, um Frankreich von den spanischen Niederlanden fernzuhalten. Sie haben bis jetzt aber noch in anderer Weise zu schützen. Und im Jahre 1667 vereinbarte Wilhelm mit der spanischen Regierung, die nicht mehr bestande war, ihren Besitz selbst zu behaupten, daß sieben belgische Festungen an der französischen Grenze von holländischen Truppen besetzt würden. Dieser eigenartige Vertrag, der »Barrierefestung«, der wiederholt erneuert wurde, war der Vorläufer der späteren Neutralisierung Belgien.

Österreich übernahm den Vertrag 1714. Nach dem Ausscheiden der spanischen Linie der Habsburger (1700) war es zum Krieg um das spanische Erbe zwischen Frankreich und Österreich gekommen. Sein Abschluß 1714 brachte den österreichischen Habsburgern den bis dahin spanischen West in Italien und in den Niederlanden.

4. Die österreichischen Niederlande.

Das neue Regime war weit kräftiger als das rapid verkommende spanische, dennoch vermochte auch der österreichische Absolutismus seinen niederländischen Gebieten nicht neues Leben einzusloßen. Daß über bei alter Stagnation und allem politischen Stumpfsein der alte belgische Unabhängigkeitsgeist nicht erloschen war, mußten die österreichischen Bürokraten gleich bei Beginn ihrer Herrschaft erfahren. Selbstherrlich versuchte der Weimarer der Niederlande, der Marquis v. Prieß als Stellvertreter des Hauses Savoyen, die Rechte der Brüsseler Bürgers zu beschneiden. Dagegen wehrten sich diese in so gewaltigem Unruhe, daß die Regierung künftig die Beachtung der alten Rechte versprach (1717). Das Weitere erzählt der bekannte flämische Patriot Conscience in seiner populären Geschichte Belgiens¹ (1845) in folgender Weise:

Der Landvoogt suchte dennoch durch Misschub und Läßi der Ausführung seines Versprechens wenigstens zum Teil überhoben zu werden. Das brachte die Milt und die Widerfehlbarkeit der Gilde auf das höchste. Die Milieute ließen auf den Märkten zusammen und hefteten sich gegenseitig zur Rache an. Fleisch darauf kostete das Unwetter los, der Pöbel plünderte und verwüstete die Wohnungen bei Gutsbeamten und Magistratspersonen.

Mittlerweile hatte der Landvoogt deutsche Truppen enthalten, um die Brüsseler Gilde zu bezwingen. Da diese geringe Macht, ohne irgend Widerstand zu führen, in die austriaherische Stadt eingerückt war, so ließ der Marquis v. Prieß eine Unzahl Aufseher und fünf Vorsteher der Gilde gesangenehmen und vor Gericht stellen. Vier von den Vorstehern wurden auf ewig aus dem Lande verbannt, bei fünfte aber zum Tode verurteilt. Das augstlichste Opfer des Missbrauchs war ein siebzigjähriger Greis namens Franz Agnewens, seinem Hundwerk nach ein Club

¹ J. Conscience, Geschichte vom Belgien, aus dem Flämischen von Max Müller 1881. Wissenschaftlich nur das Buch keine Bedeutung. Doch ist es doch eines der Vegründer der flämischen Literatur und Nationalbewegung und gibt die geschichtliche Aussage der flämischen Nationtheit der ersten Hälfte des vorletzten Jahrhunderts gut wieder.

möher und zur niedrigsten Klasse gehörig. Nach seiner Überzeugung hatte er das gehörige Recht der Bürger verleidigt, und als er sein Urteil verkündigen hörte, verließ ihn seine heldenmütige Standhaftigkeit keineswegs; er lud die Richter vor Gottes höheren Richterstuhl und legte am 19. September 1720 sein Haupt furchtlos und ruhig auf den Block. Das Volk von Brüssel beweinte seinen Tod mit bitteren Tränen und betrachtete ihn als einen ruhmwürdigen Märtyrer der Freiheit.

Damals schon erwies sich das Proletariat als die stärkste Kraft in den Freiheitskämpfen Belgiens — und nicht Belgiens allein.

Des Aufstandes war die österreichische Regierung Herr geworden, aber er hatte ihr genügenden Respekt eingeschäf, so daß weder Karl VI. noch seine Tochter Maria Theresia einen Versuch machten, an den alten Freiheiten der Belgier zu röhren.

Erst Josef II. ging ihnen wieder zu Leibe. Er hatte es schwer zu büßen. Sein allgemeines Ziel für den Gesamtstaat war die stramme Zentralisation, der schrankenlose Absolutismus. Da er seine Hindernisse hauptsächlich im katholischen Klerus und im Adel sah, den einzigen Institutionen, die damals neben der monarchischen Gewalt in seinem Staat noch etwas bedeckten, und er daher vor allem mit ihnen sich herumzuschlagen hatte, wurde er der Abgott der Liberalen Österreichs. Seine Ziele erreichte er in den deutschen und slawischen Länden. Er scheiterte am Widerstand Ungarns und Belgiens.

Kein Zweifel, die Zustände Belgiens schrien nach einer Umwandlung. Seine Freiheiten waren zum großen Teil nichts als Versteinerungen alter Privilegien aus der Feudalzeit, Privilegien des Adels und der Zünfte. Der wirtschaftliche Verfall und die Armut waren erschreckend.

Am liebsten wäre Josef das Land losgeworden, das schon durch seine geographische Lage die Einfügung in sein Zentralisationssystem erschwerte und wenig Gewinn brachte. Als 1777 die bayerische Linie der Wittelsbacher ausstarb und sich ein Streit um die Nachfolge entspann, frachte Josef danach, Bayern oder doch einen Teil davon an Österreich zu ziehen. Dafür war er bereit, dem Anwärter auf den bayerischen Thron, Karl Theodor von der Pfalz, die Niederlande abzutreten. Aber Friedrich von Preußen durchkreuzte diesen Plan, der eine erhebliche Stärkung Österreichs in Deutschland bedeutet hätte. Es kam nicht zu dem beabsichtigten Tauschhandel in Landeskindern. So ging Josef daran, sie stärker an sich zu fesseln.

Zunächst legte er die Axt an die Selbständigkeit der katholischen Kirche. Da bekam er es zu verspüren, welche Kraft sie in Belgien noch besaß.

Schlosser hat diese Kraft sehr gut gezeichnet:

Die Verschmelzung des kirchlichen und der Politik oder mit anderen Worten die unerschütterliche Unabhängigkeit an die alte Religion, an den überlieferten Übergläubiken und an die berühmlichen kirchlichen Feindseligkeiten und Gebräuche war von jeher ein Hauptcharakterzug des belgischen Volkes. Auf ihm beruhte auch der große Einfluß der Geistlichkeit und ihre unbedingte Gewalt über das ganze übergläubische und bigotte Volk. Doch stähle sich die Macht derselben auch darauf, daß der größte Teil des Grundbesitzes sich im Besitz der Kirche befand und daß die vielen Abteien, Bischofsstühle und geistlichen Pfründen zur Versorgung der jüngeren Söhne des Adels dienten, daß also das Interesse des Klerus mit dem der weltlichen Aristokratie innig verbunden war. Die Zahl der Geistlichen war in Belgien größer als in den meisten anderen Ländern. Es gab, abgesehen von den vielen Mönchen und Pfarrgeistlichen, nicht nur außer dem in Mecheln residierenden Erzbischof noch

sonder acht Bischöfe, sondern auch nicht weniger als 107 Klöster, von denen manche ein Jahrhundert zusammen von 300 000 Goldeni hatten. Der Einfluß der Kirche erhobte sich sogar auf die großen Haufen des Volkes, welche mehrere Jahrhunderte zum tapferen großen Haufen gehörte, weil alle Schulen, sogar die Universität und Universitäten unter der alljährlichen Leitung der Geistlichkeit standen und diese Schule auch allen Justiz- und Verwaltungsbürokraten ihre Bildung und Wirkung gaben. (Weltgeschichte, XVII, S. 34.)

Schlosser erläutert den Einfluß der Kirche auf den »großen Haufen« bloß aus dessen »Vergötterliebe«. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß angeblich des Massenrechts auch die Wohlthätigkeit bei welchen Kirche ein großes Mittel zur Herrschung des »großen Haufens« geworden war.

Die Schlossersche Darstellung ist dabei noch lösosser einsichtig, als er nur die revolutionären Kräfte sieht, die sich Josef widersetzen. Es gab über neben Ihnen noch andere, revolutionäre. So sah auch Belgien Katholizität迷惑, so entwandelte es doch vorwärtsstrebende bürgerliche Elemente, Intellektuelle und Kapitalisten. Nicht umsonst bildete es das Durchgangsland, das den drei Staaten benachbart war, die im Laufe des Siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts nacheinander mit rascher kapitalistischer Entwicklung die revolutionärsten Ideen geboren hatten, Holland, England, Frankreich. Naunehmlich die Ideen der französischen Revolutionen hatten in Belgien Einfluß gewonnen, naunehmlich am ehesten unter den Bürgern der Französischsprachenden Landesstelle. Vor der französischen Revolution schon bildete sich eine Tendenz aus, die später große Bedeutung gewinnen sollte, daß das Freidenkerium in den wallonischen, die Arzthälfte in den flämischen Vororten vorherrschte, so daß der Kampf der beiden Mächtigungen ziemlich ohne einen nationalen Charakter annahm.

Aber die Anhänger der Annullierung in Belgien waren keine österreichischen Überläufer, sondern von demselben Drang nach Selbstverwaltung bestrebt wie ihre französisch gesinnten Landsleute. Sie wollten der Kirche und dem Adel, dem Bauherrschen, kurz der ganzen Feudalität zu Gelde gelten, aber durch eine Volksbewegung, nicht durch die Elasse einer bemißenden Bürokratie. So nahmen, trotz der großen inneren Gegensätze, Wallonen und Flämern, Freidenker und Arzthälfte mit gleichem Ungeheuer auf dem Kampfe gegen die Josephinische Reform teil, obwohl dieser ein fortschrittlicher Zug unentzweit Innewohnte.

Ein österreichischer Geschichtsschreiber sagt von diesen Reformen:

Die selben Tendenzen zur Einheit und Macht der Obrigkeit, wie sie Josef in Österreich festmisse ausgestellt hatte, sind hier echeinbar. Der Neubauhans war in ihr allemal abgelenkt, der Absolutismus in den Provinzen brachte nur eine schwache Verwaltung einher. . . . Die belgische Nation hat sich nach vielen leidvollen Jahren, nach dem Siege ihrer Verfassung und einer billigen Freiheitshilfe eine Verwaltung nach denselben Grundsätzen und in denselben Rhythmen bei der Josephinischen Institution gegeben. Aber die Belager waren an ein Gott government gewöhnt; die ganze gesellschaftliche Ordnung brauchte auf Schleppen zu kommen, lebt von seinem Ausfall daran. Die Josephinischen Reformen konnten natürlich durchaus absolutistisch, als Verleihung der Obrigkeit, als ein Monopol aller Einrichtungen. (A. Wolf, Österreich unter Maria Theresia, Josef II. und Joseph II., Berlin 1884, S. 202, 203.)

Um 1782 begann Josef seine Eingriffe in und behutsame Modernisierung, 1787 folgte er durch seine Echtheit die junge Verfassung fehlt nie verstanden,

schen Provinzen um. Da wurde die Unzufriedenheit allgemein und machte sich nach belgischer Art bald energisch Lust. Schon vor der französischen Revolution kam es zur Rebellion in Belgien. Bereits am 20. September 1787 gab es in Brüssel große Demonstrationen, Barricaden wurden gebaut, und die Haltung der Bevölkerung nahm einen so drohenden Charakter an, daß der Militärikommandant von Belgien Graf Murray mit den Rebellen unterhandelte und Zugeständnisse machte. Josef erkannte diese nicht an, ließ seine Truppen einschreiten, in Brüssel, Mecheln, Antwerpen kam es zu Blutvergessen, und zunächst siegte die Regierung. Ein Schreckensteigment begann.

Aber mit dem Ausbruch der französischen Revolution wendete sich das Blättchen. Der Aufstand erhob von neuem sein Haupt. Am 26. Oktober 1789 erlebten die österreichischen Truppen eine Niederlage in dem Straßenkampf von Turnhout. Nun wird die Rebellion unanhaltsam. Am 7. Januar 1790 hauptsächlich die Abgeordneten der belgischen Provinzen mit Ausnahme Lüxemburgs die Republik der »Vereinigten Belgischen Staaten«. Die Nachricht soll der Todesschoß für Josef gewesen sein, der am 20. Februar starb.

Aber die Rebellen hatten nur zusammengehalten, solange es den Kampf gegen die Fremdherrschaft galt. Kaum war sie abgeworfen, brach der innere politische Gegensatz durch. Die Reaktionäre, geführt von van der Noort, die auf Preußen Unterstützung rechneten, wendeten sich gegen die Revolutionäre, die Vonck führte, der den Standpunkt vertrat, das belgische Volk dürfe nur keinen fremden Monarchen, sondern nur auf sich selbst vertrauen. Die Voncksisten erwiesen sich als die Schwächeren. Schon am 18. März 1790 wurden ihre Wohnungen in Brüssel von der wütenden Bevölkerung geplündert, bald darauf ihre Führer verhaftet oder zur Flucht ins Ausland gezwungen. So wurde die Erhebung ihrer besten revolutionären Kräfte beraubt. Die Revolutionäre Frankreichs hatten kein Interesse mehr an ihr. Aleman half den Belgieren, als Joses II. Nachfolger Leopold 1791 ein Heer in Belgien einzurücken ließ, dem es gelang, das österreichische Regiment wiederherzustellen.

Doch war es ihm nicht beschieden, sich lange seitens Sieges zu freuen. Schon ein Jahr später kam es zum Kriege des revolutionären Frankreich gegen das monarchische Europa, zunächst gegen Österreich und Preußen. Dabei eroberten die Franzosen bereits im November 1792 Belgien, verloren es im nächsten Jahre, um es im Jahre 1794 abermals zu gewinnen. Im Frieden von Campo Formio 1797 trat Franz II. die österreichischen Niederlande an Frankreich ab, dem auch das Fürstbistum Lüttich sowie das ganze linke Maingebiet (außer den preußischen Besitzungen) einverleibt wurde. Diese Gebiete bildeten fortan einen Teil des französischen Staates. Ihre Trennung von den nördlichen Niederlanden blieb weiter bestehen. Diese waren von den französischen Siegern, die sie 1795 besetzt hielten, in die »Batavische Republik« verwandelt worden.

5. Belgien französisch.

Was England so lange verhindert und Ludwig XIV. vergeblich erstrebt hatte, das gelang der Republik: die Eroberung Belgiens in Frankreich. Aber es gelang ihr noch mehr. Der spanische und der österreichische Absolu-

tionsstaat hatten über dreihundert Jahre lang, von Magdalena I. bis zu Josefs II., vergebens gesucht, die lokalen Sonderrechte ihrer niederländischen Untertanen aufzuheben oder doch zu beschränken. Vor der Revolution verschwanden diese Sonderrechte mit einem Schlag. An Stelle der historisch abweilenden niederländischen Provinzen traten neue Départements. Alle Sonderrechte der Provinzen, des Adels, der Klasse hörteten auf, alle Belgier waren unterschiedslos Franzosen, für alle galt das gleiche Recht. Sie alle wurden in der gleichen Sprache verwaltet, der französischen, die allein im Lande lebten galt.

Um wunderbarsten aber ist folgendes, und es bezeugt die große werbende Kraft, die von einer von der Volksmasse getragenen, ihren Bedürfnissen dienenden Revolution ausgeht: die Belgier, die bisher so unbarmhäbig jedem neuen Reglement gegenübergestanden hatten, sie fügten sich willig dem französischen Regime, ja es gewann sogar ihre Anhänglichkeit. Selbst unter den Slämen, unter denen der Gebrauch der französischen Sprache, wenige Tage in den Städten, um rasche Fortschritte machen.

Wir finden da unter den slämischen Belgern dieselbe Erscheinung wie unter den Deutsch sprechenden Elsässern und Rheinländern. Als die letzten noch an Preußen hingen, waren unter ihnen die französischen Sympathien auch ungemein stark. Diese erschien erst in dem Zeitraum von 1848 bis 1870. Diese Erscheinung ist nicht zu verstehen, wenn man den nationalen Drang, das Bedürfnis, mit den Sprachgenossen politisch vereint und von allen Sprach fremden politisch getrennt zu sein, als eine Naturscheinung betrachtet, die unter allen sozialen und politischen Verhältnissen wirkt. Sie ist nur zu verstehen, wenn wir diesen Drang als eine Erscheinungsform des Nationalhauses der Volksmassen nach Demokratie im modernen Staate erkennen. Sie empfinden den nationalen Drang nur unter Verhältnissen, in denen er die Demokratie, die Selbstbestimmung des Volkes fördert. Wo die Demokratie durch das Nationalitätenprogramm beeinträchtigt würde, haben sie wenig dafür übrig.

Die französischen Sympathien unter den Belgern wurden indes nicht bloß durch politische Erwägungen gefördert. Außer nach Freiheit verlangen die Menschen auch nach Wohlfahrt. Dadurch, daß der Alp des Feudalismus von den Belgern genommen und der große französische Markt ihnen ohne alle Schranken eröffnet wurde, begann die wirtschaftliche Stagnation endlich wieder von Ihnen zu weichen, unter der sie Jahrhunderte lang gelitten. Eine der raschesten kapitalistischen Ausschwünge begann für sie.

Später wurde allerdings nicht wenig gefördert durch einen Umstand, der nicht bei französischen Revolution zu danken ist. Fast gleichzeitig mit ihr begann das Zeitalter der Maschine, die das Handwerk und die auf Handwerkslichkeit beruhende Manufaktur verdrängt, und beginnt die Anwendung des Dampfes als Triebkraft der Maschine. Neben der Massenproduktion und dem Massenverkehr kommen aber jetzt auch die Massenheere an. Doch unter den Industriezweigen die Wasserindustrie immer wichtiger. Alles hat bemerk, daß von nun an Eisen und Kohle an Bedeutung im Produktion prozent stetig zunehmen, der Westen von Eisen und Kohle den Industriestandorten nicht übertrifft. Kein Land in Europa außer England produziert bei Industrie zu seiner Verdichtung so viel Kohle wie Belgien. Eine Zifferung beweist es sogar überraschend viele als Arbeit und andere Staat auf

dem europäischen Festland. Noch 1845 bestrug seine jährliche Förderung 5 Millionen Tonnen, dagegen die Deutschlands nur 3,5 Millionen, die Frankreichs (1851) nur 3,4 Millionen. Die Englands hatte freilich schon 1800 10 Millionen erreicht, 1845 45 Millionen. Belgien verfügt aber auch über Eisenerze. Schon im Mittelalter blühte in Lüttich die Metallverarbeitung. Nun wurde Belgien durch den Aufschwung seiner Kohlen- und Metallindustrie aus einem Aschenbrödel wieder zu einer glänzenden Erscheinung unter den Völkern Europas.

Doch zeigten sich in dem Zeltraum, in dem Belgien französisch war, nur die Ansäße zum Regime der Dampfmaschine in der Industrie. Erst Dampfschiff und Lokomotive ebneten ihrem raschen Siegeszug die Wege. Beide erhielten praktische Anwendung gerade zur Zeit, als Belgien von Frankreich losgelöst wurde (1815), die Lokomotive zunächst in England. Die erste Eisenbahn in Belgien und auf dem Festland Europas überhaupt, mit Ausnahme der kleinen Strecke Lyon—St-Etienne (1832) wurde im Mai 1835 eröffnet.

Bis heute ist Belgien das an Eisenbahnen reichste Land der Welt. Auf 100 Quadratkilometer zählt es 29,3 Kilometer Eisenbahnen, Großbritannien nur 12, Deutschland 11,6 Kilometer.

Diesem glänzenden industriellen Entwicklungsgang wurde der Weg gebahnt durch die französische Revolution. Es wäre unmöglich gewesen auf der politischen und sozialen Grundlage, die in Belgien bis zur Revolution bestand.

6. Belgien holländisch.

Ganz anders wie auf die südlichen wirkte die französische Revolution auf die nördlichen Niederlande. Die Trennung der beiden, die seit dem Abfall von Spanien begonnen hatte, blieb auch jetzt noch bestehen, nicht bloß innerlich, sondern auch äußerlich. Die nördlichen Niederlande führten fort, ein gesondertes Gemeinwesen zu bilden, auch nachdem in Frankreich an Stelle der Republik das Kaiserreich Napoleons getreten war. Aus der von Frankreich abhängigen Batavischen Republik mochte er ein abhängiges Königreich, das er seinem Bruder Louis verlieh (1806).

Ob Republik, ob Monarchie, die nördlichen Niederlande wurden nicht wie Belgien ein Teil des großen französischen Staates, teilhaftig aller Vor- teile, die dieser seinen Bürgern bot, sondern ein abhängiger Vasallenstaat, der eine französische Armee ständig zu garnisonieren und zu erhalten hatte. Diese habschichtische Art, die Abhängigkeit unter dem Anschein der Selbstständigkeit zu verbergen, wirkt womöglich noch erbitternder als offene Knechtschaft.

Die Ansforderungen des französischen Militarismus wurden schließlich derartige, daß Louis Napoleon selbst sich dagegen ausschloß, sie zu befriedigen. Er dankte 1810 ab. Nun wurde sein Königreich mit Frankreich vereinigt. Diese Vereinigung kam jedoch zu spät, um auf die Holländer dieselbe Wirkung üben zu können wie früher auf die Belgier. Sie erfolgte zu einer Zeit, wo das Napoleonische Kaiserreich den letzten Rest seiner revolutionären Traditionen und Funktionen verloren hatte und nichts mehr repräsentierte als einen radikalen Militarismus. In dieser Form möchte es nicht mehr auslehend, sondern nur noch abschöpfend.

Dazu kam, daß die ökonomische Lage in Holland ganz anders war als im Belgien. Wie im sechzehnten Jahrhundert das Spanien Philipp II., und im siebzehnten das Frankreich Ludwigs XIV. hatten sich im achtzehnten Jahrhundert die Vereinigten Staaten der Niederlande in dem Streben erschöpft, gleichzeitig die See zu beherrschen und eine starke Landmacht zu bilden. Diese Doppelaufgabe hat schließlich jeden dieser Staaten ruiniert. Es brachte auch für die Niederlande nach glänzendem Aufstieg völlige wirtschaftliche Stagnation. Das Zeitalter Napoleons vermehrte sie noch, indem es die nördlichen Niederlande den völligen Verlust ihrer wichtigsten Reichtumsquellen erleidet ließ. Da sie mit Napoleon verbündet waren, standen sie im Kriege mit England. Das kostete sie ihre Kolonien und ruinierete ihren überseeischen Handel.

So wirkte die Zeit der französischen Herrschaft auf die Holländer ganz anders als auf die Belgier. Nach der Schlacht bei Leipzig erhoben sich mit den Deutschen die Holländer im Aufstand gegen das französische Joch, während die Belgier keinen Finger rührten, von Frankreich loszukommen. Dies wurde ohne ihr Zutun durch die Großmächte bewirkt, die Napoleon niedergeschlagen hatten, vor allem durch England.

Wir haben gesehen, daß die französische Revolution vermocht hatte, was vor ihr keiner der mächtigen Dynastien Spaniens und Österreichs gelungen war: die Belgier widerstandlos, ja freudig einem großen Staat einzuvorleben. Der französische Revolution war aber auch gelungen, woran der nach der Beherrschung Europas trachtende Ludwig XIV. gescheitert war, sich ganz Belgiens zu bemächtigen, ohne durch England daran gehindert zu werden.

Indes bestand Englands alte Politik noch fort, jede starke Militärmacht als ihren Todfeind anzusehen, die, Belgien benachbart, sich dieser Basis zum Stoß ins Herz Britanniens bemächtigte. Im Winter 1792/93 war Belgien französisch geworden, in denselben Winter gesellte sich England der Koalition gegen Frankreich bei, und wenn es von da an den Krieg gegen die Republik und das ihr folgende Kaiserreich zäher und mit geringeren Unterbrechungen als ein anderer Staat Europas bis zum Sturze Napoleons führte, so trug dazu nicht zum wenigsten die Tatsache bei, daß Belgien französisch war.

Nach Napoleons Fall war eine der ersten Sorgen der englischen Staatsmänner die, Belgien von Frankreich abzutrennen. Die Völker wurden damals bei derartigen Prozeduren nicht gefragt. Belgien wurde nicht selbstständig gemacht — man misstraute ihm wohl zu sehr wegen seiner starken französischen Sympathien —, sondern Holland zugewiesen, mit dem es zusammen das Königreich der Vereinigten Niederlande bilden sollte. In dieser Verbindung hoffte man es vor allen französischen Vergrößerungsgelüsten sicherzustellen. Zum König des neuen Reiches wurde Wilhelm von Oranien bestimmt, der Sohn des letzten Stadthalters der Republik, ein Schäffling Englands.

Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips hätten die Flamen über diese Gestaltung übergläcklich sein müssen. Sie waren getrennt von Frankreich, in dem sie eine hoffnungslose Minderheit gehabt hatten. Sie wurden mit ihren nördlichen Sprachgenossen vereinigt und bildeten mit ihnen die große Mehrheit im Staate, denn 1½ Millionen Holländer standen nun 5 Millionen Angehörige der flämisch-holländischen Umgangssprachgemeinschaft gegen-

über. Aber auch jetzt erwies es sich wieder, daß das moderne nationale Streben kein »natürliches«, »ewiges«, sondern ein von bestimmten sozialen und politischen Bedingungen abhängiges ist, daß es vor allem aus dem Drange nach demokratischer Selbstbestimmung des Volkes im modernen Staate erwächst.

Diese Selbstbestimmung fehlte den Belgieren im niederländischen Staate, den Flämen nicht minder als den Wallonen. So sehr hatten sich die Mächte daran gewöhnt, Belgien als unselbständigen Teil eines anderen Staates anzusehen, daß sie 1814 nicht von einer Vereinigung Belgien mit Holland sprachen, sondern ersteres dem letzteren als »Gebietszuwachs« zuwiesen. Als erobertes Land wurde es von den regierenden Klassen Hollands betrachtet und behandelt, und diese Behandlung lähmte alle Gefühle der Zusammengehörigkeit, die etwa aus der Sprachgemeinschaft hervorgehen konnten. Obwohl Belgien über $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner zählte, Holland nur $2\frac{1}{2}$ Millionen, entzog es doch nicht mehr Abgeordnete als dieses in das Parlament (die Generalsstaaten). Aber noch wichtiger als das Schattenparlament in jener Zeit der Reaktion war die Staatsverwaltung. Sie blieb vollständig in den Händen der Holländer. Im Jahre 1830 war von 7 Ministern nur einer ein Belgier, von 117 Beamten im Ministerium des Innern waren nur 11 belgische, von 1867 Offizieren der Armeen nur 288 belgische.

Entscheidend war damals die königliche Macht im Staate, und Wilhelm fühlte sich ausschließlich als Holländer.

Was die Belgier an Freiheiten noch aus der Franzosenzeit her besaßen, wurde ihnen genommen, so die Geschworenengerichte. Statt von belgischen Landräten wurden sie hinfür von holländischen Berufsprüfern gerichtet. Die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens wurde beseitigt.

Die Pressefreiheit war in dem Grundgesetz (Art. 227) gewährts; tatsächlich aber war sie, unter dem Vorwand der Gefahr der napoleonischen Invasion, durch eine übermäßig strenge Verordnung vom 20. April 1815 konfisziert worden, die zur Rückerstattung aller Vergehen einer aufregenden Natur, durch Schrift, Rede oder Laut ein außerordentliches Tribunal bestellte und in den Strafbestimmungen bis zur Ausstellung am Pranger, Brandmarken, Gespängnis bis zu sechs Jahren und 10 000 Franken Buße vorging. (Gervinus, Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, S. 554.)

Das waren die rücksigen Methoden, eine sprachverwandte, aber anders gewöhnliche Bevölkerung von sich abzustossen.

Zu politischer Unterdrückung gesellte sich ökonomischer Gegensatz. Holland hatte in den vielen Jahren, in denen es als selbständiger Staat Krieg geführt, eine ansehnliche Staatschuld angesammelt — zwei Milliarden. Die Belgien war winzig — 30 Millionen. Nun wurden beide Staatschulden zur gemeinsamen Schuld des ganzen Staates.

Belgien war in der Franzosenzeit ein aufstrebender Industriestaat geworden, in Holland dominierten die Interessen der Agrarler und der Handelsleute. Holland verlangte nach freier Einfuhr von Industrieprodukten, Belgien nach Zollschutz für sie.

Zu alledem gesellte sich endlich der religiöse Gegensatz zwischen Katholizismus und Calvinismus. Er regte besonders die Flämen gegen die Holländer auf, denn in der flämischen Bevölkerung lebte ein weit stärkerer katholischer Fanatismus als in der wallonischen, die, mehr industriell und mehr von der französischen Literatur beeinflusst, religiöser Toleranz und Wiedenkerlei eher zugänglich war.

Alle diese Faktoren wirkten zusammen, um die gesamte belgische Bevölkerung, Wallonen und Flämen, Freimaurer und Klerikale, Republikaner und Monarchisten, in wachsendem Haß gegen das holländische Regime zu vereinigen. Die belgische Opposition nahm immer schärfere Formen an.

Der König glaubte durch die Macht seiner Persönlichkeit auf die Belgier Eindruck machen zu können, unternahm eine Reise durch Belgien 1829, um sich seinen dortigen Untertanen zu zeigen. Und er erreichte es in der Tat, daß er von den Neugierigen angehobt wurde, die gekommen waren, ihn zu sehen. Wie das anderen schon passiert ist, nahm auch er das für den Ausdruck der wahren Volksstimme, und als in Lüttich, das wegen seiner revolutionären Gestaltung schwarz angeschrieben war, ihn besonders lauer Jubel empfing, sagte er zum Stadtrat:

Ich sehe jetzt, was ich von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, die so lärmend erhoben werden. Jetzt weiß ich, daß das Ganze weiter nichts ist als das Werk einiger Menschen, die ihre Sonderinteressen für das allgemeine Bedürfnis ausnutzen. Das ist ein schändliches, ein ehrloses Vertragen.

Der Erfolg zeigte, daß wenn schon ein gewöhnlicher Tourist die Denkmäler der Bevölkerung eines Landes schwer kennenlernen und leicht durch unsäßige Außerlichkeiten zu falschen Urteilen verleitet wird, ein gekrönter Tourist dabei noch leichter irrt. Seine Irrtümer können aber in bewegten Zeiten sehr folgeschwer werden. Wilhelms Brandmarkung der belgischen Opposition als ehrlos sollte ihn bald terner genug zu stehen kommen.

Wie einst die holländischen Schiffer den Namen der Geusen, mit dem man sie beßimpfen wollte, zu einem Ehrennamen für sich gemacht hatten, so nennen sich jetzt die Belgier Chröse. Man prägte Denkmäler der Chrösen, die an einem Runde getragen wurden und auf der einen Seite die Verfassungsurkunde, auf der anderen Seite das niederländische Pfeilbündel und die Namen berühmter Redner oder Christstifter mit der Umschrift: Eren bis zur Chrösigkeit! darstellten. Die Regierung antwortete mit einem strengen Preßgesetz, das sie den Abgeordneten am 11. Dezember 1829 vorlegte. (H. Conscience, Geschichte von Belgien.)

Ein verschärfetes Preßgesetz, das war der erste Erfolg der Königsreise. Nunmehr härter wurde die Verfolgung der belgischen Opposition. Sie wurde nicht beständig dadurch, daß die Regierung zur Unterdrückung auch noch die Korruption gesellte. Um die industriellen Kreise Belgiens zu gewinnen, batte sie »zur Unterstützung der nationalen Industrie« einen Jahresfonds von 1 000 000 Gulden ausgesetzt. Aber die Unterstützung der nationalen Industrie entpuppte sich als Unterstützung von Industriellern, deren Nationalität Nebensache war, wenn sie nur dem König dienen.

Das Regierungsorgan in Brüssel, der »National«, wurde von einem Wallner Léon Vauvigne redigiert, der in Frankreich schon wegen Fälschung auf die Galere gekommen war. Er stand im Kampf gegen die Belgier. In Wort aus dem »National«: »Man ruft den Belgier einen Maulkorb an, eben wie Hunden« mache die Runde durch ganz Belgien. Nun, zur Zeit der Verfassung des verschärfsten Preßgesetzes, wurde es bekannt, daß von 1827 bis 1830 drei königliche Beschlüsse diesem sauberem Patron 85 000 Gulden ausgestellt waren, »zur Unterstützung der nationalen Industrie« zugewiesen hatten. Und Wohl wäre soll, es fehlte nur ein Kopfpreis, es zum Überfliegen zu bringen. Diese Überraschung ließ die Revolutionen in Frankreich. Einen bald später war ganz Belgien in Flammen.

Die belgische Bourgeoisie erwies sich da als schwankend, ja doppelzüngig. Sie wollte die Unabhängigkeit, strichste aber den Sieg der Revolutionäre. In den entscheidenden Kämpfen jener Lage hielt sich die Bourgeoisie abseits. Es war das Proletariat, das seine Haut zu Markte trug und den Sieg errang. So wurden in den entscheidenden Straßen Schlachten in Brüssel vom 21. bis 27. September 1830 auf Seite des Volkes nach einer Zählung Leon Desuisseaux 456 Mann gefölet, darunter nur 17 Bourgeois, 1226 verwundet, davon 41 Bourgeois (Camille Huysmans, *La Révolution de 1830 et le Mouvement Politique*, Gent 1905, S. 29).

Das Proletariat hatte die Schlacht gewonnen. Der Sieger war die Bourgeoisie. Am 4. Oktober dekretierte die provisorische Regierung in Brüssel die Unabhängigkeit Belgien. Der darauf einberufene Kongress wurde nach einem hohen Zensus (je nach der Gegend von 13 bis 150 Gulden schwankend) von nur 44 000 Wählern gewählt. Er beschloß mit 174 Stimmen gegen 13 Republikaner, Belgien solle eine parlamentarische Monarchie sein.

7. Die flämische Bewegung.

Der belgische Staat wurde eine Monarchie, aber frohdem blieb er das Ergebnis einer revolutionären Erhebung, ein Nachhall der großen französischen Revolution. Dabei freilich das Werk einer Bevölkerung mit siegewurzelten Traditionen, starkem Konservativismus, deren Gemüter in hohem Maße von der katholischen Kirche beherrscht wurden. Er war das Ergebnis einer nationalen Erhebung gegen eine Fremdherrschaft, und doch sprach die Mehrheit der belgischen Nation die Sprache der Fremdherrschaft und verstand nicht die des eigenen, durch Selbstbestimmung der Nation begründeten Staates.

Infolge des revolutionären Ursprungs des Staates war die Regierungsgewalt dem Volke gegenüber nicht sehr stark. »Alle Gewalten gehen von der Nation aus,« heißt es in der belgischen Verfassung. Das Volk bekam eine Bewegungsfreiheit in der Presse, in Versammlungen und Vereinen, wie sie in dem reaktionären, absolutistischen, vom Polizeigefest erfüllten kontinentalen Europa jener Zeit ganz unerhörbar war. Sie wurde weniger beschränkt als in der französischen Julimonarchie, die doch auch das Produkt einer Revolution war. Als Karl Marx infolge des Drängens der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen wurde, fand er eine Freistadt in Belgien (1845). Ihm folgte dochhin der 1847 aus Frankreich ausgewiesene Bakunin. Bis 1848 lebte Marx in Brüssel im Verein mit Engels. Dort arbeiteten sie die Grundlagen ihrer neuen Lehre aus, dort schufen sie das Kommunistische Manifest. Soweit man ein einzelnes Land das Ursprungsland des Marxismus nennen will, darf Belgien auf diese Bezeichnung Anspruch erheben. Als Durchzugsland, in dem deutsche, französische, englische Eindrücke und Ideen sich trafen, bot es den richtigen Boden für eine internationale Lehre, die deutsche Philosophie, englische Ökonomie, französischen Revolutionsgeist zu einer höheren Einheit vereinigte.

Die glänzende Medaille der belgischen Freiheit hatte indes ihre dunkle Ahrseite. Diese Freiheit war auch die schrankenloseste Freiheit der Ausbeutung für das industrielle Kapital.

Mächtig wuchs dieses in Belgien an, verhältnismäßig fast ebenso gewaltig wie in England, viel rascher als in Holland, jener vernalten Auschauung

juni Troß, die in einem großen Kolonialbesitz die unerschöpfliche Vorbedingung für das industrielle Gedröhnen der modernen Völker steht.

Aber lange fehlte das Gegengewicht, eine mächtvolle Bewegung des Proletariats, Beherrschung von der katholischen Kirche, kam es spät dazu, selbständige Regelungen zu entwickeln.

Wir haben gesehen, welche Macht die katholische Kirche seit dem Mittelalter in den südlichen Niederlanden besaß. Der Umsturz von 1830 schwächte sie in keiner Weise. Sie wurde durch ihn vielmehr gestärkt; die Erhebung gegen die Holländer bedeutete ja die Abwertung der Herrschaft einer protestantischen Staatsgewalt. Belgien wurde merkwürdigerweise das Idealland nicht nur der liberalen Kapitalisten, sondern auch der schwärzesten Klerikalen. Es war das Land, das wie dem Kapital, so auch der Kirche vollste Freiheit ließ — und zwar nicht eine Freiheit wie in den Vereinigten Staaten, wo der Staat sich um die Kirche nicht kümmert, sie nicht bevormundet, aber auch nicht schützt. »Die Kirche wurde vom Staat getrennt, ... aber die Kirche behielt die Privilegien, die ihr der Staat vor der Trennung zuerkannte.« (Seignobos, *Politische Geschichte des modernen Europa*, Leipzig 1910, S. 210.) In Belgien hat der Staat nichts in die Kirche dreinzureden, diese aber sehr viel in den Staat. Sie gehört zu den ihn beherrschenden Mächten. Mehr noch als andere dieser Mächte ist die katholische Kirche an der Unwissenheit ihrer Gläubigen interessiert, denn das moderne Wissen ist zu unvereinbar mit den von ihr gepredigten Anschauungen. Die Industriellen und Kaufleute brauchen intelligente Arbeiter, der moderne Militarismus intelligente Soldaten, aber die Kirche hat kein Bedürfnis nach einer intelligenten Volksmasse.

Dank ihrem Einfluss ist heute noch die Volksbildung in Belgien aussäuberste vernachlässigt. Erst 1914 wurde in Belgien der Schulzwang eingeführt, noch 1866 konnte die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben; 1880 betrug die Zahl der Analphabeten noch 30 Prozent, 1910 13 Prozent.

Zu dieser Unwissenheit gesellte sich die Abhängigkeit weisser Schichten der proletarischen Bevölkerung von der kirchlichen Wohlthätigkeit sowie die starke Wirkung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Traditionen. So dauerte es lange, ehe eine proletarische Klassenbewegung im modernen Sinne einzehlte. Lange beschränkten sich die proletarischen Gegenwirkungen gegen den Kapitalismus auf gelegentliche gewaltsame Verweiflungsausbrüche, die brisale oder geschlagen wurden, und auf kleinbürgerlich-prudhomistische Experimente. Sehr spät erst kam eine politische und gewerkschaftliche Klassenbewegung auf, und sie fand in höchst eigenartiger Weise ihren Ausgangspunkt und ihre Grundlage in einem starken Konsumvereinswesen.

In der ersten Internationale war Belgien wohl schon vertreten, doch schwankte es zwischen Marx und Bakunin. Die sozialdemokratische »Arbeiterpartei« Belgiens datiert vom Jahre 1885.

Lange blieben die Kapitalisten Belgiens völlig ungestört im Besitz ihrer politischen Macht, die sie sich durch einen hohen Wahlzensus sicherten, den erst 1894 der proletarische Massenansturm befestigte.

Hast eben solange dauerte es, bis Belgien auch nur die dürfstigsten Anfänge eines Arbeiterschutzes zustell wurden. Den Anfang machte eine Verordnung im Jahre 1881, die in den Bergwerken die Beschäftigung von Knaben unter

12 Jahren und Mädchen unter 14 Jahren verbölkten; welch schenklische Zustände deckt diese Schuhbestimmung auf, und welch schenklische Zustände ließ sie bestehen!

In seinem »Kapital« konnte Marx von Belgien noch 1867 sagen, daß »das Paradies des kontinentalen Liberalismus keine Spur dieser Bewegung (nach Arbeiterschuh) zeigt. Selbst in seinen Kohlengruben und Metallminen werden Arbeiter beider Geschlechter und von jeder Altersstufe mit vollkommener Freiheit für jede Zeitspanne und Zeitperiode konsumiert« (Volkssausgabe, S. 247).

Erst in den letzten Jahrzehnten ist das unter dem Drucke der Arbeiterbewegung etwas besser geworden.

Die erste Opposition, die das herrschende Regime sondierte, war nicht eine soziale, sondern eine nationale Bewegung. Die der Flämen fehlte früher ein als die der Proletarier.

Nur von dieser nationalen Bewegung wollen wir hier handeln. Wer sich über die sozialistische unterrichten will, den verweisen wir auf das Ergänzungsheft Nr. 9 zur Neuen Zeit (März 1911) von L. de Broekere und H. de Man über »Die Arbeiterbewegung in Belgien«. Unter den belgischen Fragen, die der Krieg in den Vordergrund gedrängt hat, spielt die sozialistische Bewegung keine Rolle, wohl aber die flämische.

Die französische Herrschaft hatte Belgien eine Staatssprache gebracht: nötig gemäß die französische. Doch schon vorher war diese die Sprache der Gehilfen auch in den flämischen Teilen, namenslich in den großen Städten geworden.

Im Mittelalter, als das flämische Belgien der ökonomisch fortgeschrittenste Teil Nordeuropas war, erlangte es auch in der Kunst und Literatur eine führende Rolle, wurde seine Sprache als Kultursprache anerkannt. Mit seiner wirtschaftlichen Kraft ging auch seine geistige Bedeutung zurück und damit die seiner Sprache. Diese wurde nur noch von unwissenden Bauern und Kleinstbürgern angewendet und verlor jede Fähigkeit, Begriffe und Ideen auszudrücken, die über deren engen Gesichtskreis hinausgingen. Das trat gerade in der Zeit ein, in der das Lateinische aushörte, die Sprache der Wissenschaften zu sein, indes diese gleichzeitig mächtig anwuchsen. Weil Handel und Technik sowie soziale und politische Umwälzungen den geistigen Horizont Europas gewaltig erweiterten und die Nationen, die an diesem Prozeß tatkräftig teilnahmen, Schriftsprachen entwickelten, die tanglich waren, die Flut neuer Ideen in Worte zu fassen, zu bemühen, zu verbreiten.

Die flämische Sprache blieb von dieser Umwälzung völlig unberührt. Die andere der beiden Sprachen Belgiens dagegen, die französische, war die Sprache jenes Staates, der im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in Europa politisch, ökonomisch und auch intellektuell am mächtigsten wurde, die Sprache, die von der Aristokratie und der internationalen Politik ganz Europa angenommen wurde. Kein Wunder, daß je mehr die flämischen Dialekte zur Sprache der Bauern wurden, desto mehr zum Französischen alle Belgier griffen, die über das bürgerliche oder kleinstädtische Dasein hinaus wollten.

Während im dreizehnten Jahrhundert die Flämen für Deutschland in der Kultur und Literatur tonangebend waren und »Vlaeminc« einen »selngeblühten Mann bezeichnete, gabte es seine Bedeutung, nachdem Adel und Patriziatum in Flan-

tern frangifiziert waren und nur noch der Bauer und Kleinstürtzer flämisch redete. (Man beachte die »Vlaeminc« sogar in Flandern selbst soviel wie Bauer oder Bügel, und als solcher war er eine stehende Figur in den Schauspielen bis ins neunzehnte Jahrhundert. (F. J. Olsse, *Die Flämen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volksbrauch*. Artikeldrucke der Universität Münster, Heft 15/16. Münster 1915, S. 7.)

Als Belgien holländisch wurde, setzte das neue Regime an die Stelle des französischen die niederländische Schriftsprache als StaatsSprache. Diese beeinflußte aber sogar die Flämen selbst vielleicht als fremde Sprache, da sie in ihrer Unwissenheit mit ihre provinzialen Mundarten kamen. Das Französische hatte dagegen so selle Wurzeln auch in den flämischen Provinzen gezeigt, daß das holländische Regime dem Rechnung tragen mußte.

Die offiziellen Dokumente wurden in den wallonischen Provinzen französisch, in den flämischen holländisch und französisch abgefaßt. Im Jahre 1822 führte die Regierung das Holländische als Gerichtssprache für die flämischen Teile ein, stieß aber dabei auf den erbitterten Widerstand der Advoquaten, die auch in jenen Gebieten französisch sprachen. Sie erreichten schließlich, daß ihnen gestattet wurde, französisch zu plädieren, wenn ihre Klienten damit einverstanden waren.

Nach der Trennung von Holland wurde das Französische wieder vollständig die Sprache der Behörden, der Armee, der Gerichte, der höheren Schulen. Allerdings stand nach dem Gesetz jedermann der Gebrauch des Flämischen frei. Aber was nutzte es ihm, wenn die Offizielle, die Richter, die Behörden ihn nicht verstanden und ihm französisch antworteten, alle offiziellen Dokumente französisch lauteten?

Wie kein Zustand konnten die Flämen nur ertragen, solange sie in ihrer Nachständigkeit keinen Anteil am Staatsleben nahmen. Aber so sehr auch ihr Unterdrückt vernachlässigt war, so wenig ihre Dörfer und kleinen Städte von der industriellen Umwälzung berührt wurden, die hauptsächlich den wallonischen Teil und die französischeren Städte traf, sie blieben doch vom modernen Verkehr und von dem Drang nach Volksbildung nicht völlig unberührt, und mit deren Vordringen erwacht auch das Interesse am Staatsleben, an der modernen Demokratie. Seit den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebt nicht nur eine belletristische, sondern auch eine politische Literatur in flämischer Sprache, und rasch erstarke eine Bewegung für die Gleichberechtigung der flämischen Sprache im Staate. Ursprünglich war sie radikal demokratisch, aber bald erkannten die Klerikalen, wie werthvoll ihnen diese wesentlich bürgerlich-bäuerlich-patriotische Bewegung werden könnte, die ihre Kraft aus der Verherrlichung der Vergangenheit zu ziehen suchte, und sie bemächtigten sich ihrer.

Die Wandlung des Vorkämpfers der flämischen Bewegung, Conscience, begann diesen Vorgang in anschaulicher Weise.

Im Jahre 1837 schrieb H. Conscience seinen Roman: »Im Wunderjahr 1793«, den ersten großen Roman, der eine neue flämische Literatur nach einem Stillstand von mehr als zweihundert Jahren einleitete.... In leidenschaftlicher Sprache schlägt er den Freiheitskampf gegen spanische Herrschaft und österreichisch-katholische Inquisition und erweckt zuerst in seinem Buche das Gefühl von Stolz auf die Taten früherer Geschlechter.« (P. Olsse, »Der Nationalitätskampf der Flämen und Wallonen«, Preußische Jahrbücher, Mai 1911, S. 223.)

Aber man begründet nicht angestrafte eine demokratische Bewegung auf dem Sehnen nach einer großen Vergangenheit statt auf dem nach einer größeren Zukunft.

Seine Schwärmerei für das Mittelalter machte Conscience tief für die katholische Sache:

Die klerikale Partei sah sich durch die neue flämische Bewegung in ihrem eigenen Lager bedroht. Mit großem Geschick wußte sie sich an die Spitze dieser Bewegung zu bringen, um sie in ihrem Sinne zu lenken, die liberalen Regelungen im Flämenlande zu unterdrücken und doch zugleich die ganze Bewegung als Kampfmittel gegenüber der herrschenden wallonischen Rasse zu haben. Die Zahl der Anhänger der neuen flämischen Bewegung war noch nicht groß. Glücklich es, die Führer zu gewinnen, so war das Ziel erreicht. Und tatsächlich gelang es, Conscience in den Schoß der klerikalischen Partei zurückzuföhren, so daß er in der zweiten Auflage seines Romans „Im Wunderjahr 1566“ alle Stellen ausmerzte, die sich gegen die Inquisition und die Herrschaft der römischen Kirche gerichtet hatten. In dieser Form ist der Roman dann fast in alle europäischen Sprachen übersetzt worden. Andere Werke von sich stellte Conscience direkt unter die geistliche Zensur. (Öhwald, a. a. O., S. 224.)

Dafür widerfuhr ihm die Ehre, daß es der Fürstbischof von Breslau selbst war, der 1846 seinen kastrierten Roman ins Deutsche übersetzte, daß ihm ein preußischer, ein bayerischer, ein holländischer Orden zuteil wurden.

Das verlor dem Dichter frischen Mut und dem flämischen Volke Selbstbewußtsein. (Jostes, a. a. O., S. 12.)

Auf solche Grundlagen wurde bald die flämische Bewegung gestellt. Sie entwickelte sich zur Hauptstufe des klerikalischen Kampfes gegen den Liberalismus, der den Flämen direkt als »die Partei Frankreichs« denunziert wurde. Dabei blieb jedoch die flämische Bewegung ein Ausdruck demokratischer Bedürfnisse politisch ansstrebender Volksmassen, ein Ausdruck von Bedürfnissen, die mit der Entwicklung des Kapitalismus und seines Verkehrs unauflöslich wuchsen, aber auch an Kraft zunahmen. So vermochte der Klerikalismus Belgien, ganz im Gegensatz zu dem Frankreichs, durch seine Bevölkerung des Flämentums zugleich mit diesem zu erstarcken. Beide haben sich gegenseitig gehoben. Die letzten Jahrzehnte sind für Belgien eine Zeit dauernder Herrschaft des Klerikalismus, aber auch wachsender Gleichberechtigung der flämischen Sprache.

In der Zeit von 1830 bis 1846 finden wir in Belgien 15 Jahre lang liberal-klerikale Koalitionsministerien und 1840 ein liberales Ministerium. Von 1846 bis 1884 treten dort drei klerikale Ministerien auf, die zusammen 11 Jahre im Amt sind, und drei liberale, die sich zusammen 27 Jahre lang behaupten. Da überwiegen also die Liberalen. Seitdem finden wir dagegen ein ununterbrochenes klerikales Regime.

In den wallonischen Gebieten wurde der Liberalismus zurückgedrängt durch die Sozialdemokratie, die gleich jenem in den Französisch sprechenden Teilen der Bevölkerung ihren Schwerpunkt findet. In der Sozialdemokratie erstand über dem Streben der Flämen nach Gleichberechtigung ihrer Sprache ein neuer Helfer, da die internationalen und demokratischen Grundsätze des Sozialismus von vornherein diese Gleichberechtigung ertheilschen.

So machte die flämische Sache ununterbrochene Fortschritte. Das erste Sprachengesetz wurde 1873 erlassen. Es läßt für die flämischen Provinzen

das Flämische als Gerichtssprache in dem Halle zu, daß bei Angeklagten kein Französisch versteht. Unaufhaltsam folgten weitere Maßnahmen der Gleichberechtigung in den Akten und in der Armee. Im Jahre 1883 kam das erste Gesetz, das eine Doppelsprachigkeit für ganz Belgien festsetzt. Alle Gesetze und Verordnungen müssen seitdem französisch und niederländisch erscheinen. Noch unmittelbar vor dem Kriege, 1913, wurde ein Sprachengesetz angenommen, das für alle Öffentlichre und Unterrichtslere in der Armee die Kenntnis der beiden Landessprachen obligatorisch macht.

Nicht so rasch wie in der Gesetzgebung sind die Maßnahmen der Gleichberechtigung in der Verwaltung. Aber auch hier unverkennbar.

Wohl haben bei alledein die Flämen noch nicht die völlige Gleichheit erlangt. So sind sie zum Beispiel im Schulwesen noch benachteiligt. Im Jahre 1913 besaß Belgien 7500 Elementarschulen — staatliche, kommunale, freie. In 4224 von ihnen ist das Französische, in 3261 das Flämische. In dem Rest das Hochdeutsche Unterrichtssprache. Als zweite Sprache wird das Französische in 2985 Schulen getrieben, in 472 das Flämische. (Jostes, u. a. O., S. 36.)

Darin liegt sicher eine starke Benachteiligung der Flämen, die die Mehrheit im Lande ausmachen, aber man würde sehr irren, wollte man durch ein Reichen staatlicher Vergewaltigung sehen.

Im Reichstag hat sich schon Haase in der Sitzung vom 30. März 1917 darüber geäußert. Er sagte:

Auch andere Handlungen der Regierung aus letzter Zeit haben uns nicht dem Frieden nähergebracht, sondern haben die auswärtige Situation verschärft. So war der Admiral Tirpitz, der in einem Neujahrsgruß an den Direktor Otto Hünfeld in Koblenz schrieb: für 1917 sei Flandern das Losungswort. Auch dieses Losungswort des Herrn Tirpitz ist zur Parole des Reichskanzlers geworden. Der Rat der Flämen ist von ihm empfangen worden. Der Rat der Flämen — eine mehrheitliche Gesellschaft — ohne jedes Ansehen im eigenen Lande und wahrscheinlich schon verpreßt, bevor der Krieg zu Ende ist.

Man spricht so viel davon, daß wir die Flämen, die unterdrückte Nation, befreien müßten. Ist denn das wahr? (Zurr!) Ja, Herr Kollege, widerlegen Sie mich. Wie liegen denn die Verhältnisse? Waren nicht die Flämen im belgischen Parlament in der Mehrheit? Und sollte die flämische Mehrheit im Parlament die Unterdrückung der eigenen Stammeangehörigen beschlossen haben? Wer glaubt denn das? Die Gleichberechtigung beider Sprachen gall auf allen Gebieten, und wenn die Flämen noch nicht die Universitäten haben, die sie jederzeit haben könnten, so aus einem sehr einfachen Grunde, nämlich deshalb nicht, weil die flämische Minderheit von jeher Französisch sprach und gar kein Interesse nach einer flämischen Universität bekundete.

Erst als die Intelligenz im flämischen Volke sich regte, also Sprachlinge auf dem flämischen Bauerndorf in die Intelligenz verpflanzt wurden, wurde die Förderung nach einer Universität laut, und sie stand kurz vor Kriegsausbruch vor ihrer Verwirklichung.

Meine Herren, wir gerade sollten berufen sein, unterdrückte Nationen zu befreien! Man sang mit der Befreiung doch zunächst im eigenen Hause an. Meint Sie das, was Sie den Flämen versprechen, ja nur das, was die Flämen ihnen längst hatten, den Polen, den Dänen, den Elsäß-Lothringern geben würden, deren Blauen waren mit einem Schlag befreit.

Dies Hauses Aufführungen. Dem wurde entgegnet, daß wohl eine flämische Mehrheit im belgischen Parlament reich wahlkreisgewählt ist;

gerechnet werden« können, daß aber »Begriffe wie flämische Mehrheit oder wallonische Mehrheit im belgischen Parlament überhaupt keine Begriffe sind, weil die Nationalitätsfragen den parteipolitischen Programmen bis jetzt immer untergeordnet waren«.

Das heißtt aber doch nichts anderes, als daß den Flämen selbst ihre nationalen Schmerzen blöher weniger wichtig erscheinen als die allgemeine Politik, sonst würden sie sie doch dieser nicht unterordnen. Diese Bemerkung widerlegt nicht Haases Ausführungen, sie bekräftigt sie.

Wir haben im belgischen Parlament die Tatsache zu verzeichnen, daß es dort trotz vorherrnender nationaler Kämpfe keine nationalen Parteien gibt. Die wallonischen und flämischen Klerikalen bilden zusammen eine Partei, ebenso wie die wallonischen und flämischen Liberalen, von den Sozialisten nicht zu reden. Man ist dort nicht zu den unglückseligen Zuständen gelangt, wie sie zum Beispiel in Böhmen zu finden sind, wo nicht bloß deutsche und tschechische Liberalen, deutsche und tschechische Agrarier einander unversöhnlich gegenüberstehen, sondern auch die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten gesonderte und miteinander sogar gegenseitige Parteien bilden.

Woher sollte denn die staatliche Unterdrückung der Flämen kommen? Wären sie doch die Mehrheit im Lande, liefern sie doch tatsächlich die Mehrzahl der Wähler. Und sie sind nicht bloß die Mehrheit, sie werden noch immer zahlreicher, dank ihrer größeren Fruchtbarkeit. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vermehrten sich allerdings noch die Wallonen rascher als die Flämen. J. C. Horn gibt in seinen »Bevölkerungswissenschaftlichen Studien aus Belgien« (Leipzig 1854) für 1846 noch die Zahl der Geburten auf je 1000 Einwohner in den flämischen Provinzen auf 30, in den wallonischen auf 31, in den wallonisch-flämischen allerdings auf 33, für den ganzen Staat auf 31 an. Aber seitdem hat wie im benachbarten Frankreich, so auch im benachbarten Belgien der »Geburtenstreik« eingesetzt. Die relative Zahl der Geburten erreichte ihren Höhepunkt im Jahrzehnt 1861 bis 1870 mit 31,6 pro 1000 Einwohner. Seitdem nimmt sie rapid ab. Sie betrug 1866 32,7, 1880 31,1, 1900 29,0, 1910 28,7, 1911 22,9, 1912 22,6. Dieser Rückgang ist jedoch keineswegs ein gleichmäßiger im ganzen Lande.

»Der wallonische Teil hat dieses französische Beispiel viel weitgehend nachgeahmt als der flämische.« (Oswald, Belgien, S. 27.)

So nimmt die Zahl der Flämen jetzt rascher zu als die der Wallonen. Es sprachen in Belgien:

	Nur Flämisch	Nur Französisch	Flämischer Überdruß
1900	2.822.000	2.575.000	247.000
1910	3.221.000	2.833.000	888.000
Zunahme	399.000	258.000	

In Prozentzahlen der Gesamtbevölkerung (ohne die Kinder, die noch nicht sprechen können):²

	Nur Flämisch	Nur Französisch
1900	44,5 Proz.	40,6 Proz.
1910	45,4 .	39,9 .

² In den Zählungen vor 1900 wurden diese Kinder zur der Sprachgruppe gezählt, zu der der Haushalt gehörte, in dem sie lebten. Seit 1900 werden sie gesondert ausgeführt. Daher sind die früheren Zahlen mit den späteren nicht vergleichbar.

Am Wichtigkeit ist der Überschuß der Flämen noch größer. Man zählte 1910 neben den hier angegebenen noch 871.800 Belgier, die Flämisch und Französisch, 8708, die Flämisch und Deutsch, und 52.500, die alle drei Sprachen zu sprechen vermochten. Man darf sie überwältigend den Flämen zuschreiben.

Von der doppelsprachigen Bevölkerung wohnen sechs Siebenel in den flämischen Provinzen und nur ein Siebentel im wallonischen Gebiet... Die Wallonen lernen nur in ganz seltenen Fällen die Sprache des anderen Landesteils. (Oswald, Belgien, S. 15.)

Es ist anzunehmen, daß heute von den mehr als 7 Millionen der Bevölkerung (ohne die Kinder unter zwei Jahren) über 4 Millionen Flämen und 3 Millionen Wallone sind.

Je demokratischer Belgien wird, desto mehr haben die Flämen den Staat in der Hand. Und sie sollten uns als niedergedrückte Opfer des »wallonischen Imperialismus«, wie man sich ausdrückte, aufs Kießle er schüttern?

Wenn die Flämen im Schnlwezen noch nicht so weit sind, wie viele von ihnen es wünschen, so verdanken sie es weit weniger der Unterdrückung durch »französisch-wallonischen Imperialismus« als Kräften, die aus ihren eigenen Reihen stammen.

Sie bilden die kräftigste Stütze des Klerikalismus, der kein Interesse daran hat, seine getreuesten Schäflein durch Verbreitung von Schulbildung mit dem Oft des modernen Wissens zu infizieren.

Im Februar 1914, unmittelbar vor dem Kriege, wurde ein Gesetz angenommen, das zum ersten Male für Belgien die allgemeine Schulpflicht festsetzte. Der Antrag, in den flämischen Provinzen das Flämische als Unterrichtssprache obligatorisch zu machen, wurde mit 114 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Unter den 56 befanden sich 7 Wallonen, unter den 114 nicht weniger als 42 flämische Klerikale (P. Oswald, Der Nationalitätenkampf der Flämen, S. 230).

Es waren also Flämen selbst, die jene Bestimmung zu Fall brachten.

Nochmehr wird in Belgien die französische Sprache unter allen Umständen ein gewisses Übergewicht bewahren, auch wenn in staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung beide Sprachen völlig gleichgestellt sind. Die französische Sprache als alte Weltssprache erschließt eben einen viel gewaltigeren Kulturrinhalt und ein viel ausgedehnteres Verkehrsgebiet als das flämische Provinzialidiotum.

Deshalb wenden sich viele Flämen dem Gebrauch des Französischen zu, die sogenannten »Transkiljons«, Französlinge, und ihnen, nicht einer staatlichen Unterdrückung gilt vor allem der Kampf der flämischen Nationalisten, der »Flaminganten«. Er ist insofern ein Kampf innerhalb des Flämentums.

Als der hervorragendste der »Transkiljons« erscheint der Fläme Maeterlinck, der nur Französisch spricht und schreibt. Im Pariser »Figaro« äußerte er über die Flaminganten:

Die Partei der Flaminganten setzt sich zusammen aus einer Handvoll Agitatoren, denen ihre niedere Herkunft von Bauern und ein unvollständiger Unterricht die Möglichkeit gewonnen hat, Französisch zu lernen. Ihre Unwissenheit hat sich so hoch vermehrt, und während sie eine Sprache verabscheuen, bei deren mißlichem oder schätzlichem Gebrauch sie sich lächerlich machen, haben sie aus verschiedenen Volksdialektien eine Art lästiglichen Jargon geschaffen, gespreizt, verschroben,

obne Entwicklungsfähigkeit, der nicht einmal von ihnen verstanden wird, benennt sie ihn als Muttersprache auszuhalten, und den die wirklichen flämischen Dichter — es gibt deren einige — und die Holländer mit besehndem Spott überschämt. „... Bejubelt werden sie vom flämischen Klerus, dem unwissendsten der Welt. Dank dem unverstandlichen Kauderwelsch, das er aufreißt, hält er mehr als zweit Millionen Bauern unter seiner Herrschaft, zu denen kein Lichtstrahl von außenwärts zu dringen vermag.“

Das ist reichlich grob, sicher auch nicht gerecht. Über die Qualitäten der flämischen Sprache vermag ich freilich kein Urteil zu fällen. Aber wie falsch oder doch übertrieben Maeterlinck über das Flämische als Kunstmittel urteilen mag, daß die Beschränkung auf das Flämische den Geist beeinträchtigen Flaminganten selbst zu.

Jostes gärt eine Schilderung der Sprachverhältnisse Flanderns aus der Feder eines hervorragenden Flaminganten, des Dr. Hugo Verriest. Wir entnehmen ihr folgendes Geständnis:

„Unser ganzes höheres Leben ist französisch! Ich bin beschämt, wenn ich mich selbst preise, und ich sage dann leise: ich sollte am besten schweigen, denn ich bin auch ein halber Franzose.... Und ihr seid halbe Franzosen. Unsere Wissenschaft und Gelehrsamkeit ist französisch, unsere Kunst war französisch; unser Aufstand und unsere Höflichkeit ist französisch, das öffentliche Leben ist französisch, das eure, das meine, das unsrige.... Unsere Wissenschaft und unsere Gelehrsamkeit ist französisch. Darin und darüber denken wir französisch, sprechen wir französisch und müssen wir flämisch nicht sprechen können. Das wissenschaftliche flämische Wort liegt nicht in unserem Kopfe, es erwacht nicht auf Zunge und Lippen. Es ist bei uns nicht vorhanden. — Französisch!“

Ja, ich weiß noch so gut, wie ich Wasser und Blut schwitze, da ich als Professor der Poetie in meiner ersten flämischen Unterrichtsstunde in flämischer Sprache ging! Das ist allerdings jetzt anders geworden, und das Flämische fleht und plätschert viel seher von den Lippen als das Französische, aber nur in diesem Grade. Nicht in der Mathematik, nicht in der Medizin, nicht in der Naturwissenschaft, nicht in hundert anderen Dingen. Sie liegen in meinem Kopfe auf französisch in der Ecke. (Jostes, a. a. O., S. 30, 31.)

Also auch für den Flaminganten ist das Französische unerlässlich, wenn er sich nicht auf die Gegebenstände des Alltags beschränken will.

Und das gilt nicht bloß für die Wissenschaft. Jostes, selbst ein begeisterter Verfechter der flämischen Sprache, sagt von ihrer Presse:

Die flämischen Zeitungen sind zahlreich: von 1860 bis 1880 war die Zahl von 80 auf 200 gestiegen und seitdem entsprechend weiter, aber sie sind im ganzen minderwertig, und mit wenigen Ausnahmen sind die politischen Zeitungen sogenannte Kädesblätter. (A. a. O., S. 49.)

Dengegenüber stützten sich die französischen Blätter Belgien auf die große Pariser Presse, die auch direkt rasch dort eindrang. Diese Konkurrenz war für die flämische Presse sicher sehr unangenehm. Aber eine Methode staatlicher Unterdrückung bedeutete sie keineswegs.

Der Kampf der Flaminganten selbst ist zwiespältiger Natur, halb fortschrittlich, halb reaktionär. Auf der einen Seite bedeutet er eine Bewegung zur kulturellen Hebung der arbeitenden Massen des flämischen Volkes, die in ihren elenden sozialen Verhältnissen nicht die Möglichkeit besitzen, zur Überzeugung einer jungen Sprache zu gelangen. Der Flamingantismus strebt danach, die Muttersprache der Massen, die einzige Sprache, die sie

vorstellen, zu einem tauglichen Werkzeug der Vermittlung höherer Kultur zu gestalten, die Literatur, die Schulen dieser Sprache zu vermehrern und zu vervollkommen. Das ist die demokratische, dem Internationalen Sozialisten sympathische Seite des Flamingantentums. Aber auf der anderen Seite findet es flämische Elemente, denen die Möglichkeit geboten ist, sich einer jungen Sprache zu beindulgen, die einen unendlich weiteren Geschichtsraum, einen unendlich größeren Kulturrubel vermittelt als die flämische, daran zu hindern, diese Sprache zu ihrer Verkehrssprache zu machen. Es brandmarkt den »Frankisismus« als Verräter an seinem Volke. Es predigt die nationale Abschließung der Flamen, fördert provinzialen Partikularismus und bauerliche Vorurtheile. Insosfern wirkt es reaktionär, hemmt es die Ausschwung der heute flämisch sprechenden Massen. Diese Seite des Flamingantentums entspringt nicht aus den Bedürfnissen der arbeitenden Massen des flämischen Volkes, sondern bloß aus denen seiner Intellektuellen, unheimlich selber Schulfmeister und Journalisten, aller Jener, die in dem flämisch sprechenden Teil der Bevölkerung den Absatzmarkt für ihre Arbeiten und deren Ergebnisse suchen. Es ist eine Bewegung zum »Schutz der nationalen Arbeit«, ähnlichen Motiven entspringend wie die Schnizzollbewegung der Fabrikarbeiter. Diese Seite muß die internationale Sozialdemokratie im Flamingantentum wie in jeder anderen nationalen Bewegung ablehnen.

Die Gegensätze zwischen Frankisismus und Flaminganten, zwischen Flamen und Wallonen haben zeitweise starke Reibungen hervorgerufen, aber bei alledem haben sich die Flamen nie als Nation gebildet, die der Befreiung von ihnen bedarf. Staatlich sind sie in keiner Weise unterdrückt, beherrscht doch in Belgien das Parlament den Staat und bilden sie wie in der Bevölkerung so im Parlament die Mehrheit. Dem flämischen Übergewicht an Zahl nicht freilich auf wallonischer Seite das Übergewicht höherer industrieller Entwicklung und das Übergewicht einer Weis sprache gegenüber einem Provinzialstaat entgegen. So halten sich die beiden Sprachgemeinschaften nahezu die Waage. Man kann auf keinen Fall von einer flämischen Irredenta, einer im Staate rechlosen Minderheit sprechen.

8. Die belgische Neutralität.

Wir haben gesehen, wie eigenartig sich in Belgien das Nationalitätenproblem und damit die innere Politik gestaltet.

Nicht minder eigenartig wurde seine äußere Politik durch seine dauernde, permanenten Neutralisierung bestimmt.

So tapfer die belgischen Proletarier 1830 gekämpft hatten, sie wären nicht in stande gewesen, die Unabhängigkeit ihres kleinen Fürstentums zu behaupten ohne Hilfe von außen. Die Österreicher, Preußen, Österreich, Russland standen der Revolution feindselig gegenüber. Hilfe kam zunächst von Frankreich. Die Macht des neugebürgten Königs Louis Philippe war noch zu abhängig von den revolutionären Schichten, als daß er es hätte wagen können, eine Revolution an der Grenze Frankreichs widerstandslos niederzuschlagen zu lassen. Er ließ die Polen in Stich, die sich noch im gleichen Jahre für ihre Unabhängigkeit erhoben. Über die Belgier standen den Franzosen zu Höhe.

Vor unter Louis Philippe noch einen anderen Grund, für die Belgier einzutreten. Es war nicht lange her, daß Belgien französisch gewesen. Er hoffte, die Unruhen würden es abermals Frankreich zuführen. Eine starke Partei unter den Belgieren war dazu geneigt, den Aufschluß direkt oder wenigstens indirekt zu vollziehen durch Erwählung des Herzogs von Nemours, des Sohnes Louis Phillips, zu ihrem König. Bei der Königswahl im Kongreß erhielt er die meisten Stimmen, 97. Weitere 74 fielen auf den Herzog von Leuchtenberg, der als Sohn des Eugen Beauharnois, des Stiefsohns Napoleons, ebenfalls französischer Abstammung war. Endlich erhielt der österreichische Erzherzog Karl 21 Stimmen.

Doch durfte Louis Philippe nicht wagen, für sich oder seinen Sohn die Hand nach dem belgischen Besitz auszustrecken, denn ihm stand England entgegen, das nach wie vor eifersüchtig darüber wachte, daß keine große Landsmacht, die England gefährlich werden könnte, sich Belgiens bemächtige. Palmerston drohte mit Krieg, wenn der Herzog von Nemours die Wahl annahm. Dieser mußte auf die Krone verzichten.

Es war vor allem Englands Werk, daß Belgien ein selbständiger Staat wurde unter einem König, der aus keiner der großen Dynastien stammte, unter Leopold von Coburg. Preußen war dabei auf Seite Englands gestanden.

Wie aber die Selbständigkeit des kleinen Staates für die Zukunft sichern? Es war ein Preuße, der hierfür die Lösung vorschlug:

Preußens Vertreter in London v. Bülow war es, der die Lösung der Frage, wie die Selbständigkeit Belgiens sich mit den allgemeinen Interessen vereinigen lasse, durch den Vorschlag fand, daraus einen neutralen Staat gleich der Schweiz zu machen. Dadurch wurde ein Erfolg für das ehemalige Barrieresystem geschaffen. (Blache, Das Zeitalter der Restauration und Revolution, Berlin 1883, S. 284.)

Die »Höfe von Großbritannien, Österreich, Frankreich, Preußen und Russland« garantierten in dem Vertrag vom 15. November 1831 dem König der Belgier die »ständige (perpetuelle) Neutralität sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebiets« (Artikel IX).

Der Vertrag wurde erneuert und bekräftigt im Jahre 1839, als Holland die Unabhängigkeit Belgiens anerkannte.

Die Eigenart dieser Neutralität besteht einmal darin, daß sie eine dauernde, keine gelegentliche ist. Jeder Staat kann bei einem Konflikt zwischen anderen Mächten sich neutral erklären, das schließt nicht aus, daß er bei einer anderen Gelegenheit oder auch später in denselben Konflikt Partei ergreift. So waren Amerika und Rumänien im jehigen Weltkrieg eine Zeitlang neutral, dann griffen sie in ihn ein. Griechenland, das diesmal neutral blieb, hatte kurz vorher an einem Angriffskrieg gegen die Türkei teilgenommen. Belgien dagegen wurde eine dauernde Neutralität auferlegt und garantiert.

In dem Auferlegen und Garantierten liegt die zweite Eigenart der belgischen Neutralität. Die gewöhnliche Neutralität eines Staates ist eine freiwillige und von keiner Macht gewährleistete. Es steht in seinem Belieben, soweit die Machtverhältnisse es ihm gestatten, in einem Konflikt neutral zu bleiben oder Partei zu ergreifen, und keine andere Macht besitzt einen Rechtsanspruch darauf, daß er neutral bleibt. Keine andere Macht gewährleistet aber auch einem solchen Staat von Rechts wegen unter allen Um-

ständen die Sicherung, ja den Erhalt seiner Neutralität. Sie ist bei belgischen Neutralität bagegen verpflichtete Mächte zur strengsten Neutralität in jedem Kriege, verpflichtete dabei die Garantimächte, die Neutralität zu achten, gab jeder von ihnen das Recht, sie zu schützen.

So eigenartig die belgische Neutralität erschien, sie hatte ihren Vorgänger. Wir haben schon auf ihn hingewiesen: die Schweiz, die bereits 1815 auf dem Wiener Kongreß in ähnlicher Weise neutralisiert worden war. Hier wie dort ergab sich der Zweck des Abkommen aus der eigenartigen geographischen Lage des Landes; ein kleines Durchgangsland, zwischen Großmächten gelegen, drohte es für die Welt eine standige Kriegssursache zu werden. Es selbst aber stand in steter Gefahr, im Falle eines Kriegsausbruchs den Schauplatz der Schlachten in einem Kriege zu bilden, der nicht um seine Interessen willen geführt würde. Die »ewige« Neutralität und ihre Garantierung durch die Großmächte entsprach ebenso sehr den Interessen Belgiens wie denen des Weltfriedens. Sie war die zweckmäßige Ergänzung der Anerkennung des neuen Staates durch die Mächte.

Besaß aber diese Garantierung eine innere Kraft? Versprach sie, einen ernsthaften Konflikt zu überdauern?

Dieser Garantievertrag ist jüngst ein wertloser Fehen Papier genannt worden. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so scharf hat sich Friedrich Engels schon 1859 ausgesprochen. Er meinte, »die gesellschaftliche Praxis muß es noch beweisen, daß diese Neutralität bei einem europäischen Kriege mehr ist als ein Blatt Papier.« (Po und Rhein, neu herausgegeben von Ed. Bernstein, Stuttgart 1915, Dic., S. 43.) Engels hatte überhaupt wenig Vertrauen zu den Versprechungen bürgerlicher Regierungen.

Indessen beruhete die Garantie der belgischen Neutralität nicht bloß auf der Vertragstreue der fünf großen »Höfe« von Europa. Sie beruhete auf derselben Macht, die anfangs des achtzehnten Jahrhunderts den Barrierevertrag ins Leben gerufen hatte, auf der Macht Englands. Nach den Traditionen der auswärtigen Politik Englands in der belgischen Frage hätte jeder Staat, der die belgische Neutralität verletzte, den Krieg mit England zu erwarten. Und da das die Staatsmänner Europas wußten, blieb jene Neutralität fast ein Jahrhundert lang unverletzt.

Bismarck legte dieser englischen Garantie großen Wert bei. Im Jahre 1867 wäre er wegen Luxemburgs fast zum Konflikt mit Napoleon gekommen. Der König von Holland, gleichzeitig Großherzog von Luxemburg, hatte dies Ländchen an Napoleon verkauft. Dagegen erhob Bismarck eifrig Einspruch, eigentlich, rein juristisch betrachtet, ungerechtfertigterweise. Er erzählte 1871 darüber:

Ich habe es öfterslich nie zugegeben, hier aber kann ich's sagen: nach der Auflösung des Deutschen Bundes war der Großherzog souverän geworden und konnte mit dem Lande machen, was er wollte. Dass er's für Geld abtreten wollte, war eine Gemeinheit, aber abtreten konnte er's an Frankreich. Und mit unserem Besitzungsrecht stand's auch schlecht.... Das sagte ich auch im Ministrat, und ich hatte dann noch einen anderen Gedanken: ich wollte es Belgien geben. Da hätten wir es mit einem Lande verbunden, für dessen Neutralität England, wie man damals denken konnte, eingetreten sein würde. Und dann hätte man damit das deutsche Element dort gegen die Transvaillors gestärkt und zugleich eine gute Grenze gewonnen. Ich fand damit keinen Anklang. (M. Busch, Tagebüchlein, Leipzig 1899, II, S. 86.)

Bismarck sah also in der Beschützung der belgischen Neutralität durch England eine besondere Empfehlung, die er durch Vergrößerung Belgiens mit dem Gebiet Luxemburgs belohnen wollte.

So sprach sich Bismarck am 25. Januar 1871 aus. Noch stärker hatte er selber schon, gleich bei Ausbruch des Krieges, die Wichtigkeit der Beschützung der belgischen Neutralität durch England betont. Er war verdrücklich darüber, daß die Engländer nicht sofort, ehe noch die kriegerischen Operationen zwischen Deutschland und Frankreich begonnen hätten, Maßregeln zu diesem Zwecke trafen. Busch berichtet vom 21. Juli 1870:

Abends zum Minister (Bismarck) zitiert. Er zeigte mir einen Ausschnitt aus der »Nationalzeitung« und bemerkte: »Hier sagen sie, die Engländer würden einen französischen Angriff auf Belgien nicht dulden. Gut, aber was hilft es den Belgern, wenn man wartet mit seinem Schutz und seiner Unterstützung? Wenn — was Gott verhüte! — Deutschland erst geschlagen wäre, würden die Engländer den Belgern gar nichts nützen können, sondern froh sein müssen, wenn sie selbst in London sicher blieben.« (Busch, *Lageberichter*, I, S. 47.)

Tags darauf sandte Bismarck dem belgischen Gesandten in Berlin Baron Nolhomb einen Brief, in dem es hieß:

Ich beehe mich, Ihnen schriftlich die Erklärung zu geben, die freilich angesichts der Verträge überflüssig ist, daß der Norddeutsche Bund und seine Verbündeten die belgische Neutralität achten werden, solange sie von dem anderen kriegerischen Teil geachtet wird.

Gleichzeitig trat England auf den Plan als der herkömmliche besondere Beschützer der belgischen Neutralität. Die Versicherung Bismarcks wie eine gleichartige Napoleons genügten ihm nicht. Es verlangte von dem einen wie von dem anderen die ausdrückliche Zustimmung zu einem Vertrag, in dem nicht nur Frankreich wie Preußen sich verpflichteten, die belgische Neutralität zu achten, was schon durch die Verträge von 1831 und 1839 gegeben war, sondern auch England sich verpflichtete, gegen jeden die Waffen zu ergreifen, der diese Neutralität verletzte. Beide Verträge, der mit Preußen wie der mit Frankreich, wurden am 9. August 1870 in London abgeschlossen. Artikel I lautete:

Nachdem Seine Majestät der König von Preußen erklärt hat, es sei sein fester Entschluß, trotz der Feindseligkeiten, die zwischen dem Norddeutschen Bund und Frankreich ausgebrochen sind, die Neutralität Belgiens so lange zu respektieren, als sie von Frankreich respektiert wird, erklärt Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland ihrerseits, daß, wenn während dieser Feindseligkeiten die Armeen Frankreichs jene Neutralität verletzen sollten, sie bereit ist, mit Seiner Preußischen Majestät zu ihrer Verteidigung nach gegenseitiger Verständigung zusammenzuwirken, indem sie zu diesem Zwecke ihre See- und Landstreitkräfte in Anwendung bringt, um die Beachtung der Neutralität zu sichern und im Verein mit Seiner Preußischen Majestät jetzt und später die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens aufrechtzuhalten.

Der Vertrag mit Frankreich war gleichlautend, nur der König von Preußen war durch den Kaiser der Franzosen und umgekehrt Preußen durch Frankreich ersetzt. Diese Verträge waren nicht bloße Fehen Papier, sondern übten ihre Wirkung. Ein beredter Advolat der deutschen Sache in Amerika, Herr Fuhr, schreibt:

Es ist eine geschieblliche Tatsache, daß beide Verträge Englands Ziel, die Männer der Franzosen wie der Deutschen von Belgien fernzuhalten, vollständig

erreichten. Denn die französische Armee des Generals Mac Mahon wurde im September 1870 hart an die französisch-belgische Grenze gedrängt, und das Betreten belgischen Gebiets hätte sicher ihre Lage erheblich verschärft. Da jedoch nach der Fassung der genannten Verträge diese Operation des französischen Feldherrn automatisch England als einen zweiten furchtbaren Feind Frankreichs ins Feld gerufen hätte, zog es Mac Mahon vor, mit seiner Armee in Sedan zu kapitulieren. (M. Fuhr, *The neutrality of Belgium, New York 1915*, S. 68. Vom belgischen Standpunkt behandelt diese Frage unter anderem Ch. de Vischer, *La Belgique et les Juristes Allemands*, Lausanne 1916.)

Nach 1870 erhieß die Frage der belgischen Neutralität in mancher Beziehung für England ein anderes Gesicht — und für Frankreich auch.

Dessen Lage gegenüber Belgien war schon durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815 erheblich geändert worden. Preußen hatte damals im Austausch gegen seinen früheren polnischen Besitz, den sich Russland aneignete, nicht Sachsen bekommen, wie es wünschte. Das verhinderte Österreich, das kein starkes Preußen an seiner böhmischen Grenze haben wollte. Dafür wurde ihm das Rheinland gegeben.

Die Art der damaligen Landzuweisungen an Preußen bezeichnet gut die damalige Art des »Verständigungsfriedens« und was bei einer Verständigung herauskommt, die bloß eine Verständigung der Regierungen darstellt ohne Selbstbestimmung der Völker.

Das Preußen abgenommene Stück Polen enthielt 3 400.000 Menschen. Dafür war man ihm eine gleich große Summe Menschen anderswo schuldig. Die wurde auf folgende Weise zusammengebracht. Man gab Preußen Polen (800 000 Menschen), ein Stück des Königreichs Sachsen (780 000), Westfalen (830 000) und das linke Rheinland (1 000 000). (Selgnobos, *Politische Geschichte des modernen Europa*, S. 4.)

Man sieht, welch peinliche Ehrlichkeit bei diesem Menschenhandel beobachtet wurde. Trotzdem war Preußen nicht zufrieden. Denn die Rheinlande waren durch Gebiete anderer deutscher Staaten vom Hauptheimat preußischen Staates abgeschnitten, und sie grenzen direkt an Frankreich schufen eine neue Reibungsfläche mit diesem. Aber gerade das paßte zum damaligen Österreich. Die Rheinlande stärkten Preußen weit weniger als es der Besitz Sachsens getan hätte — in preußischen Händen bedeuteten sie aber gleichzeitig eine Schwächung Frankreichs.

Dessen Kraft und steles Wachstum im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war nicht zum mindesten in dem Glückfall begründet gewesen daß es nur im Süden an einen großen Staat grenzte, an Spanien, und in der Pyrenäen Schlüßen und das seit dem siebzehnten Jahrhundert napoleonisch war. Im Osten grenzte es nur an Italien und das Deutsche Reich — beide ohne starke Zentralgewalt, der schwärmsten Kleinstaatenversammlung. Nur gerade im siebzehnten Jahrhundert lösten sich mit noch die Schweiz und die Niederlande vom Deutschen Reich ab. Nur unmittelbare Kleinstaaten waren im Osten und Norden Frankreichs Nachbarn.

Nun, im Jahre 1815, reichte es zum ersten Male seit zwei Jahrhunderten, seit Spaniens Niedergang, eine politisch militärische Macht zum Nachbarn.

Preußen gegenüber aber war die französische Grenze militärisch viel schlechter als Spanien gewesen. (Vgl. 1815 nicht nur der Verteidwall der Pyrenäen. Noch ungünstiger ist es, wenn Paris, ein kleiner Staat bedeutet keine Hauptstadt mehr ist.) Der preußische Platz liegt aber

leicht im Mittelpunkt des Welches, sondern nahe der Nordgrenze, von Belgien nur wenige Tagesmärsche entfernt. »Eine schwächere Grenze als die französische gegen Belgien ist für einen Staat nicht leicht zu denken,« sagte Engels in seiner schon genannten Schrift »Po und Rhein«, in der er diese Verhältnisse meisterhaft darstellt (S. 36). Und hinter Belgien lag seit 1815 Preußen. Da begann die belgische Neutralität, die zunächst als Schranke gegen die französische Ausdehnungslust gedacht war, auch als Schutz für Frankreich in Betracht zu kommen.

Freilich nur so lange, als sie beachtet wurde. Um für den Fall ihrer Durchbrechung gerüstet zu sein, hatte bereits Louis Philippe die Befestigung von Paris begonnen. Auch Friedrich Engels bezeichnete dies als das beste Mittel, der schwachen Seite der französischen Nordgrenze abzuholzen.

Noch sicherer erschien es freilich manchem französischen Politiker, Belgien selbst französisch zu machen und so die Nordgrenze um so viel weiter von Paris weg zu verschieben.

Es mag dies eines der Motive gewesen sein, die auch Napoleon III. auf der Suche nach Erfolgen, die ihn populär machen sollten, zeitweise nach dem Besitz Belgiens streben ließen. Im Jahre 1866 glaubte er den Moment gekommen, für die Anerkennung der Annexionen, die Preußen nach seinen Siegen vornahm, »Kompensationen« zu verlangen. Noch während der Friedensverhandlungen mit Österreich bot er Bismarck ein Schutz- und Truhbündnis an, das Frankreich die Erwerbung Belgiens sichern sollte (20. August 1866). Es fiel Bismarck nicht ein, Napoleon in dieser Weise zu stärken, er versetzte ihn aber in den Glauben, er stehe seinem Ansinnen sympathisch gegenüber. Er verlangte die schriftliche vertragsmäßige Formulierung der Vorschläge. Inzwischen schloss Preußen mit Österreich Frieden (23. August). Schließlich hatte Bismarck den schriftlichen Vertragsentwurf Napoleons in der Hand, dieser aber nichts.

Als 1870 der Krieg ausbrach, beeilte sich Bismarck, die verschiedenen Vergrößerungsvorschläge, die ihm Napoleon gemacht, darunter auch die in bezug auf Belgien, zu veröffentlichen (29. Juli), um dadurch Napoleon in den Augen der Belgier wie der Engländer zu schaden. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, daß England damals, wie wir gesehen, von beiden Seiten die ausdrückliche Anerkennung der Unabhängigkeit und der Neutralität Belgiens forderte und seine Entschlossenheit betonte, sie zu verteidigen.

Die große Schwäche der Grenze Frankreichs gegenüber Belgien wurde den Franzosen besonders fühlbar seit 1871. Für sie waren nun die Machtverhältnisse höchst ungünstig verändert, und sie gestalteten sich immer ungünstiger durch das Stocken des Bevölkerungszuwachses in Frankreich. Belgien ihrem Staat einzuerleben, daran konnten sie jetzt gar nicht denken. So wurde die belgische Neutralität, die ehedem gegen sie gerichtet war, nun immer mehr von ihnen als Schutzwehr angesehen.

Auf der anderen Seite wurde Deutschlands Flotte jetzt weit stärker als die französische. Das Motiv, das England in bezug auf Belgien gegen Frankreich missbrauch gemacht hatte, sorgte damit an, gegen das aufstrebende Deutschland zu wirken. England begann nun, nicht bloß sich selbst, sondern auch Frankreich als den gegebenen Schützer der belgischen Neutralität zu betrachten und von Deutschland ihre Verleihung zu befürchten.

Wie es dann im August 1873 gekommen ist, kann als bekannt vorliegen gezeigt werden. Und unbedingten Glauben gilt es über den Inhalten dieser Verabredung hinaus, zu untersuchen, welche völkerrechtliche und militärische Grundlage das »Notrecht« besitzt, das in jenen Tagen als Verteidigung der Verleihung der Verträge von 1839 und 1840 aufgestellt wurde.

Es stehen nur noch kurz folgende Tatsachen der für Belgien entscheidenden Lage bei Ausbruch des Krieges regelmäßigt.

Geben am 24. Juli, dem Tage der Überredung des österreichischen Ministeriums an Seinen, richtete die belgische Regierung ein Mandat an alle Mächte, die die belgische Neutralität garantieren halfen.

Es blieb darin:

Die internationale Situation ist ernst. Die Möglichkeit eines Konflikts zwischen mehreren Mächten kann aus den Erwägungen der belgischen Regierung nicht ausgeschlossen werden.

Belgien hat mit der gewissenhaftesten Vorsicht die Verpflichtungen hinnehmten, die ihm die Verträge vom 19. April 1839 als neutralem Staat aufstellen. Es wird daran festhalten, diesen Verpflichtungen unerschütterlich nachzukommen, welches auch die Umstände sein mögen.

Die freundsbaflichen Gestimmen der Mächte Belgien gegenüber sind so oft betont worden, daß Belgien darauf vertraut, sein Gebiet jedes Angriffs entbunden zu leben, falls Feindseligkeiten an seinen Grenzen sich erstellen sollten.

Die Regierung des Königs hat trotzdem alle Maßnahmen getroffen, die nötig sind, die Neutralität des Landes zu sichern. Das belgische Heer ist mobilisiert¹ und nimmt die strategischen Stellungen ein, die dazu ausreichen sind, die Verteidigung des Landes und die Achtung seiner Neutralität zu gewährleisten. Die Städte von Antwerpen und an der Maas sind in Verteidigungsstand gesetzt worden.

Ich brauche kaum, Herr Minister, näher auf den Charakter dieser Maßregeln einzugehen. Sie haben keinen anderen Zweck, als Belgien instand zu setzen, seine internationalen Pflichten zu erfüllen. Sie sind nicht von irgendwelchen Plänen einzugeben und können es selbstverständlich noch nicht sein, der daraus hinausführende, in einem Waffengang zwischen den Mächten teilzunehmen, noch vom Missbrauen gegen Irgegenbelne von Ihnen. (Belgisches Oranbuch über den Krieg, I, Nr. 2.)

Am 11. Juli 1873 rief das Auswärtige Amt in London an die französische wie an die deutsche Regierung die Aufgabe, ob sie bereit seien, sich zu verpflichten, die Neutralität Belgiens so lange zu beobachten, als keine andere Macht sie verlese (Englisches Oranbuch, Nr. 114). Es war die Wiederholung des englischen Vorgehens aus dem Jahre 1870.

Möglichst univokale, Frankreich werde Belgiens Neutralität respektieren, solange sie von anderer Seite nicht verletzt werde (Französisches Oranbuch, Nr. 122).

Jappow meinte, er müsse zuerst den Kaiser und den Kanzler sprechen, zweitens aber, ob sie eine Antwort geben wollten, da sie einen Teil ihres Feldzugiplans enthielten möchte (Englisches Oranbuch, Nr. 122).

Am 1. August spricht Sir C. Grey dem deutschen Botschafter in London, bzw. Wüsten Althannischen, sein Bedauern über diese ausweichende Antwort aus und sagt blau: im Falle einer Verleihung der belgischen Neutralität wären sich die Deutschen in England kaum noch im Zimmer halten (Englisches Oranbuch, Nr. 123).

¹ Die militärische Mobilisierung wurde erst am 31. Juli beschlossen.
Bundesarchiv, Berlin und Magdeburg

Am 2. August überreicht der deutsche Gesandte in Brüssel dem belgischen Minister des Äußern ein Ultimatum, auf das er binnen 12 Stunden Antwort fordert. Es heißt dort, die kaiserliche Regierung habe zuverlässige Nachrichten über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet-Alamur.

Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzurücken.

Die deutsche Regierung besorge, Belgien sei außerstande, den französischen Durchmarsch abzuwehren. Es sei ein Gebot der Selbstbehauptung, dem Angriff zuvorzukommen. So würde Deutschland gezwungen, „zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten“. Wenn Belgien den Durchzug gestatte, garantiere ihm die deutsche Regierung seine Unabhängigkeit und seinen Besitzstand. Widerstehe sich Belgien den deutschen Truppen, dann übernehme Deutschland keine Verpflichtung dem Königreich gegenüber (Belgisches Graubuch, Nr. 20).

Die belgische Regierung antwortete, die französische Republik habe sich am 1. August ausdrücklich verpflichtet, die Neutralität Belgiens zu respektieren.

Sollte gegen unser Erwarten die Neutralität Belgiens trotzdem von Frankreich verletzt werden, so wird Belgien alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllen, und sein Heer wird dem Eindringling kräftigen Widerstand entgegensetzen.

Aber auch jeden Angriff von anderer Seite würde Belgien abwehren (Belgisches Graubuch, Nr. 22).

Am 3. August marschierten deutsche Truppen in Belgien ein.

Am 4. August telegraphierte Jagow an den Fürsten Lichnowsky, deutschen Botschafter in London:

Bitte, zerstören Sie jedes Misstrauen, daß aus Seiten der britischen Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie auf das positive die formelle Zustellung wiederholen, daß selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annexieren wird. Die Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Nutzen belgisches Gebiet annexieren können, ohne gleichzeitig Gebietsverreibungen auf Kosten Hollands zu machen. (Englisches Blaubuch, Nr. 157.)

Zur gleichen Zeit saßte in Berlin Jagow dem britischen Botschafter die Gründe auseinander, die Deutschland zwangen, in Belgien einzumarschieren. Der Botschafter berichtete:

Herr v. Jagow ging von neuem auf die Gründe ein, weshalb die Reichsregierung genötigt gewesen sei, diesen Schritt zu tun, nämlich weil sie auf dem raschesten und bequemsten Wege in Frankreich einzutücken habe, um mit ihren Truppenbewegungen schnell vorwärts zu kommen und so schnell als möglich einen entscheidenden Schlag versuchen zu können. Es sei für sie eine Frage auf Leben und Tod, da sie, wenn sie den südlicheren Weg gegangen wären, im Angesicht der geringen Zahl der Straßen und der Stärke der Festungen nicht hätten hoffen können, ohne durchbare, großen Zeiterlust verursachenden Widerstand durchzubrechen. Dieser Zeitverlust würde für die Russen Zeitgewinn zur Heranbringung ihrer Truppen an die deutsche Grenze bedeutet haben. Ratschelt in der Aktion sei der große Kampf der Deutschen, während der der Russen ein unerschöpflicher Vorrat von Truppen sei. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Hier wurde der deutsche Einmarsch in Belgien etwas anders motiviert als in dem Ultimatum vom 2. August an die belgische Regierung. Aber auch dieses neue Argument stimmte die britische Regierung nicht um.

Das Gespräch hatte am Vormittag stattgefunden, abends um 7 Uhr verlangte der britische Botschafter seine Pässe, der Krieg Englands war erklärt.

Bethmann Hollweg scheint diesen Ausgang absolut nicht erwartet zu haben, wenigstens berichtet der englische Botschafter, Sir E. Goschen:

Ich fand den Kanzler in großer Erregung. Seine Exzellenz fing sofort an, auf mich einzureden, was zwanzig Minuten dauerte. Er sagte, der von Seiner Majestät (dem König von England) gefane Schrift sei ganz schächerlich. Bloß um eines Wortes — Neutralität — willen, das in Kriegszügen so oft außer acht gesetzt werden sei, bloß um eines Fehens Papier willen gehe Großbritannien daran, eine verwandte Nation zu bekriegen, die nichts mehr gewünscht habe, als mit ihm Freund zu sein. Alle seine Bemühungen in dieser Richtung seien durch diesen schächerlichen Schrift fruchtlos gemacht worden, und die Politik, der er sich, wie ich wisse, seit Amtsantritt gewidmet habe, sei wie ein Kartentaus zusammengestürzt. (Englisches Blaubuch, Nr. 160.)

Gewiß ist England nicht wegen Belgiens allein in den Krieg gegangen. Seine Politik ist nur in einem größeren Zusammenhang zu verstehen. In diesem bildet jedoch die belgische Neutralität einen sehr wesentlichen und wichtigen Bestandteil.

So wichtig und entscheidend die englischen Interessen, das heißt die Interessen der regierenden Klassen Englands für die Frage der belgischen Neutralität geworden sind, sie sind jedoch nicht der einzige Faktor, der bei der Verleihung dieser Neutralität in Betracht kam. Sie hat auch Fragen des Völkerrechts, des Verhältnisses der Nationen zueinander und ihrer Selbstbestimmung ausgerollt und dadurch Bedeutung für die Demokratie, also auch die Sozialdemokratie der ganzen Welt gewonnen.

Wohl hat diese Seite der belgischen Frage keine der Regierungen in den Krieg getrieben. Wäre kein anderes Interesse hinter Belgien gestanden als das der Demokratie, dann durfte man ruhig die Garantie der Neutralität als „bloßes Wort“, als „Fehlen Papier“ im Verkehr zwischen den Regierungen betrachten.

Aber derjenige, der vermeint, deshalb die demokratische öffentliche Meinung straflos mißachten zu können, dem droht eine Enttäuschung, die vielleicht noch furchtbaret ist als die des Deutschen Reichskanzlers in dem Moment, als England den Krieg erklärte.

9. Belgien's Zukunft.

a. Belgien und Luxemburg.

Die Forderungen, die die internationale Sozialdemokratie für Belgien beim Friedensschluß zu erheben hat, sind sehr einfacher Natur. Wir haben es hier nicht, wie in Serbien, mit einem Staat und einer Nation zu tun, die an der Schwelle des Kapitalismus stehen, im Werden begriffen sind, mit unsicherem und unsicheren Grenzen. Belgien's Grenzen stehen fest seit fast hundert Jahren, seit 1830. Sie fallen im wesentlichen zusammen mit den Grenzen, die die österreichischen Niederlande wieder fast ein Jahrhundert lang umfaßten, von 1714 bis 1794, die ihrerseits nur eine Fortsetzung bil-

deßen der Grenzen der im Unabhängigkeitskampf spanisch gebliebenen Niederlande, seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts.

Die Bevölkerung dieses Gebiets hat sich seit jeher voll des fröhesten Unabhängigkeitsirus erwiesen und ihn durch die Tat bezeugt, selbst in den Jahrhunderten, in denen das ganze kontinentale Europa schrankenlosesten Absolutismus als eine Selbstverständlichkeit ruhig hinnahm und Völker wie Schächerden geraubt, verkauft, vererbt wurden.

Im zwanzigsten Jahrhundert, dem Jahrhundert unüberstehlich fortgeschreitender Demokratie, einem solchen Volke die Selbstbestimmung vorenthalten wollen, wäre eine Sinnlosigkeit, die sich aufs bitterste rächen müßte.

Die Wiederherstellung Belgiens in voller Freiheit in seinen alten Grenzen ist daher für die internationale Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit. Wir sehen hier vollständig ab von den Umständen, unter denen Belgien in den Krieg hineingezogen wurde und die im Rahmen dieser Schrift nicht näher erörtert werden können.

Die einzige Änderung der Grenzen, die Belgien seit 1830 erfuhr; betrifft Luxemburg. Es gehörte zu den vom Hause Habsburg zusammengeheirateten Gebieten, wurde 1555 spanischer, 1714 österreichischer Besitz zusammen mit Belgien. Zusammen mit diesem Gebiet wurde es auch 1794 vom revolutionären Frankreich erobert und annexiert. Der Wiener Frieden 1815 wies es, wieder zusammen mit Belgien, dem neugebackenen König der Niederlande zu, aber als besonderes Großherzogtum, das gleichzeitig deutscher Bundesstaat war.

Bei der Revolution von 1830 ließ es abermals Belgiens Geschick, dem es sich anschloß. Bei der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Belgien und Holland 1839 aber wurde es zerrissen, ein Teil fiel an Belgien, ein anderer wurde dem Königreich der Niederlande zurückgegeben, blieb jedoch ein besonderes Großherzogtum mit einer besonderen Erbsolgeordnung und deutscher Bundesstaat.

Merkwürdige verzwickte Verhältnisse gehörten zu den Schönheiten des vom Wiener Kongreß geschaffenen Deutschen Bundes. So war auch der König von Dänemark als Herr Holsteins und Lauenburgs deutscher Bundesfürst. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes 1866 bekam der niederländische König Wilhelm III. die freie Verfügung über Luxemburg, und er hing so wenig an diesem Lande, daß er sich anschickte, es an Frankreich zu verkaufen. Wie haben schon gesehen, daß Bismarck dies verhinderte, aber bereit war, Luxemburg an Belgien gelangen zu lassen, mit dem es bereits in enger Gemeinschaft gewesen war.

Zu Jahre 1890 wurde wegen der verschiedenen Erbsolge Luxemburg von den Niederlanden losgelöst, denn der König Wilhelm III. hinterließ keine männlichen Erben, in Luxemburg galt aber nicht die weibliche Erbsolge. So kam es, durch Erbschluß, nicht durch Selbstbestimmung seiner Bevölkerung, an das Haus Nassau.

In ihrer Denkschrift an das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm fordern jetzt die belgischen Delegierten (Vander Velde, Bronckx, de Man), daß der Einwohnerstaat Luxemburgs im Friedensvertrag das Recht gegeben werde, selbst ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Entziehe sie sich für den Anschluß an Belgien, dann sollte ihr der nicht verweigert werden.

Dagegen läßt sich vom Standpunkt des internationalen Sozialismus nichts einwenden. Das damit ein alter Wunsch Bismarcks erfüllt würde, ist allerdings für uns nicht entscheidend.

b. Flämendum und Deutschland.

Auf der anderen Seite wird darauf hingewiesen, daß die Flämen doch Germanen, den Deutschen sprachverwandt seien und von den Wallonen untersetzt würden. Ihre Befreiung und Angliederung an Deutschland sei dringend geboten.

Würden die Flämen sich in freier und ruhiger Abstimmung nach dem Kriege in diesem Sinne entscheiden, ließe sich gewiß nichts dagegen einwenden. Aber die Erfahrungen vor dem Kriege sprechen nicht dafür, daß die Flämen die Lösung von Belgien wünschen. Die flämische Bewegung, von der wir ja schon gehandelt, darf nicht in diesem Sinne gedacht werden. Das bezeugen unter anderem die beiden von uns schon mehrfach zitierten deutschen Schriftsteller, deren deutscher Patriotismus außer Zweifel steht.

In seinem Artikel über den »Nationalitätenkampf der Flämen und Wallonen« (erschienen Mai 1914) sagt Ohwald:

Den Ruf nach Verwaltungstreue hören wir bei den Flämen nur vereinzelt, da der Flämne sich heute noch immer als Belgier fühlt. Der Vorwurf Pan-germanist zu sein, läßt ihn die geringste Annäherung an Deutschland vermeiden; der religiöse Gegensatz gestaltet auch sein Verhältnis zum Holländer kühl.... Die Flämen wollen selbst ihr Ziel erkämpfen. Hilfe von auswärts würden sie sogar zurückweisen. (S. 241, 244.)

Jostes teilt mit, daß nach 1830 Versuche gemacht wurden, die Flämen den Deutschen näherzubringen. Die Gesangvereine sollten dazu dienen. Aber nach dem Jahre 1848

verlor die Verbrüderung an Wärme. 1851 waren auf dem belgischen Sängertreffen zu Antwerpen zum letzten Male deutsche Vereine von Bedeutung vertreten. Damit war leider dieser Annäherungsversuch zwischen den zwei Stämmen abgetan....

Die in Belgien eingewanderten Deutschen haben auch im allgemeinen die Sympathien für ihre Heimat nicht gesteigert, und so war es wohl zu begreifen, daß, als die Alddeutschen, diese odants terribles Deutschen, in den neunziger Jahren an die Flämen die ebenso unsinnige wie fahlsche Aussforderung stellten, die hoch-deutsche Schriftsprache anzunehmen und sich dem Deutschen Reich anzugliedern, ein Sturm der Entrüstung durchs Land ging und das an sich schon kühle Verhältnis auf den Gipfelpunkt herabzusinken drohte. (S. 82, 83.)

Als Beleg zitiert Jostes ein Manifest des »Vlaamschen Volkraad«, in dem es heißt:

Weiter erklären wir, daß die Flämelingen, koste es, was es koste, die volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Niederlande bewahren wollen; daß sie wohl Germanen, aber keine Deutschen sind; daß sie die Deutschen wohl für Stammesverwandte, aber keineswegs für Landsleute halten; daß ihre Sprache das Niederländische, nicht das Hochdeutsche ist und sie dabei verharren, daß Deutsche Reich als eine fremde, aber doch freunde Macht zu betrachten. Der Umstand, daß selber auswärtige Herrscher, ohne unsere Väter zu fragen, und unter willkürlicher Verkenntung der Vorteile des Landes unsere Gegenden mit dem selber auswärtigen Königreich in eine beschleuste, lediglich auf dem Papier bestehende Verbindung gebracht haben, ist für uns freie Ohne eines Zwecks. In dem alle Macht aus dem Volke kommt, nichtlich auch von heinem Werk. (S. 80)

So spricht kein Volk, das sich politisch bedrückt fühlt, einen politischen Befreier von außen ersehnt.

Diese kühle, fast feindselige Haltung der Flämern gegenüber dem Deutschstum lange vor dem Kriege, willten im Frieden, bei innigem Verkehr der Nationen, hat etwas Befremdendes für denjenigen, der an die Macht der Sprachverwandtschaft (die nicht zu verwechseln ist mit Sprachgemeinschaft) glaubt. Aber wir haben schon bei der Betrachtung des Pan-Slawismus darauf hingewiesen, daß diese Macht eine bloße Einbildung mancher Philologen und anderer Schulmeister ist.

Wie soll aus der bloßen Verwandtschaft zweier verschiedener Sprachen eine Verwandtschaft der Interessen und Ideen derjenigen, die sie sprechen, entspringen? Man sieht die Sprachverwandtschaft gleich der Rassenverwandtschaft und diese gleich einer Interessen- und Ideengemeinschaft. Aber nicht einmal die Gemeinschaft der Sprache bedeutet an sich schon Gemeinschaft der Abstammung und diese an sich noch keine Gemeinschaft der Interessen und Ideen. Das gilt nicht einmal für das Verhältnis zwischen Vater und Kind. Nur dort empfinden diese ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, wo sie in einer sozialen Gemeinschaft leben, in einer gemeinsamen Familie. Wo das Kind völlig getrennt vom Vater aufwächst, wie das zum Beispiel bei unehelichen Kindern in der Regel der Fall ist, macht sich die »Stimme des Blutes« nicht im geringsten geltend. Und doch soll sie ganze Rassen und obendrein Sprachverwandtschaften zusammenhalten, da »Blut dicker ist als Wasser!«

Dies Wort, das in der Zeit des Kampfes zwischen germanischem Heidentum und römischem Christentum sagen wollte, die der Abstammung entspringenden Pflichten gegen die Verwandtschaft ständen höher als die durch das Taufwasser auferlegten Pflichten gegen die Kirche, hatte einen guten Sinn in der Gentilgesellschaft, in der die Blutsbande auch soziale Bande waren. Es wird abgeschmackt in einer Gesellschaft, in der die Masse der Bevölkerung ihren Stammbaum nicht über den Großvater hinaus zu verfolgen vermag und dieser Stammbaum für die gesellschaftlichen Beziehungen bedeutungslos wird. Die große Kraft der modernen Nationalität beruht nicht auf der Gemeinsamkeit der Abstammung, sondern auf der ungeheuren Bedeutung der Sprache für den Verkehr. Für die zusammenfassende und trennende Kraft der Sprache kommt aber bloß der Umstand ihrer Verständlichkeit in Betracht, nicht der ihrer Verwandtschaft, die nur für den Sprachforscher zutage liegt. Wer eine Sprache spricht, die ich nicht verstehe, ist für mich ein Fremder, mag sie nun zum selben Sprachstamm gehören wie die eigene oder einem ganz anderen, mag es etwa Norwegisch sein oder Finnisch oder Chinesisch. Ein Hindu, der eine indogermanische, der meinen verwandte Sprache spricht, steht mir nicht näher als ein Ungar, dessen Sprache mit keiner anderen europäischen, außer der sinnlichen, die geringste Verwandtschaft aufweist.

So wichtig die Beachtung der Bedürfnisse der Nationalitäten für die internationale Politik geworden ist, so hilflos wird diese, will man sie auf Sprachverwandtschaften aufzubauen.

Soweit die Flämern über den Bereich ihres Staates hinaussehen, blicken sie nicht nach Deutschland, sondern nach Holland, mit dem sie die Schriftsprache gemeinsam haben. In den Versuchen, das Flämentum zu verdeutschen, sahen sie eine unerwünschte Störung ihrer Bestrebungen.

So sprach 1901 in der flämischen Akademie Proven van Zuglen, ein ehemaliger deutscher Dößler, über das Verhältnis der Flämern zu Deutschland. Er sagte unter anderem:

Man hat die Anstrengung noch nicht vergessen, die vor etwa vier Jahren im flämischen Lager die übel angebrachten Ergüsse von ein paar Deutschen hervorriefen, die, während wir hier alle unsere Kräfte anspannten, um das Gleichberechtigungsgesetz durchzudringen, uns freundschaftlich nahelegten, daß die von uns heiß ersehnte — und bald darauf erlangte — Gleichstellung des Niederländischen mit dem Französischen »eine Gefahr für den belgischen Staat« sein sollte, daß wir im niederen und höheren Unterricht unsere Sprache durch das Hochdeutsche erschlagen müßten; endlich daß die Trennung von 1830 ein glückliches Etwas gewesen sei, das die »Einbeziehung« der zerissen und so geschwächten Niederlande erleichtere. Denn man legte uns ans Herz, daß wir nicht allein östlich, sondern auch politisch zu Deutschland gehören, daß wir in den deutschen Reichsverband treten und uns darin mit einer Bayern gleichen Stellung begnügen müßten. Ja, man drohte uns mit dem Schicksal Dänemarks, falls wir durch ein engeres Anziehen der Bande zwischen Flandern und Holland — mit anderen Worten durch die Verwirklichung unseres Ideals: Groß-Nederland — die Rettung unserer Existenz versuchen sollten. (Zitiert bei Jostes, a. a. O., S. 87.)

Es kostete viele Mühe, die darob gewaltig entrüsteten Flämern zu beruhigen.

Die Annäherung an die nördlichen Niederlande und die schließliche Vereinigung mit ihnen entspricht mehr der Natur der Dinge als die Vereinigung mit Deutschland. Aber auch sie hat bisher die Masse der Flämern nicht zu erwärmen vermocht. Der religiöse Gegensatz zum protestantischen Holland ist noch nicht überwunden. Und einen guten Teil ihrer Kraft zieht die Bewegung der Flamingen aus dem provinziellen Partikularismus, der dank ihrer Geschichte und ihrer ökonomischen Rückständigkeit bei ihnen noch ungemein stark ist.

Wir bleiben also dabei: Wollte man die Flämern abstimmen lassen, mit eindrückender Mehrheit würden sie sich für das Verbleiben im belgischen Staate entscheiden.

Soll man aber etwa den Schutz des Flämentums in den Friedensvertrag aufnehmen?

Man fordert, dieser solle allgemein die nationalen Minderheiten schützen, und das wäre sicher sehr notwendig. Aber bei den Flämern käme man in die sonderbare Lage, eine Mehrheit gegen eine Minderheit schützen zu wollen; eine Mehrheit, der heute schon alle politischen Mittel zur Verfügung stehen, sich als solche zur Geltung zu bringen.

Ein Schutz der Flämern lese also auf eine bloße Bevormundung durch eine Schutzmacht hinaus. Dazu ist aber die Freiheit zu groß, in der sie bisher lebten, als daß sie das wollten oder auch nur sich gesaffen ließen.

Keinerlei Eingriffe von außen, volle Unabhängigkeit für das gesamte belgische Volk, muß die Forderung der Internationalen Sozialdemokratie lauten.

c. Belgien's Basallenkum.

Nicht ganz klar ist es, wie die Mehrheit der Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber denkt. In der Sitzung, die die Fraktion mit dem Parteiausschuß gemeinsam vom 14. bis 18. August 1915 zur Festsetzung ihrer Kriegsliste abhielt, referierte David darüber. Über Belgien schlug er folgenden Passus vor:

Vom Standpunkt des deutschen Interesses nicht minder wie von dem der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgien für geboten; aber im Interesse seiner eigenen Sicherheit und Bewegungsfreiheit kann Deutschland auch nicht zulassen, daß Belgien ein militärisches Vorwerk und politisches Machtmittel Englands wird.

Der in eckigen Klammern stehende Passus stand Widerspruch, weil er die belgische Unabhängigkeit einschränkte. David zog ihn daher zurück, ehe über ihn abgestimmt wurde. Liebknecht, der damals noch Mitglied der Fraktion war, genügte das nicht. Er wollte völlige Klarheit und beantragte daher, den Worten: »die Wiederherstellung Belgien« hinzuzufügen:

Unter Ablehnung jeder zwangswise politischen und wirtschaftlichen Angliederung in maßgeblicher inner- und außenpolitischer Selbständigkeit.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar mit großer Mehrheit, in der Fraktion mit 60 gegen 42, im Parteiausschuß gar mit 39 gegen 10 Stimmen. Die Forderung der »Wiederherstellung Belgien« sollte also einen sehr zweideutigen Charakter tragen.

Dem entspricht auch die Formulierung in der Denkschrift der deutschen Mehrheitsdelegation an das Stockholmer holländisch-skandinavische Komitee. Es heißt dort:

Wir sind für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgien. Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.

Ein Fortschritt ist hier insofern zu verzeichnen, als hier nicht bloß »die Wiederherstellung Belgien«, sondern die eines »unabhängigen« Belgien gefordert wird. Die nähere Kennzeichnung dieser Unabhängigkeit scheint vollkommen gerecht: Belgien soll weder Deutschlands noch Frankreichs oder Englands Vasall sein. Gleicher Recht für alle. So scheint es, wenn man sich an die Worte hält und nicht nach ihrem Sinne forscht. Einen Sinn bekommen sie aber nur dann, wenn das Wort »Vasallenstaat« Frankreich und England gegenüber etwas ganz anderes bedeutet als Deutschland gegenüber.

Unter einem Vasallenstaat kann man einen Staat verstehen, der wider seinen Willen gezwungen wird, in ein Abhängigkeitsverhältnis von einem anderen Staate zu treten. Belgien soll im Friedensvertrag von Deutschland ein solches Verhältnis nicht aufgedrängt werden — das ist der Sinn des einen Teiles der Forderung der Stockholmer Delegation. Dass Frankreich und England Belgien zu einer derartigen Abhängigkeit zwingen wollen, hat noch niemand behauptet. Dies ausdrücklich abzulehnen, wäre also absurd.

Wohl aber hat man vielfach die Ansicht aussprechen hören, durch das Bündnis, das Belgien freiwillig mit England und Frankreich schloß, sei es deren Vasall geworden. Ein Bündnis zwischen einem kleinen und einem großen Staate bedeute für jenen immer ein Vasalitätsverhältnis, möge es noch so sehr auf Freiwilligkeit beruhen.

Fassen wir die Forderung so auf, dann bekommt sie allerdings einen Sinn: Belgien ist zu verpflichten, sich jedes Bündnisses mit England und Frankreich zu enthalten. Wem gegenüber soll es diese Pflicht eingehen? Offenbar Deutschland gegenüber. Damit ist aber Belgien Unabhängigkeit in der äußeren Politik aufgehoben, diese unter Deutschlands Kontrolle gebracht. Die Forderung der Unabhängigkeit Belgien im Beginn des Satzes wird also durch seinen Schluss wieder aufgehoben.

Nun ist ja nicht daran zu zweifeln, daß hier ein schwieriges Problem vorliegt. Belgien ist zu klein, um einem seiner drei großen Nachbarn die Spitze

zu bieten. Und seine geographische Lage bietet jedem dieser Nachbarn die Möglichkeit, die anderen zu bedrohen, wenn er sich des Landes bemächtigt, und sei es auch nur indirekt, durch einen Bündnisvertrag.

Diese Eigenart seiner Lage war es in die Belgien garantierte Neutralität hebelsicher, bei der sich seine Nachbarn verpflichteten, seinen Boden nicht zu betreten, basiert aber auch ihm die Pflicht auferlegt, sich mit keinem zu verbünden. Dasselbe war Belgien Unabhängigkeit wohl eingeschränkt, aber die Einschränkung war keine einseitige; sie wurde aufgewogen durch die Sicherstellung, die sich die Garantien der Neutralität auferlegten, diese nie zu verleihen.

Meinte die deutsche Mehrheitsdelegation die Wiederherstellung dieses Zustandes, als sie ihre Forderung aussetzte, Belgien solle niemandes Vasallenstaat werden? Dann hat sie eine sehr verzwickte Form gewählt, um eine sehr einfache Sache auszudrücken. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Wiederherstellung der garantierten Neutralität Belgien fordern wollte. Sie musste doch selbst fühlen, wie sonderbar es wäre, wenn nach den Erfahrungen des Krieges gerade von Deutschland aus eine Erneuerung der garantierten Neutralität zur Friedensbedingung gemacht würde, und daß diese Erfahrungen auf anschaulichste gezeigt haben, wie hilflosig die Neutralisierung zum mindesten auf ihrer früheren Basis sei. Der wettröse »Festen Papier« ist ein für allemal zerissen.

Für jeden der großen Nachbarn Belgien liegt eine große Schwierigkeit darin, daß das »Ziel der Sicherung« unter den gegebenen Verhältnissen durch feste Bindungen nicht mehr zu erreichen ist, wenigstens so lange nicht, als keine internationale Macht erscheint, die hinzuße ist, die Beziehung internationaler Verträge unter allen Umständen zu erzwingen. Aber diese Schwierigkeit besagt bloß, wie wichtig es nun wird, durch eine kluge, weitschauende Politik das zu erreichen, was durch feste Bindungen nicht mehr zu gewährleisten ist.

Man darf die Größe der Schwierigkeit auch nicht übertreiben.

Die Gefahr, die im Falle eines künftigen Krieges zwischen England und Deutschland diesem aus einem Bündnis Belgien mit seinem Nachbarn jenseits des Kanals drohen könnte, wäre nämlich geringer bei einem Bündnis zwischen England und Holland. Und umgekehrt. Ein von Deutschland abhängiges Holland würde England ebenso sehr bedrohen wie ein von ihm abhängiges Belgien. Rotterdam ist der Hafenmundung fast ebenso nahe wie Antwerpen, und des letzteren Zugang zum Meere geht durch holländisches Gebiet.

Wenn England bei der Bildung des belgischen Staates so großen Wert auf dessen Neutralität legte, dagegen für Holland nichts Derartiges verlangte, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß damals nur Frankreich als Nachbar Englands in der Nordsee in Besitz kam, nicht Preußen. Zum Schutz vor Frankreich genügte aber die Neutralisierung Belgien.

Hente, wo nicht ein Gegensatz England-Frankreich, sondern ein Gegensatz England-Deutschland im Vordergrund steht, gilt alles, was in diesem Punkte über Belgien gesagt werden kann, auch für Holland.

Diesen Zusammenhang erkannte auch die deutsche Regierung an. Wie wir schon gesehen haben, gab Japan der englischen Regierung »aus politischer Sicherstellung, daß selbst im Falle eines bewaffneten Kon-

flücks mit Belgien Deutschland unter keinerlei Vorwänden belgisches Gebiet annexieren wird. Die Ausrichtigkeit dieser Erklärung wird durch die Tatsache bezeugt, daß wir Holland unser feierliches Wort gegeben haben, seine Neutralität zu respektieren. Es ist klar, daß wir nicht mit Augen belgisches Gebiet annexieren können, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen.“

Ist es zur Sicherung Deutschlands nicht notwendig, daß Holland Garantien dafür gibt, kein Vasallenstaat Frankreichs oder Englands zu werden, so braucht es auch von Belgien keine derartigen Garantien.

So wie Holland hat Belgien, auch ohne Garantievertrag, das größte Interesse daran, seine Neutralität in einem Konflikt zwischen seinen Nachbarn aufrechtzuhalten. Bei einer Teilnahme an einem solchen hat es stets nur zu verlieren, da es notwendigerweise zum Kriegsschauplatz wird, ohne daß ihm ein Gewinn in Aussicht steht.

Als kleines Durchzugsland braucht Belgien dringend die Freundschaft aller seiner Nachbarn, im Frieden wie im Kriege, und nur eine Politik eines der Nachbarn, die sein größtes Misstrauen und seine stärksten Besürfungen erregte, könnte es von der ihm durch seine Lage gebotenen Neutralität abringen.

Aus die peinlichste Vermeidung einer derartigen Politik ist beim Friedensvertrag sowie weiterhin und auch schon vorher das Hauptaugenmerk von jedem zu richten, dem das »Ziel der Sicherung« Belgien gegenüber am Herzen liegt.

d. Kleinstaat und Großstaat.

Ist aber die Erhaltung der Selbständigkeit Belgiens und der kleinen Staaten überhaupt nicht ein ganz reaktionäres Beginnen, dem Streben vergleichbar, den kleinen Kramläden davor zu schützen, daß er vom großen Warenhaus verschlungen wird?

Dieser Einwand wird immer und immer wieder erhoben, und zwar gerade von Leuten, die sich Marxisten nennen. Es sei eine ökonomische Notwendigkeit, daß Staaten sich immer mehr ausdehnen und dabei die Kleinstaaten verschlucken, die ihre Lebensfähigkeit verlören. Ja, sogar der Nationalstaat werde zu eng für die Bedürfnisse des Kapitalismus. Dieser fordere den Nationalitätenstaat. Der österreichische Staat sei nicht ein Überlebsel aus vorkapitalistischen Zeiten, sondern das Ideal, nach dem sich die Staaten der Zukunft zu gestalten hätten.

Natürlich ist nicht zu zweifeln, daß ein kleiner Staat im Konflikt mit einem größeren übel daran ist. Das ist jedoch keine neue Erscheinung, die das Zeitalter des »Imperialismus« kennzeichnete, sie ist so alt wie die Geschichte selbst, wahrscheinlich älter als Hieroglyphen und Keilschriften.

Ebenso alt ist die Erscheinung, daß die Ausbeuter der Staatsgewalt um so mehr Macht und Reichtum gewinnen, je größer ihr Staat. Das gilt natürlich auch für die Kapitalistenklasse dort, wo sie sich der Staatsgewalt bemächtigt oder doch ihrer Unterstützung teilhaftig wird. Insofern ist mit dem Staat auch schon das Streben nach seiner Erweiterung gegeben.

Ein Staat kann aber nicht, wie ein Kapital, erweitert werden durch allmäßliche Akkumulation von Kapital. Die gewöhnliche Methode seiner Erweiterung ist die Eroberung im Kriege. Auch dies Streben liegt im Wesen des Staates als Herrschaftsorganisation.

Alles das erschwert sicher seit jeher den kleinen Staaten ihre Existenz, aber um alles das handelt es sich hier nicht. Was jene Marxisten behaupten, ist eine ökonomische Lebensunfähigkeit der kleinen Staaten, die eine Folge des wachsenden Kapitalismus und seines Großbetriebs sein soll und die es erforderlich mache, daß die kleinen Staaten von den großen absorbiert werden. Das gäbe, wenn es richtig wäre, eine famose marxistische Begründung für ständige Eroberungskriege. Denn mit einer einmaligen Erweiterung ist es bei einem kapitalistischen Geschäft nicht getan. Sie muß sich immer wieder von neuem vollziehen.

Zuzugeben ist, daß die kapitalistische Entwicklung in einer gewissen Abhängigkeit von der Größe des Staates ist. Die Ausdehnung des Staates ist freilich nicht gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Absatzgebietes, des Marktes, wohl aber mit der des inneren Marktes, und der bleibt gegenüber dem äußeren mannigfache Vorteile. Vor allem schon dadurch, daß in einem modernen Staatswesen alle inneren Zölle fehlen, der innere Verkehr völlig unbehindert ist. Der Freihandel könnte diesen Unterschied zwischen innerem und äußерem Markt ausheben. Aber allgemeiner und vollständiger Freihandel hat bisher nicht bestanden und ist innerhalb der kapitalistischen Ära nicht mehr zu erwarten. Der Warenverkehr hängt außerdem nicht bloß von der Gestaltung des Zollwesens ab, sondern auch von der des Transportwesens, und das wird innerhalb jedes Staates natürlich den Bedürfnissen des eigenen Kapitalismus und nicht denen des fremden angepaßt.

Endlich wählt die Zahl der Kapitalistschichten, die die Staatsgewalt beherrschten und durch sie eine privilegierte Stellung im Staafe und besondere Extraprofite erringen, die nur innerhalb des Bereichs ihres Staates möglich sind.

Je ausgedehnter dieser Bereich, desto größer der bevorzugte innere Markt, desto größer die Extraprofite, die er den auf ihm privilegierten Kapitalistschichten verschafft. Den inneren Markt, also das Staatsgebiet zu erweitern, ist das stete Streben dieser Schichten. Hier finden wir die ökonomische Wurzel des Imperialismus.

Vergleichen wir aber mit dem ökonomischen Gesetz die Tatsachen der europäischen Staatsgeschichte seit dem Wiener Frieden von 1815, so stehen sie in auffallendem Widerspruch dazu. Wir finden in Europa während dieses Zeitraums weder eine ständige Ansäugung von Kleinstaaten durch Großstaaten noch die Ausdehnung eines Nationalstaats zum Nationalitätenstaat.

Die Ausdehnung der europäischen Staaten in der Ära des Imperialismus geht ausschließlich außerhalb Europas auf dem Wege kolonialer Erwerbungen vor sich. Vor der imperialistischen Ära, also von 1815 bis etwa 1880, haben nur zwei Dynastien ihr Staatsgebiet durch Ansäugung europäischer Kleinstaaten vergrößert — das Haus Hohenzollern und das Haus Savoyen. Weder Frankreich, noch Österreich, noch Russland, noch England sind in den letzten hundert Jahren in Europa auf Kosten von Kleinstaaten gewachsen. Und in Deutschland und Italien lagen die Anstrengungen der Kleinstaaten auf dem Wege zum Nationalstaat — nicht zum Nationalitätenstaat.

Außerhalb Deutschlands und Italiens hat die Zahl der Kleinstaaten Europas im letzten Jahrhundert nicht ab, sondern zugenommen. Belgien hat sich von Holland, Norwegen von Schweden getrennt. Ungarn half von

Österreich, die Balkanstaaten von der Türkei. Und der jetzige Krieg scheint auch eher zur Bildung neuer Staaten — so Polens, vielleicht auch Finnlands — als zur Auflösung alter führen zu wollen.

Das erscheint unerklärlich, wenn wir bloß die Bedürfnisse der Kapitalisteklasse in Betracht ziehen und vermeinen, der historische Materialismus fordere von uns, die Staatenpolitik, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, nur vom Standpunkt des kapitalistischen Geschäfts zu betrachten. Jedoch nichts wirkt irreführender als die Verkehrung der Marx'schen Geschichtsauffassung in bloße Geschäftsauffassung.

e. Kapitalismus und Demokratie.

Sicher beherrscht der Kapitalismus das Leben der ganzen modernen Gesellschaft. Aber zu seinen notwendigen Konsequenzen gehören nicht bloß die Bestrebungen, den kapitalistischen Interessen zu dienen, sondern auch die Bestrebungen, sie zu bekämpfen; gehören nicht bloß Einrichtungen, die ihn stärken, sondern auch Einrichtungen, die ihn hemmen, ihn unterdrücken.

Jeder ist das Produkt seines Milieus, aber bei dem einen äußert es sich in der Weise, daß es ihn sich nicht erträgt, bei dem anderen darin, daß es ihm empfiehlt. Nur wer diese beiden Seiten in Betracht zieht, wird die Wirkungen eines bestimmten Milieus richtig erfassen können. Ibsen und Strindberg waren ebenso Produkte der kleinstädtgerlichen Vorurtheilhaftigkeit, die Skandinavien in ihrer Jugendzeit beherrschte, wie die »kompakte Majorität«, die sie bekämpften.

Das vergißt man nur zu häufig. Man versteht unter den notwendigen Produkten eines Milieus oft nur diejenigen, die aus ihm Nutzen ziehen, ihm dienen oder mindestens sich ihm willentlich einfügen. Und doch weist Marx immer auch auf die Gegenseite hin:

Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. (»Kapital«, 24. Kapitel.)

Beide Seiten erst geben uns das volle Bild der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist ebenso unbegreiflich ohne den Drang nach Vereinigung der Arbeitermassen wie ohne deren Empörung dagegen. Der ständige Kampf beider Tendenzen bildet einen notwendigen Inhalt der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Kapitalismus tut aber noch mehr, als die Arbeiterklasse durch seinen Druck zur Empörung aufzutreiben. Durch seinen eigenen Mechanismus schult, vereint, organisiert er sie, macht er sie fähig, sich des kapitalistischen Produktionsprozesses zu bemächtigen.

Gleichzeitig aber schafft er durch den Mechanismus seines Verkehrs auch die Gelegenheiten und Mittel, die das Interesse der Volksmassen an der Staatspolitik wachsen, sie zum Kampfe um die Teilnahme an der Staatspolitik befähigen und ihren Eindruck auf diese Politik immer mehr stiegern. Mit einem Wort, er erzeugt nicht nur den proletarischen Klassenkampf, sondern auch die moderne Demokratie mit dem immer näherstehenden End-

ergebnis der Beherrschung des Staates durch die Volksmasse, was in einem Staat entwickelter kapitalistischer Industrie gleichbedeutend ist mit seiner Beherrschung durch das industrielle Proletariat.

Diese Entwicklung, das heißt also das Wachstum der modernen Demokratie und der proletarischen Macht ist ebenso das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise wie der Drang bestimmter Kapitalistenschichten nach Ausdehnung des Staates. Und der Drang nach Demokratie wächst im modernen Staat in den Volksmassen unter allen Umständen, während der Drang nach Ausdehnung des Staates die Kapitalistenschichten nur unter bestimmten historischen Bedingungen etgreift.

Das übersehen nur zu leicht diejenigen, die im modernen Staat nur den Imperialismus sehen und nicht die Notwendigkeit der Demokratie — diese Notwendigkeit in jedem Sinne des Wortes genommen, sowohl als unerlässliche Forderung des Proletariats wie als unvermeidliches Ergebnis des »Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst«.

Unter Demokratie verstehen wir hier natürlich nicht eine demokratische Partei, sondern immer die Teilnahme der Volksmassen an der Staatspolitik, die Institutionen, jene Teilnahme praktisch und erfolgreich zu betätigen, und den Einfluß im Staat, den die Volksmassen auf diese Weise erringen.

Die Demokratie in diesem Sinne ist nicht bloß das Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes, sondern des Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Sie wächst mit diesem Mechanismus trotz aller zeitweisen Hemmungen unaufhaltsam. Damit aber wächst die politische Macht des Proletariats auch dort, wo dessen Ausdehnung und ökonomische Bedeutung, gemessen an der des Kapitals, nicht zunimmt. Rein ökonomisch betrachtet, erscheint der Fall des Proletariats gegenüber dem Kapital hoffnungslos. Es mag sich gewerkschaftlich oder konsumgenossenschaftlich noch so stamm organisiert, die organisierte Arbeiterschaft steht der organisierten Unternehmerschaft ökonomisch nicht stärker gegenüber als der vereinzelte Arbeiter dem vereinzelten Unternehmer, wenn auch natürlich weit stärker als der vereinzelte Arbeiter dem Unternehmerverband. Was aber dauernd und ununterbrochen wächst, ist die Demokratie und mit ihr die politische Macht des Proletariats. Nur sie vermag mit dem Unternehmerverband fertig zu werden und das Proletariat auch ökonomisch durch das Eingreifen der demokratischen Staatsgewalt zu befreien.

Es ist ganz verkehrt, als daß einzig das Produkt des heutigen Kapitalismus den Imperialismus ins Auge zu fassen und die Demokratie dabei zu übersehen. Das gilt auch für den jetzigen Krieg. Er ist ein Kampf nicht bloß zwischen verschiedenen Imperialismen, sondern auch zwischen Imperialismus und Demokratie, zwischen mehr oder weniger demokratischen und mehr oder weniger imperialistischen und militaristischen Staaten.

Die früheren internationalen Konflikte der letzten Jahrzehnte, die Kriege brachten oder Krieg drohten, waren entweder rein imperialistische, wie der amerikanisch-spanische, der französisch-englische um Suezboda, der russisch-japanische, der deutsch-französisch um Marokko, oder ein reiner Konflikt zwischen imperialistischen und Selbstbestimmung einer Nation wie der Italien-Krieg. Da nun die Krieger bei Aktionen und Krieg mit »Institutio-

Im heutigen Weltkrieg mischen sich die imperialistischen Probleme mit demokratischen, und diese Kompilation ist nicht zum wenigsten schuld an der großen Verwirrung, die er in die sozialistischen Parteien fast aller Länder hineinträgt und noch hineinträgt. So sehr das den Internationalen Sozialismus geschädigt hat, das Ende des Krieges scheint doch trotz allerdem seinen Triumph bedeuten zu wollen — den Zusammenschluss des Imperialismus und seiner Werkzeuge und einen machtvollen Fortschritt der Demokratie — wenn noch nicht den völligen Sieg des Proletariats.

I. Die Lebensfähigkeit der Kleinstaaten.

Betrachten wir nun die moderne Entwicklung nicht ausschließlich vom kapitalistischen Geschäftspunkt wie der Vulgar-Marxismus, erwägen wie die aus dem Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses hervorgehende, aber dem kapitalistischen Geschäft meist feindliche Macht der modernen Demokratie, dann begreifen wir die Lebensfähigkeit der kleinen Staaten Europas. Die moderne Demokratie ist einer der wichtigsten unter jenen Faktoren, die bisher bewirkt, daß der Ausdehnungsdrang der kapitalistischen Großstaaten sich nicht gegenüber den europäischen Kleinstaaten, sondern außerhalb Europas in Gebieten äußerte, die noch nicht vom industriellen Kapitalismus und der modernen Demokratie erfaßt sind. Der Kraft dieser Demokratie ist es zuzuschreiben, daß keine Regierung, die auch nur eine Spur von politischem Verständnis unserer Zeit besaß, es im neunzehnten Jahrhundert gewagt hat, ein europäisches Gebiet wider den ausgesprochenen Willen seiner Bevölkerung zu annexieren. Die Lebenskraft der Kleinstaaten besteht nicht zum wenigsten gerade darin, daß ihre Regierungen schwächer sind, nicht über so viele Mittel verfügen wie die der Großstaaten, daher der Demokratie größere Ingeständnisse machen müssen als ihre großen Nachbarn. In der höheren Demokratie der Kleinstaaten liegt heute ihre Anziehungskraft für ihre Bevölkerung.

Die Kleinstaaten brauchten beim Wettstreit nicht einzutreten. Es stand für sie von vornherein fest, daß sie bei diesem Wettkampf die letzten sein müssten, sie strengten sich also nicht sehr dabei an. Ihre Armeen hatten nur kurze Dienstzeit, waren wohl gegen das Volk unter Umständen dort verwendbar, wo Bauern gegen städtische Arbeiter aufgeboten wurden, nicht aber zur Sicherung einer Regierung, die der Gesamtheit der Bevölkerung Rechte vorerhalten oder gar eskamotieren wollte. Dabei hatten die Regierungen der kleinen Staaten keine Aussicht, innere Schwierigkeiten durch glänzende äußere Erfolge zu überwinden.

Bis zum jüngsten Kriege bestand die Dienstpflicht für die Infanterie in der Schweiz 65, in Norwegen 78 Tage. In Holland 8½ Monate — nur ein Teil der Wehrfähigen, 27 000, ist dienstpflichtig —, in Schweden 250 Tage, in Belgien 15 Monate, für die Hälfte der Wehrfähigen. Daneben besaß Belgien noch eine Bürgergarde, eine Art Militz. Mit diesen geringeren Militärlassen ging Hand in Hand eine höhere politische Bewegungsfreihheit der Volksmassen. Was immer die Proletarier an diesen Staaten anzusehen hatten — und sie hatten natürlich ungeheuer viel an ihnen anzusehen —, so gaben ihnen doch die Zustände bei den Nachbarn keine Ursache, verlangend über die Grenze zu blicken. Der eigene kleine Staat bot ihnen bessere Gewähr, sich im Klassenkampf zu betätigen und vorwärtszukommen.

da bei ungeheurer Machtapparatur jenseits ihrer Grenze. Die Wucht war hiermit nicht stärker abschreckend als die materiellen Vorteile, die er versprach, umgehend.

Wir leben heute bei keinem der Kleinstaaten in der Verdüsterung auch nur den leisesten Wunsch, die angeblich so traurige Lage, in die sie durch die Macht ihres Gemeinschaftsvertrags gestellt ist, durch Angliederung an ein größeres beseitigt zu sehen. Vieh mehr hat der Krieg das Gegenteil gebracht, die Welle von Wünschen nach Bildung neuer Kleinstaaten auf Kosten großer.

Diese Entwicklung hat zwei Seiten, von denen die eine sehr bedeutsch ist. Es ist etwas anderes, ob ein bisher selbständiges Gemeinschaftsrecht gewaltsame Einverleibung in ein größeres sträubt, oder ob ein großes Gemeinschaftsrecht Jahrhundertlang bestand, in kleine Stücke zerfällt, die ohne Verbindung miteinander stehen, ob neue Zollgrenzen, neue Trennungslinien zwischen den Nationen auftauchen werden.

Die Zersetzung eines großen Staates in mehrere kleine ist namentlich kaum bedenklich, wenn sie eine Folge des Rückgangs seiner Zwangsgewalt, eine Folge seiner steigenden Demokratisierung ist, indes jenseits der Grenze noch ein Großstaat mit ungebrochener Zwangsgewalt besteht. Die Zersplitterung bedroht jungen demokratischen Staaten in viele kleine bedeutet dann nichts anderes als die Schwächung der Abwehrkraft seiner Demokratie gegenüber dem Machtzentrum des Nachbarn. Hier kann die Kleinstaaten, trotz ihres hochdemokratischen Ausgangspunktes, zu einer Gefahr für die Demokratie werden.

Die Internationale Sozialdemokratie hat nicht bloß nach der Selbstbestimmung der Nationen, sondern auch nach ihrer wachsenden Annäherung zu streben. Und sie hat die dauernden Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber den Sonderinteressen und Augenblicksinteressen — auch den demokratischen — einer besonderen Gruppe zu wahren. Dies kann ihr unter Umständen dringend gebieten, mit den Zusammenhalt ihrer revolutionären demokratischen Großstaaten gegenüber reaktionären Nachbarn einzutreten.

Doch als zweckmäßiges Mittel, den Staat zusammenzuhalten, kann sie darüber nur seine größere Einheitlichkeit betrachten. Wenn heute Staaten und Nationalen dem russischen Staat entfliehen wollen, ist das als eine Rückwendung des Zarismus anzusehen, der sie abstieß, und als Ergebnis ihres manuellen Vertrags zur Lebenskraft der russischen Revolution, obwohl sie sich teillich sagen müssen, daß ihre Aussichten auf nationale Selbstständigkeit auf engste verknüpft sind mit denen der russischen Revolution, daß sie ihre Selbstständigkeit nur wahren können, wenn sie sich mit dieser solidarisch erblicken, und nicht, wenn sie sich von ihr lösen und sie dadurch schwächen.

Indes auch dort, wo die Kleinstaaten nicht neues Datum ist, sondern das Recht der Versöhnung in Anspruch nehmen kann, bedenkt sie keinen Zustand, der ungemein Wohlgefallen erregt. Stellt sie vom Standpunkt der Demokratie das kleinere Areal gegenüber den Großstaaten bleibenden Nutzen dar, so hat die internationale Sozialdemokratie doch nicht bloß die Interessen der Demokratie zu wahren, sondern auch die der ökonomischen Entwicklung, die die unterstellten Vorbedingungen für die Befreiung des Proletariats liefern, und diese Entwicklung findet unter sonst gleichen Umständen im großen Staat einen plausibleren Ablauf als im kleinen.

Die Aufgabe besteht darin, die Forderungen der Demokratie mit denen der Ökonomie in Einklang zu bringen.

Das kann auf zwei Wegen erreicht werden. Einmal durch vermehrte Demokratisierung der Großstaaten. Je größer deren innere Freiheit, desto weniger werden benachbarte Kleinstaaten befürchten, durch engeren ökonomischen Anschluß in ihrer politischen Selbstständigkeit beeinträchtigt zu werden, desto leichter werden sie dazu gebracht werden, Zollgesetzgebung, Münzwesen, Verkehrswesen, bürgerliches Recht usw. freiwillig in Gemeinschaft mit dem großen Nachbarn zu regeln, mit ihm ein gemeinsames Verkehrsgebiet zu bilden.

Noch fruchtbarer aber würde es, wenn es gelänge, sämtliche Staaten der europäischen Kultur oder zunächst wenigstens Europas in einem großen Gemeinswesen zusammenzufassen, den schon im vorigen Jahrhundert ersehnten »Vereinigten Staaten von Europa«, in denen alle Zollschranken aufhören, östliche Grenzfragen ihren machtpolitischen Charakter verlören, der internationale Verkehr seine freie Entwicklung finde.

Aber auch diese Lösung setzt vermehrte Demokratisierung der Großstaaten alten Stils voraus, denn eine freiwillige Eingliederung aller Staaten in dieses überstaatliche Gebilde wird nur dann möglich, wenn keiner dabei an Demokratie verliert, jeder gewinnt.

Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird die Volksmasse der Kleinstaaten, auch ihr Proletariat, an ihnen hängen und ihrer Eingliederung in einen Großstaat mit aller Macht widerstreben. Wehe dem großen Staate, der in Missachtung dieses Volksempfindens einen seiner kleinen Nachbarn zur »Sicherung seiner Grenzen« gewaltsam an sich zieht und festhält! Er gewinnt damit nur einen Psahl im eigenen Fleisch, der jede seiner Bewegungen hindert und zur Quäl macht, er gewinnt nichts als die Feindschaft, den bödlichen Hass der Grenzbevölkerung und der Demokratie aller Völker, die ihren klarsten und entschiedensten Ausdruck findet in der internationalen Sozialdemokratie. Was als Sicherung der Grenze und des Friedens gedacht ist, wird zu ihrer ewigen Bedrohung.

Wir empfehlen nachstehend verzeichnete Werke.

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von Karl Raatsch. 5. und 6. Auflage. Preis gebunden M. 6.—
Vorläufer des weiteren Sozialismus. Von Karl Raatsch. Zweite, durchgesehene Auflage.
Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.
Preis gebunden M. 3.50.

Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Reformation.

Preis gebunden M. 3.50.

Karl Marx' ökonomische Lehren. Von Karl Raatsch. Dreizehnte Auflage.

Preis gebunden M. 2.50.

Das Erfurter Programm. Von Karl Raatsch. Zwölfte Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

Thomas More und seine Utopie. Von Karl Raatsch. Zweite, verbesserte Auflage. Preis gebunden M. 3.50.

Ehrl und materialistische Geschichtsauffassung. Von Karl Raatsch. 6. und 7. Auflage. Preis gebunden M. 2.—

Die Rätselgegenfälle im Zeitalter der französischen Revolution. Von Karl Raatsch. Zweite Auflage. Preis gebunden M. 1.20.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von Karl Raatsch. Preis gebunden M. 2.50.

Parlementarismus und Demokratie. Von Karl Raatsch. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis gebunden M. 1.20.

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Eine volkswirtschaftliche Studie von Karl Raatsch. Preis 50 Pf.

Die Befreiung der Nationen. Von Karl Raatsch. Preis 75 Pf.
Serbien und Belgien in der Geschichte. Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsschul von Karl Raatsch. Preis M. 1.50.

G. H. W. Dieß Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.